Zukunft Stadt
Dokumentation

Netzwerkkonferenz Baukultur Baden-Württemberg 2021

BAUKULTUR
BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG UND WOHNEN

Netzwerkkonferenz Baukultur
Baden-Württemberg
28. Januar 2021

Auftakt
›50 Jahre Städtebauförderung‹

Im Rahmen von:

NATIONALE STADTENTWICKLUNGS POLITIK

1971 — 2021

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden

Veranstalter:

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND WOHNUNGSBAU

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG UND WOHNEN

BAUKULTUR
BADEN-WÜRTTEMBERG

STADT BÜRGER DIALOG
STÄDTE-BAUFÖRDERUNG

Mitveranstalter:

die STEG

KE
Menschen
Ideen
Lösungen

Sanierungstreuhand
Ulm GmbH
ulm

wohnen heißt
wüstenrot
Wüstenrot Haus- und Städtebau

Kooperationspartner:

Gemeindetag
Baden-Württemberg

Landkreistag
BADEN-WÜRTTEMBERG

STÄDTETAG
BADEN-WÜRTTEMBERG

4 Vorwort
6 Konferenzprogramm

Dokumentation
12 Grußworte
16 Statement
18 Gesprächsrunde
24 Forum 1 / Neue Quartiere – Effizienz, Gestalt, Prozess
30 Forum 2 / Quartiere 2.0 – Bestand, Gemeinschaft, Integration
36 Forum 3 / Zukunftsgerechte Mobilität
42 Forum 4 / Öffentlicher Raum
48 Forum 5 / Grün-blaue Infrastruktur
54 Forum 6 / Bildung, Arbeit, Produktion
60 Gesprächsrunde

66 Fazit
72 Mitwirkende
80 Impressum
Bildnachweis

Nicole Razavi MdL
Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen des Landes Baden-Württemberg

Vorwort

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde Ende November 2020 die ›Neue Leipzig-Charta‹ verabschiedet. Angesichts von Herausforderungen, die sich auf allen Ebenen stellen, und Transformationsprozessen, die viele Bereiche von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik verändern, war eine Erneuerung der ›Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt‹ aus dem Jahr 2007 erforderlich. Dabei sind es insbesondere die sogenannten disruptiven Ereignisse, Prozesse oder Risiken, wie aktuell beispielsweise die Covid-19-Pandemie, die uns, unsere Städte und Gemeinden, letztlich die Gesellschaft als Ganze vor neue Fragen stellen: Was kennzeichnet eine zukunftsgerechte Stadtentwicklung? Sind unsere Planungs- und Entwicklungsinstrumente noch geeignet?

Die ›Neue Leipzig-Charta‹ zeichnet das Bild einer gemeinwohlorientierten Transformation, deren Ziel sichere, inklusive, widerstandsfähige und nachhaltige Städte und Gemeinden sind. Die für die Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister der EU haben sich damit auf ein Dokument verständigt, das weiterhin auf die große Bedeutung der Städte für Gesellschaft und Demokratie sowie die Gestaltbarkeit von Transformationsprozessen setzt. Damit trifft es einen Nerv der Zeit. Wirtschaft, Gesellschaft, wir alle brauchen einen verlässlichen Rahmen, der Sicherheit für Planung gibt und doch auch Flexibilität ermöglicht. Stadtentwicklung und in diesem

Zusammenhang besonders Stadtplanung und Städtebau sind zudem naturgemäß ›Langläufer‹, ihre Effekte auf die Attraktivität der Städte und Gemeinden als Wohn- und Wirtschaftsstandorte wirken lange Zeit nach und städtebauliche Fehler sind nur schwer wieder zu reparieren.

Die ›Neue Leipzig-Charta‹ setzt vor diesem Hintergrund ›neue‹ Maßstäbe. Ihr Zielhorizont ist die resiliente und nachhaltige europäische Stadt. Sie verbindet Innovation mit Kontinuität und Flexibilität mit Verlässlichkeit. Das Gemeinwohl und das gemeinsame Gestalten von Stadtentwicklung sind zentrale Orientierungsmarken. Die transformativen Prozesse, die es gemeinsam zu gestalten gilt, verlangen daher nach einer »neuen Haltung« aller Akteure, wie es im Rahmen der Netzwerkkonferenz Baukultur Baden-Württemberg 2021 formuliert wurde. Das erfordert ein hohes Maß an Mut und Kreativität. In beiden Fällen knüpfen wir in Baden-Württemberg an gute Voraussetzungen an und können auf Wissen und Erfahrung bauen. So war es ein glücklicher Umstand, dass mit der Netzwerkkonferenz zugleich auch der Auftakt zum Jubiläumsjahr ›50 Jahre Städtebauförderung‹ begangen wurde. Achtzehn Best-Practice-Beispiele bildeten die Grundlage für einen praxisorientierten Konferenzdiskurs, den wir mit dieser Broschüre dokumentieren wollen.

Diese Dokumentation versteht sich als Pendant zur Broschüre ›Die Neue Leipzig-Charta. Grundlagen, Themen, Projekte‹, die zur Netzwerkkonferenz Baukultur erschienen ist. Sie zeichnet den Konferenzdiskurs nach, fasst die Ergebnisse zusammen und zieht ein Fazit, das zugleich Ausblick sein und im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Impulse für die Umsetzung der ›Neuen Leipzig-Charta‹ geben soll. Mein Dank für die gute Kooperation bei der Vorbereitung und Durchführung der Netzwerkkonferenz, vor allem aber für das gemeinschaftliche Zusammenwirken während fünf Jahrzehnten erfolgreicher Stadterneuerung richtet sich an die Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger in Baden-Württemberg als Mitveranstalter. Genauso danke ich den Kommunalen Landesverbänden in Baden-Württemberg für die Kooperation. Den Leserinnen und Lesern wünsche ich eine interessante Lektüre und nützliche Anregungen für die Praxis.

Nicole Razavi MdL
Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen
des Landes Baden-Württemberg

Konferenzprogramm

10:30
Begrüßung und Gesamtmoderation
Andreas Hofer
Intendant und Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart

Grußwort
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg

Grußwort
Oliver Matzek
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger Baden-Württemberg und Leiter Städtebau bei der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH

Statement
Anne Katrin Bohle
Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

11:15
Gesprächsrunde
Prof. Dr. Martin Becker
Katholische Hochschule Freiburg, Professur für Handlungskonzepte und Methoden Sozialer Arbeit, Stadt- und Quartiersentwicklung und empirische Sozialforschung

Frauke Burgdorff
Beigeordnete für Planung, Bau und Mobilität, Stadt Aachen

Prof. Dr. Silke Weidner
BTU Cottbus-Senftenberg, Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung, Fachgebiet Stadtmanagement

Prof. Julian Wékel
Direktor des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen München / Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V. (DASL)

Anschließend Vorstellung der Themenforen

12:15
Pause

13:15
Themenforen

Forum 1
Neue Quartiere – Effizienz, Gestalt, Prozess

Moderation
Artur Maier, die STEG Stadtentwicklung GmbH, Stuttgart

Projekte

Wohnen am Rosenpark, Baiersbronn
Bürgermeister Michael Ruf, Gemeinde Baiersbronn

Neue Weststadt, Esslingen am Neckar
Erster Bürgermeister Wilfried Wallbrecht, Stadt Esslingen am Neckar, und
Matthias Schuster, LEHEN drei | Architektur Stadtplanung, Stuttgart

Steingauquartier, Kirchheim unter Teck
Gernot Pohl, Leiter der Abteilung Städtebau und Baurecht, Stadt Kirchheim unter Teck, und
Matthias Gütschow, BaugemeinschaftsArchitekten Südwest e. V.

Forum 2
Quartiere 2.0 – Bestand, Gemeinschaft, Integration

Moderation
Inga Glander, Bundesstiftung Baukultur, Potsdam

Projekte

13ha Freiheit / Wohnprojekt 472 e. V., Mannheim
Britta Schlichting und Dario Becci, 13ha Freiheit e. V.

Sanierungsgebiet Hardt, Schwäbisch-Gmünd
Bürgermeister Julius Mihm, Stadt Schwäbisch-Gmünd, und Michael Schott, schott architekten, Stuttgart

›Passerelle‹, Tübingen
Bürgermeister Cord Soehlke, Stadt Tübingen, und
Dr. Reinhard Winter, Leiter des Projekts ›Passerelle‹

Forum 3
Zukunftsgerechte Mobilität

Moderation
Dr. Timo Munzinger, Deutscher Städtetag, Köln

Projekte

Mobilitätskonzept Lincoln-Siedlung, Darmstadt
Astrid Samaan, Leiterin der Abteilung Mobilität, Stadt Darmstadt

Mobilitätsregion Karlsruhe
Prof. Dr.-Ing. Anke Karmann-Woessner, Leiterin des Stadtplanungsamts, Stadt Karlsruhe

Kienlesbergbrücke, Ulm
Bürgermeister Tim von Winning, Stadt Ulm

Forum 4
Öffentliche Räume

Moderation
Prof. Christa Reicher, RWTH Aachen University

Projekte

Stadtumbau Bahnhofstraße ›Neue Meile Böblingen‹, Böblingen
Bürgermeisterin Christine Kraayvanger, Stadt Böblingen, und
Tobias Baldauf, Büro bauchplan, München

MARCHIVUM und Quartiersentwicklung Neckarstadt-West, Mannheim
Heinz Frings, Geschäftsführer, GBG – Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH, und
Peter Schmucker, Schmucker und Partner Planungsgesellschaft mbH, Mannheim

Neubau Rathaus und Rathausplatz, Walzbachtal
Bürgermeister Timur Özcan, Gemeinde Walzbachtal, und
Afshin Arabzadeh, weinbrenner.single.arabzadeh. architektenwerkgemeinschaft, Nürtingen

Forum 5
Grün-blaue Infrastruktur

Moderation
Carmen Mundorff, Architektenkammer Baden-Württemberg

Projekte

Stadtquartier Neckarbogen, Heilbronn
Bürgermeister Wilfried Hajek und
Jan Fries, Leiter des Amtes für Liegenschaften und Stadterneuerung, Stadt Heilbronn

Gestaltungs- & Pflegekonzept für den Hauptfriedhof, Ravensburg
Bürgermeister Dirk Bastin, Stadt Ravensburg

Förderprogramm Urbane Gärten, Stuttgart
Matthias Bertram, Amt für Stadtplanung und Wohnen, Landeshauptstadt Stuttgart

Forum 6
Bildung, Arbeit, Produktion

Moderation
Stefanie Kerlein, Internationale Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart

Projekte

Alter Schlachthof, Karlsruhe
Lina Hoscislawski, Karlsruher Fächer GmbH

Allgäuer Genussmanufaktur, Leutkirch im Allgäu
Oberbürgermeister Hans-Jörg Henle, Große Kreisstadt Leutkirch im Allgäu, und
Christian Skrodzki, Vorstand, Allgäuer Genussmanufaktur eG, Leutkirch im Allgäu

Konversion Gewerbefläche ›Birkel-Areal‹, Weinstadt-Endersbach
Erster Bürgermeister Thomas Deißler, Stadt Weinstadt, und
Prof. Gerd Baldauf, Baldauf Architekten und Stadtplaner, Stuttgart

15:00
Pause

15:30
Ergebnisse aus den Themenforen

Andreas Hofer im Gespräch mit den Moderatorinnen und Moderatoren der Foren

16:15
Gesprächsrunde

Klaus Holaschke
Oberbürgermeister der Stadt Eppingen, Erster Vizepräsident des Gemeindetags Baden-Württemberg

Markus Müller
Präsident der Architektenkammer Baden-Württemberg

Prof. Dr. Markus Müller
Leiter der Abteilung Infrastruktur und Wohnungsbau, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

Martin Riedisser
Geschäftsführer, LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH

Dr. Oliver Weigel
Leiter des Referates Stadtentwicklungspolitik, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

17:00
Fazit und Verabschiedung

Andreas Hofer

Dokumentation

Grußworte

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Wohnungsbau des
Landes Baden-Württemberg

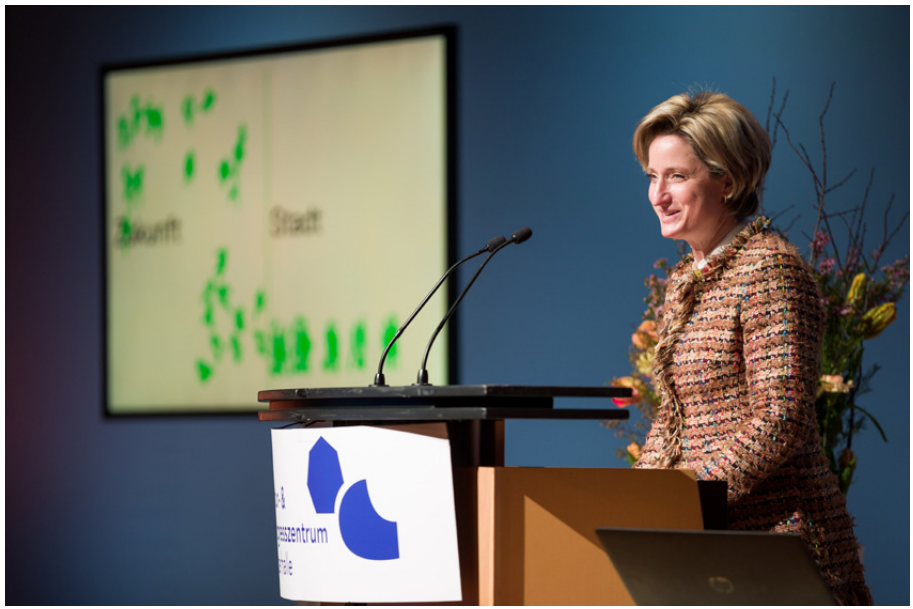
→ Von Städten und Gemeinden sollen Impulse für eine Transformation der europäischen Gesellschaften ausgehen – hin zu nachhaltigen Gesellschaften.

Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut hob in ihrem Grußwort zunächst hervor, dass die nachhaltige Entwicklung von Städten und Gemeinden ein Gemeinschaftswerk ist. Die ›Neue Leipzig-Charta‹ entwerfe 13 Jahre nach der ersten Charta eine aktuelle Zukunftsperspektive für dieses gemeinschaftliche Zusammenwirken auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Zudem erfordere die Komplexität der Herausforderungen, insbesondere der Klimawandel, aber neue, innovative Formen der Problemlösung.

Vor diesem Hintergrund würdigte die Ministerin die ›Leipzig-Charta‹ aus dem Jahr 2007, wie auch deren Aktualisierung als **»großartigen Entwurf einer gemeinsamen und langfristig tauglichen stadtentwicklungspolitischen Perspektive für die Städte und Gemeinden in Europa«.** Sie begrüßte, dass die ›Neue Leipzig-Charta‹ auf diesem Fundament aufbaut und die Idee der nachhaltigen europäischen Stadt unter dem Eindruck der neuen Herausforderungen fortschreibt.

Den Titel der ›Neuen Leipzig-Charta‹ versteht die Ministerin als Appell: **»Von Städten und Gemeinden sollen Impulse für eine Transformation der europäischen Gesellschaften ausgehen – hin zu nachhaltigen Gesellschaften.«** Sie sollten Labore für neue Formen der Problemlösung und baulich-räumliche Innovationen sein, da ein qualitätvolles Planen und Bauen eine Schlüsselrolle für die Bewahrung und Entwicklung kompakter, sozial und wirtschaftlich gemischter Städte habe. Deshalb brauche es, wie die Charta sage, eine zukunftsgerechte, nachhaltige Planungs- und Baukultur.

Im Bereich des Wohnens sieht die Ministerin hierfür einen entscheidenden Ansatzpunkt und darum die Aufgabe des Landes, die Transformation von Städten und Gemeinden hin zu wohn- und lebensgerechten Orten, Quartieren und Nachbarschaften zu unterstützen. Die Wohnraumoffensive des Landes ziele auf neue Impulse für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und nicht zuletzt auf neue Formen der Kooperation und Unterstützung. Im Vordergrund stünden erstens die Unterstützung der Kommunen bei einer langfristigen und aktiven



Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg

→ Die ›Neue Leipzig-Charta‹ ist mit ihren Leitbegriffen Gemeinwohl und Kooperation ein zeitgemäßer und zukunftsweisender Kompass für eine Stadtentwicklungspolitik, deren Ziel resiliente Städte und Gemeinden sind.

Bodenpolitik mit einem Grundstücksfonds, zweitens die Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit mit dem Kompetenzzentrum Wohnen, das zielgerichtete Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbiete, und schließlich drittens die Vernetzung unterschiedlicher Ebenen, Instrumente und Akteure mit der Patenschaft Innovativ Wohnen BW.

Mit Blick auf das Jubiläum ›50 Jahre Städtebauförderung‹ stellte die Ministerin fest, dass die Städtebauförderung von Bund und Ländern das gemeinschaftliche Instrument zur Umsetzung der ›Leipzig-Charta‹ ist und einen entscheidenden Beitrag zur zukunftssicheren Entwicklung von Städten und Gemeinden leistet. Sie habe sich als Instrument erwiesen, mit dem auf immer wieder neue Herausforderungen in Städten und Gemeinden flexibel und passgenau reagiert werden könne. Schwerpunkte der Städtebauförderung seien aktuell, Innenstädte und Ortskerne attraktiv zu gestalten und deren Vitalität zu erhalten, sowie die Aktivierung von dringend benötigten Wohnbauflächen.

Mit Blick auf die neue Programmstruktur der Städtebauförderung machte die Ministerin deutlich, dass die Anpassung der gebauten Umwelt an den Klimawandel, die Belebung der Zentren und Ortskerne sowie bei all dem ein behutsamer Umgang mit Erbe und Bestand wichtige Querschnittsthemen der Städtebauförderung im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ sind. Die Städtebauförderung werde **»auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Städte und Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu unterstützen, Innovationen im gesamten Bereich des Planens und Bauens zu befördern und ihre transformative Kraft für das Gemeinwohl zu stärken«.**

Als Fazit unterstrich die Ministerin, dass die ›Neue Leipzig-Charta‹ mit ihren Leitbegriffen Gemeinwohl und Kooperation ein zeitgemäßer und zukunftsweisender Kompass für eine Stadtentwicklungspolitik ist, deren Ziel resiliente Städte und Gemeinden für eine nachhaltige Gesellschaft sind. Der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger in Baden-Württemberg dankte sie für die langjährige, konstruktive und produktive Zusammenarbeit.

Oliver Matzek, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger Baden-Württemberg und Leiter Städtebau bei der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH

Oliver Matzek
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft
der Sanierungs- und Entwicklungsträger
Baden-Württemberg und Leiter
Städtebau bei der Wüstenrot Haus-
und Städtebau GmbH

→ Integrierte Stadtentwicklungskonzepte tragen wesentlich zum Erfolg zahlreicher Maßnahmen bei und prägen maßgeblich die Arbeit in der Stadtentwicklung, der Stadterneuerung und der Städtebauförderung.

Oliver Matzek stellte das Jubiläum ›50 Jahre Städtebauförderung‹ in den Mittelpunkt seines Grußwortes und verwies darauf, dass **»Stadterneuerung und -entwicklung nicht nur bedeuten, auf sich verändernde wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu reagieren, sondern auf Basis intelligenter Konzepte zu agieren«.** Seit 1971 leiste die Städtebauförderung in Baden-Württemberg mit einem Fördervolumen von bisher rund acht Milliarden Euro in über 3.300 Sanierungs- und Entwicklungsgebieten dazu einen bedeutenden Beitrag.

Jedes Jahrzehnt der zurückliegenden 50 Jahre habe dabei seine ganz besonderen Herausforderungen an die Stadtentwicklung gestellt. Bereits in den 1970er Jahren seien die Verfügbarkeit von Wohnraum sowie von Grund und Boden zentrale Themen, andere, wie die Bewahrung der Bevölkerungsstrukturen und der Bausubstanz, seien verstärkt in den Fokus getreten. Das Jahrzehnt sei auch die Geburtsstunde der Sanierungsträger und einer bis heute sehr erfolgreichen Zusammenarbeit der Akteure in der Städtebauförderung gewesen.

In den 1980er Jahren, dem Jahrzehnt von Hausbesetzungen, Bürgerinitiativen, soziokulturellen Projekten und Partizipation, habe insbesondere die Internationale Bauausstellung 1987 in Berlin die Leistungsfähigkeit einer behutsamen Stadterneuerung belegen können. Die 1990er Jahre, von der Wiedervereinigung geprägt, hätten eine entsprechende Ausdifferenzierung der Förderbedingungen und Programme gebracht. In den 2000er Jahren sei der demografische Wandel vermehrt in den Blick geraten. Prominente Themen seien die Innenentwicklung und das Flächensparen gewesen. Mit der ›Leipzig-Charta‹ aus dem Jahr 2007 hätten Integrierte Stadtentwicklungskonzepte an Bedeutung gewonnen: **»Sie tragen wesentlich zum Erfolg zahlreicher Maßnahmen bei und prägen maßgeblich die Arbeit in der Stadtentwicklung, der Stadterneuerung und damit auch der Städtebauförderung.«** In den 2010er Jahren habe man sich verstärkt kleineren Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen zugewandt.

→ Es liegt nun an uns, den politischen Rahmen und die Ziele der ›Neuen Leipzig-Charta‹ auf die lokalen Herausforderungen der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg zu übersetzen.

Erfolgreich hätten sich der Investitionspakt ›Soziale Integration im Quartier‹ und die nichtinvestive Städtebauförderung erwiesen. Neben zentralen Aspekten wie Barrierefreiheit und Energieeffizienz sei die Bürgerbeteiligung immer wichtiger geworden.

Oliver Matzek stellte ausblickend fest, dass die großen globalen Herausforderungen, genauso auch die künftigen, mit einer nachhaltigen Transformation hin zu einer gerechten, grünen und produktiven Stadt verbundenen Ziele mit der ›Neuen Leipzig-Charta‹ sehr gut beschrieben sind: **»Es liegt nun an uns, den politischen Rahmen und die Ziele der ›Neuen Leipzig-Charta‹ auf die lokalen Herausforderungen der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg zu übersetzen, über integrierte Konzepte zu definieren und für eine geordnete Umsetzung der Einzelmaßnahmen zu sorgen.«** Auch dies werde mit Hilfe der Städtebauförderung gelingen, zumal diese über die regelmäßig ausgelösten, achtfachen Folgeinvestitionen mit einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung verbunden sei.

Mit Blick auf 50 Jahre eines erfolgreichen und gelungenen Einsatzes von acht Milliarden Euro Städtebaufördermitteln dankte Oliver Matzek im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger Bund und Land für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit sowie den zahlreichen, engagierten Akteuren vor Ort, die für erfolgreiche Stadterneuerungsprojekte unverzichtbar seien. Er verband den Dank mit dem Appell, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass die Städtebaufördermittel in den kommenden Jahren in Anbetracht der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie deutlich angehoben werden, und der Perspektive einer weiterhin gemeinsamen und erfolgreichen Zusammenarbeit in der Stadtentwicklung.

Statement

Anne Katrin Bohle
Staatssekretärin im Bundesministerium
des Innern, für Bau und Heimat

→ Es bedarf ganzheitlicher nationaler und europäischer Anstrengungen, um alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und die ›Neue Leipzig-Charta‹ mit Leben zu erfüllen.

Staatssekretärin Bohle spannte in ihrem Statement einen Bogen von der Fortschreibung der ›Leipzig-Charta‹ als **»Wegweiser für eine zukunftsgerichtete, integrierte Stadtentwicklung in Europa«** im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft über die Bedeutung und die Stärkung der Baukultur bis hin zur Städtebauförderung. Den Stärken der europäischen Stadt mit ihrer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt, vor allem aber ihrer Integrations- und Innovationskraft, stünden die Herausforderungen unserer Zeit gegenüber, aktuell die Covid-19-Pandemie. Eine Innovation im Rahmen der ›Leipzig-Charta‹ sei darum angezeigt gewesen und es habe die Notwendigkeit gegeben, in der Stadtentwicklung gemeinsam weiterzugehen. Gerade die aktuellen Herausforderungen zeigten, dass es ganzheitlicher nationaler und europäischer Anstrengungen bedürfe, um **»alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und die ›Neue Leipzig-Charta‹ mit Leben zu erfüllen«.**

Den Grundstein habe im Jahr 2007 die ›Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt‹ als strategisches Rahmenwerk zur integrierten Stadtentwicklung gelegt, das wichtige Impulse für integriertes Denken und Handeln in der Stadtentwicklung gegeben habe. Die ›Neue Leipzig-Charta‹ stelle als Ergebnis eines umfassenden und sehr engagierten Dialogprozesses die transformative Kraft der Städte bei der Bewältigung zentraler Zukunftsaufgaben – Klimawandel, Digitalisierung etc. – in den Mittelpunkt. Maßgeblich sei dabei die Orientierung am Gemeinwohl, dessen Stellenwert gestärkt worden sei. Die Staatssekretärin betonte, dass es bei der Gemeinwohlorientierung um die gesamte Stadtgesellschaft geht. Dies sei **»eine große Herausforderung und Aufgabe für unsere Kommunen, die zur Ausübung ihrer Gestaltungskraft […] geeignete Rahmenbedingungen brauchen. Sie müssen so ausgestattet sein, dass Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Infrastrukturen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen können«.**

Anne Katrin Bohle,
Staatssekretärin
im Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

→ Oftmals wird dort die höchste Zufriedenheit und Lebensqualität erzielt, wo Beteiligung ganz frühzeitig ansetzt – bei der Definition der Planungsaufgabe selbst.

→ Das Ziel einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung, bei der baukulturelle Aspekte wichtiger Bestandteil sind, darf auch bei den aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen nicht aus dem Fokus geraten.

Mit der ›gerechten‹, ›grünen‹ und ›produktiven‹ Stadt seien drei Dimensionen beschrieben, die für eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Entwicklung besondere Bedeutung hätten. Obgleich die Stadt etwas sehr »Analoges« sei und auch Risiken nicht außer Acht gelassen werden dürften, komme der Digitalisierung dabei eine Querschnittsfunktion zu. Sie könne dazu beitragen, transformative Herausforderungen umzusetzen, Planungsprozesse zu beschleunigen und Partizipation bzw. Ko-Produktion als eines der fünf handlungsleitenden Arbeitsprinzipen weiterzuentwickeln, welche die ›Neue Leipzig-Charta‹ beschreibe. Staatssekretärin Bohle verwies auf das große Interesse der Bevölkerung an der geplanten und gebauten Umwelt sowie an der Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds: **»Oftmals wird dort die höchste Zufriedenheit und Lebensqualität erzielt, wo Beteiligung ganz frühzeitig ansetzt – bei der Definition der Planungsaufgabe selbst«.**

Die Staatsekretärin unterstrich angesichts dessen die baukulturpolitische Bedeutung der ›Neuen Leipzig-Charta‹, denn **»umbauter Raum und Qualitäten sind etwas, was wir nicht voneinander trennen dürfen.«** Die Charta formuliere neben der Erklärung von Davos ›Eine hohe Baukultur für Europa‹ aus dem Jahr 2018 wichtige Leitlinien des staatlichen Handelns im Bereich der Baukultur. Die Bundesregierung habe sich mit der Unterzeichnung der Erklärung von Davos verpflichtet, die nationale Baukultur zu stärken und zu fördern, was mit der Gründung der Initiative ›Architektur und Baukultur‹ im Jahr 2000 und der Errichtung der Bundesstiftung Baukultur im Jahr 2007 in der Politik des Bundes bereits eine lange Tradition habe. Die Staatssekretärin betonte, dass eine qualitätvolle Baukultur besondere Bedeutung beim Wohnungsbau habe, der eben nicht nur bezahlbar, sondern, angesiedelt in lebenswerten Quartieren an integrierten Standorten, auch gut gestaltet und nachhaltig sein müsse. Vor diesem Hintergrund betonte sie: **»Das Ziel einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung, bei der baukulturelle Aspekte wichtiger Bestandteil sind, darf auch bei den aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen nicht aus dem Fokus geraten«.** Besonderes Augenmerk solle dabei auf das Bauen im Bestand und den Einsatz nachhaltiger Baustoffe gerichtet werden.

Eine wichtige Aufgabe komme seit 2007 dabei der Bund-Länder-Kommunen-Initiative ›Nationale Stadtentwicklungspolitik‹ zu. Über 150 geförderte, innovative und experimentelle Projekte hätten nicht zuletzt für die Weiterentwicklung der Städtebauförderung wertvolle Erkenntnisse geliefert. Deren fünfzigjährige Erfolgsgeschichte mit mehr als 9.300 geförderten Projekten und bundesseitigen Investitionen von 19,3 Milliarden Euro beruhe auf dem Ansatz, ein ›lernendes Programm‹ zu sein, erkennbar zuletzt an der Neustrukturierung mit den Programmen ›Lebendige Zentren‹, ›Sozialer Zusammenhalt‹ sowie ›Wachstum und nachhaltige Erneuerung‹. Maßnahmen zur Anpassung städtischer Infrastruktur an den Klimawandel seien nunmehr Fördervoraussetzung und die interkommunale Zusammenarbeit werde programmübergreifend mit einem erhöhten Bundesanteil gefördert. Der Bundeshaushalt 2021 sehe insgesamt ein Förderniveau in Höhe von 790 Millionen Euro vor, die im Sinne des gemeinsamen Ziels einer kooperativen, nachhaltigen Gestaltung lebenswerter, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteter Städte und Gemeinden investiert werden sollten.

Gesprächsrunde

Gäste

Prof. Dr. Martin Becker
Katholische Hochschule Freiburg, Professur für Handlungskonzepte und Methoden Sozialer Arbeit, Stadt- und Quartiersentwicklung und empirische Sozialforschung

Frauke Burgdorff
Beigeordnete für Planung, Bau und Mobilität, Stadt Aachen

Prof. Dr. Silke Weidner
BTU Cottbus-Senftenberg, Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung, Fachgebiet Stadtmanagement

Prof. Julian Wékel
Direktor des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen München / Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V. (DASL)

Die ›Neue Leipzig-Charta‹ setzt auf der ›Leipzig-Charta‹ aus dem Jahr 2007 auf und schreibt diese fort. Im Rahmen der ersten Gesprächsrunde wurde daher eine Brücke zwischen den beiden Dokumenten geschlagen und die Entstehung der Charta aus dem Jahr 2020 nachgezeichnet. Diskutiert wurden – insbesondere auch vor dem Hintergrund von 50 Jahren Städtebauförderung und den aktuellen stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen – Zielsetzungen und Handlungsstrategien der Charta, um damit eine Grundlage für die Diskussion in den Foren am Nachmittag zu legen.

1

An **Professor Julian Wékel** richtete sich eingangs die Frage von Andreas Hofer nach der Einordnung der ›Neuen Leipzig-Charta‹ vor dem Hintergrund von fünfzig Jahren Städtebauförderung: Was beschäftigt uns heute? Ist die ›Neue Leipzig-Charta‹ ein hilfreicher Kompass für die künftige Stadtentwicklungspolitik? Prof. Wékel skizzierte zunächst vor dem Hintergrund des Jubiläums ›50 Jahre Städtebauförderung‹ wesentliche Etappen in der Stadtentwicklungspolitik und – damit verbunden – der Planungs- und Baukultur: Den Flächensanierungen der 1960er Jahre sei das Konzept der behutsamen Stadterneuerung entgegengestellt worden. Später folgten die Stadtumbaumaßnahmen, mit denen man auf den wirtschaftlichen Strukturwandel in den Städten und die dabei aus der Nutzung fallenden Flächen reagiert habe. Ein Meilenstein sei die Aufnahme der Bürgerbeteiligung in Stadtentwicklungsprozesse gewesen. Die ›Neue Leipzig-Charta‹ setze mit dem Begriff der Ko-Produktion nun einen neuen Maßstab, denn fortan gehe es **»nicht mehr nur darum, Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen«,** sondern vielmehr darum, **»bürgerschaftliches Engagement mitaufzunehmen«.** Ein weiterer Meilenstein sei die Etablierung integrierter Stadtentwicklungsansätze gewesen, die in den 1990er Jahren zur Voraussetzung wurden, dass Fördermittel bewilligt wurden.

Gesprächsrunde am Vormittag, moderiert von Andreas Hofer, Intendant und Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart

→ Die ›Neue Leipzig-Charta‹ enthält die Themen und Aktualisierungen, die es braucht, um die angestrebte gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik auf die Füße zu stellen.

→ Eine nachhaltige Transformation in dem umfassenden Sinne, wie ihn die ›Neue Leipzig-Charta‹ formuliert, muss ein gesellschaftlicher Aufbruch sein.

2

Nach Einschätzung von Prof. Wékel enthält die ›Neue Leipzig-Charta‹ die Themen und Aktualisierungen, die es braucht, um die angestrebte **»gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik auf die Füße zu stellen«.** Dabei sei zu berücksichtigen, dass es sich bei der Charta um ein europäisches Papier handele, in das sinnvollerweise viel von der in Deutschland sehr weit entwickelten städtebaulichen Planungs- und Baukultur eingeflossen sei, was hier mit Blick auf rechtliche Rahmenbedingungen und Investitionsmöglichkeiten nicht zuletzt der ›Nationalen‹ Stadtentwicklungspolitik zu verdanken sei. Zu begrüßen sei, dass auch Aspekte wie die Qualifizierung von Akteuren bzw. Mitarbeitenden enthalten seien.

Vor dem Hintergrund der weitreichenden Perspektiven einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklungspolitik forderte Prof. Wékel dazu auf, sich klarzumachen, **»was es planungskulturell bedeutet, wenn wir die in der Charta enthaltenen Potenziale einer neuen Zugangsweise wirklich öffnen wollen. […] Wir müssen zu einer neuen Haltung kommen, die diesen integrierenden, übergreifenden Prozess sehr viel stärker in den Vordergrund stellt, und zwar horizontal wie vertikal.«** Mit Blick auf die insofern anzustrebenden Gesamtprozesse ziele die ›Neue Leipzig-Charta‹ auf **»einen qualitativen Sprung«,** einen **»neuen Zugang, der […] auch die Zivilgesellschaft und Wirtschaft da einbezieht, wo es sonst einfach nicht zu einer neuen Qualität kommt, um eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung so umfassend auf den Weg zu bringen, wie es der Begriff der nachhaltigen Transformation eigentlich bedeutet.«**

Klar sei, so Prof. Wékel, dass in den letzten 50 Jahren bereits viele Herausforderungen, die uns heute intensiv beschäftigten, thematisiert worden seien. Aber vielmehr stelle sich doch die Frage, was es bedeute, all die Herausforderungen und Aufgaben auf die bestehenden Strukturen und den Alltag in allen Bereichen herunterzubrechen. Eine nachhaltige Transformation in dem umfassenden Sinne, wie ihn die ›Neue Leipzig-Charta‹ formuliere, müsse ein **»gesellschaftlicher Aufbruch sein«.** Sie stehe für den Versuch – wie bereits die Charta aus dem Jahr 2007 – zu überzeugen, dass wir in vielen Bereichen neue Ansätze bräuchten.

3

Professorin Silke Weidner ging anschließend der Frage Andreas Hofers nach der Rolle der Klein- und Mittelstädte nach und erläuterte, dass diese in der ›Neue Leipzig-Charta‹ nun explizit erwähnt seien. Eine weitere Neuerung und Besonderheit der aktualisierten Charta sei in diesem Zusammenhang die Aufnahme der drei Raumebenen, was im Hinblick auf den Ebenen übergreifenden Ansatz bedeutsam sei. Die untere Ebene und Basis stelle das Quartier dar, das gegenüber der Charta aus dem Jahr 2007 nicht mehr nur in Bezug auf benachteiligende Faktoren, sondern nun allgemein und grundsätzlich als die für die Lebenswirklichkeit der Menschen entscheidende Bezugsebene verankert sei. Die mittlere Ebene sei die Stadt, mit ihren diversen Funktionsbezügen. Gleichfalls neu aufgenommen seien aber auch die so genannten funktionalen Räume, um den tatsächlichen, weiter gefassten Aktionsradien der Menschen, den regionalen Stoffkreisläufen oder Wirtschaftsbeziehungen Rechnung zu tragen.

Im Zusammenhang mit diesem Mehrebenen-Ansatz und der Bedeutung der Klein- und Mittelstädte wies Prof. Weidner darauf hin, dass die ›Neue Leipzig-Charta‹ die Relevanz der räumlich-funktionalen Beziehungen und Verflechtungen herausarbeite und diese einem wenig hilfreichen Stadt-Umland-Dualismus entgegensetze. Dies zeige sich gerade auch bei Kleinstädten, die als zentrale Orte wichtige Anker im Raum seien. Verflechtungsräume stellten sich ihrerseits zudem höchst unterschiedlich dar, sei es eine Metropolregion oder eine dünn besiedelte ländliche Region. Die Kommunen stünden insofern vor je eigenen Herausforderungen, hätten aber auch ihre eigenen Potenziale.

Gesprächsrunde am Vormittag mit Prof. Dr. Silke Weidner, BTU Cottbus-Senftenberg

Gesprächsrunde am Vormittag mit Prof. Dr. Martin Becker, Katholische Hochschule Freiburg

→ Es ist eine zentrale Frage, wie man eine nachhaltige Kooperation zwischen Quartier und Gesamtstadt schafft.

4

An **Professor Peter Becker** richtete sich daran anschließend die Frage des Moderators, auf welcher Ebene über Stadt und städtische Zukunft gesprochen werden könne. Auf welcher Ebene funktioniere, auch im Hinblick auf Planungsentscheidungen, Gemeinschaft? Sei das Quartier insofern auch aus sozialwissenschaftlicher Sicht nicht die richtige Bezugsgröße für Stadtentwicklungsprozesse?

Prof. Becker verwies darauf, den Begriff Gemeinschaft mit Sorgfalt zu verwenden. Es gelte ›Gesellschaft‹ und ›Gemeinschaft‹ zu unterscheiden, weil Unterschiedliches gemeint sei: Bei der Stadt als Ganzes, Stadtleben und Urbanität spreche man mit Blick auf Vielfalt von Gesellschaft. Der Begriff Gemeinschaft sei zwar mit Vertrautheit, oft aber auch mit der Ausgrenzung von Anderen konnotiert. Genau das sei in der ›Neuen Leipzig-Charta‹ aber nicht gemeint, denn hier stehe das Quartier im Mittelpunkt: Hier empfänden Menschen Zugehörigkeit sowie räumliche und soziale Überschaubarkeit. Der ›Stadtteil‹ sei dagegen ein rein administratives Konstrukt. Dort aber, wo Menschen in Nachbarschaften leben würden, wo es überschaubar sei, wo man sich durch Begegnungen häufiger treffe und kenne, sei die Bereitschaft groß, sich für das Gemeinwohl einzusetzen.

Mit dem Mehrebenen-Ansatz setze die ›Neue Leipzig-Charta‹ noch einen weiteren Merkpunkt im Hinblick auf die kommunalen Herausforderungen: Städte mit Zentrumscharakter seien in einer Art »Sandwich-Position« zwischen der regionalen Handlungsebene, mit der kostenwirksame Leistungen verbunden seien, und der nun nochmals gestärkten Quartiersebene im Hinblick auf die Gemeinwohlorientierung. So sei eine zentrale Frage, wie man **»eine nachhaltige Kooperation zwischen Quartier und Gesamtstadt«** schaffe. Denn die bekannten Förderprogramme seien in Projektform, also zeitlich begrenzt, angelegt. Eine langfristige Entwicklung sei damit noch nicht gegeben. Also sei zu fragen, **»wie das, was in Projekten entwickelt wird, räumlich-baulich und sozial verstetigt werden kann.«**

→ Wir müssen weg von einer nur punktuellen Aufmerksamkeit, hin zu einer ruhigen Ko-Produktion der Bürger bei der Entwicklung ihrer Stadt.

→ Was wird die übernächste Generation mit Objekten anfangen? Planer müssen zwei Generationen weiterdenken.

→ Die Digitalisierung gibt angesichts ihrer Querschnittdimension die Chance, über neue Möglichkeiten des Produzierens nachzudenken oder darüber, was Produktion heute heißt.

Frauke Burgdorff schloss auf die Frage Andreas Hofers, wie man diese Maßstabsebenen zusammenbringen könne, antwortend an, dass es Kontinuität brauche, wenn es um eine gerechte und resiliente Stadtentwicklungspolitik gehe, die den gegenwärtigen und künftigen Transformationsprozessen gerecht werden solle. Projekte seien zwar hilfreich als Impulsgeber, Beschleuniger oder Kristallisationspunkte, aber **»die lange Linie, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, nicht Teil einer kurzfristigen Maßnahme, sondern Träger von Substanz zu sein«** sei wichtig. Wir müssten weg von einer **»nur punktuellen Aufmerksamkeit, hin zu einer ruhigen Ko-Produktion der Bürger bei der Entwicklung ihrer Stadt«.** Damit sei ein weiteres Ziel verbunden: Bürgerinnen und Bürger auch verstärkt als Investoren in Betracht zu ziehen. Das Kapital, das bei den Menschen liege, müsse in der Stadt bleiben und gebunden werden. Wer in seiner Stadt eine gemeinwohlorientierte Immobilie erwerbe, werde sich seiner Stadt nicht verbundener fühlen können.

Eine beträchtliche Herausforderung sei in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern über Stadtentwicklungsvorhaben allerdings, eine positive Perspektive zu entwickeln, beispielsweise in Gestalt einer Strategie, die einen visionären Masterplan mit einem konkreten Projekt verbindet, das im Alltag der Menschen wirksam wird. Wo es darum gehe, Lasten und Nutzen neu zu verteilen, seien der **»Blick aufs große Ganze, der häufig verloren geht, aber auch Unterstützung bei großen Themen aus der Bevölkerung heraus wichtig und erforderlich«.** Angesichts der heute große Probleme bereitenden, monofunktionalen Großstrukturen insbesondere in den Innenstädten sei im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ beim Konzipieren neuer Projekte daran zu denken, **»was die übernächste Generation mit Objekten anfangen«** wird. Und die Bauherrschaften seien in die Pflicht zu nehmen, dies gleichfalls zu tun: **»Planer müssen zwei Generationen weiterdenken.«**

5

Diesen Impuls aufgreifend richtete Andreas Hofer die Anschlussfrage an Frauke Burgdorff, welche Perspektiven mit dem Konzept der **Ko-Produktion** für die Innenstädte verbunden seien und ob in diesem Zusammenhang der Blick nicht über die reine Wohnungsdiskussion hinaus in Richtung der produktiven Stadt erweitert werden müsse. In der Region Stuttgart beschäftige diese Frage nach dem Tun in der Stadt und wie wir uns gemeinsam in unserem »Kiez« fühlen wollen sehr stark. Frauke Burgdorff antwortete mit dem Appell: **»Wir dürfen nicht nur die Wohlfühlstadt – Tauschen, Teilen brauchen wir als sozialen Kitt – organisieren, sondern müssen auch die produktive Stadt neu denken, Strukturen verändern, damit neue Ökonomien entstehen können.«**

Prof. Weidner schloss damit an, dass die Digitalisierung angesichts ihrer Querschnittdimension die Chance gebe, über **»neue Möglichkeiten des Produzierens nachzudenken oder darüber, was Produktion eigentlich heute heißt.«** Dies sei auch der Lösungsansatz für die Innenstädte, denn der Einzelhandel könne künftig nicht mehr die alleinige Leitfunktion für die Innenstadt haben, vielmehr gelte es, urbane Produktion bzw. auch mehr Handwerk anzusiedeln. Es gelte, die Chance, die in der Pandemie-Krise liege, nicht zu verpassen und Probleme, die jetzt für viele augenscheinlich seien, anzugehen. Es gebe viele Ideen, die es zu prüfen lohne.

In Bezug auf Lösungsansätze für die bereits angerissene Wohnungsbaudiskussion gab **Prof. Becker** zu bedenken, dass Wohnraum seit der Finanzkrise im Jahr 2008 zur Ware geworden zu sei. Jetzt stehe man vor der Frage, wie man bezahlbaren Wohnraum schaffen könne. Die Bereitstellung von Darlehen scheine dabei nicht das Problem zu sein. Prof. Becker plädierte dafür, den Fokus in diesem Zusammenhang nicht nur auf benachteiligte Quartiere zu legen, sondern die gesamte Stadt

→ Gewählte Vertreterinnen und Vertreter haben den schwierigen Auftrag, das allgemeine Wohl – auch das der Schwächsten – ins Prä zu bringen.

6

→ Es gibt einen großen Teil der Bevölkerung, der meint, er könnte nichts beitragen, oder der beteiligungsungeübt ist.

Gesprächsrunde am Vormittag mit Frauke Burgdorff Beigeordnete für Planung, Bau und Mobilität, Stadt Aachen

mit all ihren (Stadt-)Teilen und Quartieren in den Blick zu nehmen. Der Lösungsweg könne wohl nur eine sehr aktive Boden- und Wohnungsfinanzierungspolitik sein und Modelle, wie beispielsweise die Initiative der Mietshäusersyndikate, zu fördern.

Im Hinblick auf eine zielgerichtete Bodenpolitik ergänzte **Prof. Wékel,** dass dies ein in Baden-Württemberg bereits seit Längerem und in unterschiedlicher Weise bearbeitetes Thema sei, beispielsweise seitens der Städte Freiburg im Breisgau oder Ulm. Dennoch zeige die aktuelle Lage, dass es neuer Denkansätze bedürfe, beispielsweise hinsichtlich der Verbindung von Wohnen und Produktion. Es brauche Pilotprojekte, die einen **»neuen Zugang zum Arbeitsbegriff auf einer generellen Ebene«,** zu anderen Betriebsarten bzw. -größen und entsprechend gemischten Quartieren ermöglichen würden. Geeignete Mobilitätsangebote könnten die Entwicklung neuer Stadtquartiere zusätzlich unterstützen.

Unter Einbeziehung von Kommentaren aus dem Netzpublikum – wie bekommen wir die Verstetigung und Langfristperspektive, von der Frau Burgdorff gesprochen hat, hin? – richtete Andreas Hofer die Frage an **Frauke Burgdorff,** wie sich partizipative Projekte in einen dauerhaften Entwicklungsprozess bzw. einen permanenten Diskurs überführen ließen. Frauke Burgdorff berichtete, dass durchaus eine strukturelle Veränderung in Partizipationsprozessen festzustellen sei. So gebe es immer mehr Organisationen, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet sehen. Sie würden strukturelle Verantwortung dahingehend übernehmen, dass Partizipationsprojekte keine Strohfeuer blieben. Es seien aber bei solchen Prozessen beträchtliche und mitunter auch entgegenwirkende Unterschiede in den Interessen der Akteure zu bemerken. Es gelte daher, eine Partizipationskultur im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ in politische Entscheidungsprozesse einzupflegen. Dabei sei eines klar: **»Gewählte Vertreterinnen und Vertreter haben den schwierigen Auftrag, das allgemeine Wohl – auch das der Schwächsten – ins Prä zu bringen.«**

Aus Sicht von **Prof. Becker** würden sich sog. Stadtteilkonferenzen als Austauschgremium für die Akteure im Quartier anbieten. Sie könnten zwei, drei Mal im Jahr tagen, wobei sie natürlich nicht den Gemeinderat bzw. die demokratisch gewählten Gremien und die politischen Entscheidungsprozesse ersetzen. Aber sie seien geeignet, den Austausch der Menschen im Quartier in eine Kontinuität zu bringen. Zu beachten sei mit Blick auf gemeinwohlorientierte und gemeinschaftliche Entwicklungsprozesse grundsätzlich, dass es neben den **»Beteiligungserfahrenen und -geübten einen großen Teil der Bevölkerung gibt, der meint, er könnte nichts beitragen, oder der beteiligungsungeübt ist. Auf diese Gruppe ist der Fokus zu richten«.** Zudem brauche die Bevölkerung gleichbleibende und verlässliche Ansprechpartnerinnen und Partner.

Prof. Weidner setzte daran an und forderte eine verstärkte Achtsamkeit dahingehend, welche Stimmen trotz guter Beteiligungsverfahren doch noch nicht gehört würden oder wer sich in den üblichen Beteiligungsformaten nicht angesprochen fühle, beispielsweise wenn es um künftige Formen des Wohnens etc. gehe. Insbesondere sei hier an Kinder und Jugendliche zu denken. Es gehe daher darum, **»nicht nur breit zu beteiligen, sondern auch tiefer und spezieller bei Akteuren oder in einzelne Gruppen reinzuhören«.** Aus der bundesdeutschen Perspektive habe sich in diesem Kontext manche und mancher von der ›Neuen Leipzig-Charta‹ sogar mehr erwartet, aber aus gesamteuropäischer Perspektive betrachtet sei es ein sehr gutes Ergebnis, das nun ohnehin in den Regionen und den Kommunen mit Leben zu füllen sei.

Prof. Wékel betonte, dass es in der Tat darum gehe, die Botschaften der ›Neuen Leipzig-Charta‹ mit den verschiedensten Institutionen zu konkretisieren. Dies gelte insbesondere für das Konzept der Gemein-

Gesprächsrunde am Vormittag mit Prof. Julian Wékel, Direktor des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen München / Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V. (DASL)

7

→ Es geht darum, nicht nur breit zu beteiligen, sondern auch tiefer und spezieller bei Akteuren oder in einzelne Gruppen reinzuhören.

Gesprächsrunde am Vormittag, Sichtung der Fragen und Kommentare aus dem Netz

wohlorientierung, dessen explizite Verankerung in der Charta für die Konsensfindung der beteiligten Staaten eine große Herausforderung gewesen sei. Für diese Konkretisierung sei die Bund-Länder-Kommunen-Initiative ›Nationale Stadtentwicklungspolitik‹ die geeignete Plattform, genauso wie für die inhaltliche Weiterführung der Arbeitsprinzipien, beispielsweise des Ebenen übergreifenden Ansatzes, in den die funktionalen Räume einzubeziehen seien. Hier stehe noch Entwicklungsarbeit bevor, um den Bezug zur Alltagspraxis zu konkretisieren. Der Zeithorizont, um zu Ergebnissen zu kommen, sei allerdings sehr kurz.

Die Schlussrunde galt einer Frage aus dem Publikum: Wie können wir in Baden-Württemberg künftig für lebendige Innenstädte sorgen? Braucht es dafür Anpassungen bei der Städtebauförderung? Welche Instrumente gibt es noch?

Prof. Becker mahnte eine konzertierte Anstrengung der Bevölkerung und aller Akteure an, um diese Fragen mit der gesamten Stadtgesellschaft zu thematisieren. **Prof. Wékel** kritisierte, dass die Innenstädte zu 80 Prozent zu reinen »Marktplätzen« geworden seien, die nicht mehr über das eigentlich wesentliche, nämlich kommunikative Element verfügen würden. Künftig müsse (wieder) die kulturelle Dimension der Innenstadt im Vordergrund stehen. Die Innenstädte sollten vor allem wieder Raum für Wohnen und Produktion werden, weshalb bodenpolitische Lösungen vonnöten seien.

Prof. Weidner bekräftigte den Stellenwert der kulturellen Dimension, auch hinsichtlich der damit verbundenen Stärkung einer zukunftsgerechten Nutzungsmischung der Innenstädte, speziell durch das Wohnen. Auch Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten müssten in die Innenstadt. Kaufkraft müsse in der Innenstadt durch Nutzungsmischung generiert werden, insbesondere also von denen, die dort wohnen und dann auch einkaufen würden. Insoweit gelte es, die **»Innenstadt nicht vom Handel, sondern von der Nutzungsmischung aus zu denken«.** Darum sei schließlich wichtig, dass die Immobilieneigentümer dieses Ziel mittragen und das ganze Objekt mit seinen Nutzungsoptionen in den Blick nehmen würden, nicht nur die Rendite, die das Erdgeschoss abwerfe.

Frauke Burgdorff forderte für die Kommunen schließlich mehr Zugriff auf die Immobilienbewegungen und ein entsprechend gestärktes Vorkaufsrecht. Wichtig seien die Möglichkeit des Zwischenerwerbs von Immobilien und in der aktuellen Lage schnelles Agieren. Von grundsätzlicher Bedeutung sei Diversität. Es gelte, sich wieder zu trauen, in den Innenstädten Wurzeln zu schlagen, was auf deren Attraktivität für Familien ziele. Das heiße aber auch, Grün in die Stadt zu holen und eine extreme urbane Verdichtung an ein oder anderer Stelle trotz entsprechender Absichten mit Blick auf die Lebensqualität auch wieder aufzulösen. Schließlich bräuchten Bürgerinnen und Bürger »Organisationsgefäße«, in die sie Engagement und Kapital investieren können. Es brauche den Dialog über Investitionsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in ihre Stadt.

Forum 1
Neue Quartiere – Effizienz, Gestalt, Prozess

Moderation
Artur Maier
die STEG Stadtentwicklung GmbH, Stuttgart

Netzbetreuung und Protokoll
Sara Krisch und Vera Völker-Jenssen

Forum 1 – Neue Quartiere: Erster Bürgermeister Wilfried Wallbrecht berichtet über das Projekt Neue Weststadt in Esslingen am Neckar.

Neue Quartiere bieten große Chancen und stehen gleichzeitig – aufgrund der hohen Komplexität ganzheitlicher und nachhaltiger Entwicklungen – vor großen Herausforderungen. Im Forum 1 wurden anhand von drei Quartiersentwicklungen die in der ›Neuen Leipzig-Charta‹ referierten Dimensionen der Europäischen Stadt ›grün‹, ›gerecht‹ und ›produktiv‹ aufgegriffen. Moderator Artur Maier stellte das Forum gleich eingangs unter die Fragestellung nach den Chancen und Schwierigkeiten neuer Quartiere. Unter den Schlagworten Effizienz (klimaneutrales Quartier Neue Weststadt, Esslingen am Neckar), Gestalt (altengerechtes und selbstbestimmtes Wohnen am Rosenpark, Baiersbronn) und Prozess (Gemeinwohlorientierung im Steingauquartier, Kirchheim unter Teck) kamen folgende Schwerpunkte zur Sprache:

Effizienz – Qualitätvoller Entwicklung Zeit einräumen
Effiziente, nachhaltige Quartiersentwicklung geht – wie in der klimaneutralen Neuen Weststadt in Esslingen am Neckar – mit der Herausforderung einher, Zielkonflikte (z. B. zwischen CO_2-Effizienz und der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum) meistern zu müssen. Entsprechend zeitintensive, meist langjährige Entwicklungsprozesse sind zudem damit konfrontiert, dass sich gesellschaftspolitische Anforderungen und damit auch planerische Leitbilder ändern können. Im Prozessverlauf sind daher Flexibilität im Entwurf und in der Planung gefordert, auch wenn sich ein spätes ›Umsteuern‹ schwierig gestaltet. Umso entscheidender ist die frühzeitige Öffnung der Planungsverfahren für Partizipation und Ko-Produktion. So besteht die Chance, Quartiersentwicklungen ausführlich vorabzustimmen und verschiedene, den Prozess durch unterschiedliche Blickwinkel bereichernde Akteure angemessen einzubinden. Insofern sollte **»Effizienz nicht als maximales Drehmoment, sondern als nachhaltige Entwicklung, die auch eine gewisse Zeit braucht«,** betrachtet werden, so Stadtplaner und Architekt **Matthias Schuster.**

Gestalt – Verständnis für den Ort entwickeln
Die Quartiersentwicklung ›Wohnen am Rosenpark‹ in Baiersbronn ist ein Bekenntnis zur hohen Qualität des einzelnen Gebäudes in seiner Umgebung. Statt ›lediglich‹ auf die Projektumsetzung zu fokussieren, gilt es, Achtsamkeit für den Bestand und das Ortsbild zu entwickeln. Gestaltungsbeiräte sind ein wichtiges Instrument, um diese spezifischen Quartiersqualitäten herauszuarbeiten, denn **»jeder Ort ist anders, jedes Quartier ist anders. Von daher ist es auch wichtig, jemanden zu haben, der den Ort versteht«,** so der Bürgermeister der Gemeinde Baiersbronn, **Michael Ruf.** Beim Gestalten von Quartieren liegt somit eine wesentliche Herausforderung darin, den Bestand weiterzubauen und an zentrale, da verbindende Strukturen wie Erdgeschosszonen und öffentliche Räume anzubinden und diese in ihrer Funktion zu stärken. Die große Bedeutung der öffentlichen Quartiersräume stellte auch **Gernot Pohl**, Stadt Kirchheim unter Teck, heraus: **»Unsere Stadtbevölkerung betrachtet die öffentlichen Räume als ihr zweites Wohnzimmer – und das wollen wir auch so gemeinsam mit der Bevölkerung weiterentwickeln«.**

Prozess – Gesellschaftlichen Nutzen in den Mittelpunkt stellen
Im Fall des Steingauquartiers in Kirchheim unter Teck stand am Anfang des Prozesses die grundlegende Fragestellung nach dem Nutzen des Quartiers für die Stadtgesellschaft und die Quartiersgesellschaft (offenes Konzeptverfahren nach dem Kirchheimer Modell): **»Wir haben nicht nur das Interesse, ein gutes Quartier zu machen. Wir wollen als Stadtplaner auch dafür sorgen, dass die ganze Stadt sich an diesem gesellschaftlichen Transformationsprozess aktiv beteiligt«,**

Forum 1 – Neue Quartiere: Gernot Pohl berichtet über das Projekt ›Steingau-quartier‹ in Kirchheim unter Teck.

erläuterte **Gernot Pohl** den Ansatz der Stadt. Bauliche Nutzung und Dichte, funktionale und resiliente Nutzungsmischung und die Schaffung von Wohnraum für alle sind zentrale Säulen der Prozessqualität. Die zu Beginn der Quartiersentwicklung gesetzten hohen Ziele (z. B. gerechte Bodennutzung) und daraus erwachsende Anforderungen (z. B. langwierige Grundstücksverhandlungen) durchzuhalten und tatsächlich umzusetzen, ist eine Daueraufgabe. Diskursive Verfahren bieten die Chance, Akteure gleich zu behandeln und Denkschleifen zuzulassen. Der Erfolg des »langen Atems« lässt sich schließlich daran messen, dass **»aus Ideen und Konzepten Wirklichkeit geworden ist«,** so Bürgermeister **Wilfried Wallbrecht** von der Stadt Esslingen am Neckar.

Zukünftige Aufgaben
Beim Vergleich von Effizienz, Gestalt und Prozess wird im Prozess die größte zukünftige Herausforderung für neue Quartiere gesehen. Prozessqualität und damit Bau- und Planungskultur zu fördern, erfordert eine Bewusstseinsschärfung auf verschiedenen Ebenen:

- Kommunalpolitik muss mutig entscheiden und prozessoffen denken.
- Verwaltungen müssen über ausreichendes und kompetentes Personal verfügen.
- Das Vernetzen und Promoten von Akteuren und Projekten muss zu einem wesentlichen Bestandteil des Berufsbilds von Planerinnen und Planern aller Fachrichtungen gemacht werden.
- Im Sinn von Ko-Produktion müssen Teilnehmende zu Mitplanenden werden.
- Das Bekenntnis zur Innenentwicklung muss gestärkt und dabei der Umbau des Bestands und der Ortszentren in den Fokus genommen werden.

Die Bilanz aus den drei vorgestellten Quartiersentwicklungen lautet, dass eine ›grüne‹, ›gerechte‹, ›produktive Stadt‹ im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ möglich ist, wenn gemeinsames Planen und Bauen gelingt. So stellte **Gernot Pohl** fest: **»Inzwischen gibt es ein Mitdenken an der Stadt, das dazu führt, dass wir alle an der Stadt gemeinsam bauen«.**

Wohnen am Rosenpark. Gemeinsam Zukunft gestalten
Baiersbronn

Vortrag und Zusammenfassung
Michael Ruf
Bürgermeister der Gemeinde Baiersbronn

Forum 1 – Neue Quartiere: Baiersbronn, Wohnen am Rosenpark, Blick auf das Gebäudeensemble

Aufbauend auf den Erkenntnissen des demographischen Wandels stellte sich für die Gemeinde Baiersbronn die Frage, wie man Wohnen im Alter zukünftig denken muss. Über den durch LEADER geförderten Prozess ›Neue barrierefreie Wohnformen zur Belebung der Ortszentren‹, welcher im Juni 2012 durch den Gemeinderat beschlossen wurde, sollte über einen breit angelegten Beteiligungsprozess bei den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Baiersbronn der Bedarf und die Vorstellung über Wohnen im Alter abgefragt werden.

Als Ergebnis der Befragung konnte festgehalten werden, dass hauptsächlich ein möglichst langes, selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen vier Wänden gewünscht wird. Es wurde aber ebenfalls deutlich, dass die meisten Immobilien hierzu nicht geeignet sind. Sollte ein eigenständiges Wohnen nicht mehr möglich sein, wünschte man sich eine Unterbringung in einem guten Pflegeheim.

Im Anschluss an die Umfrage wurde in der Arbeitsgruppe das ›Baiersbronner Modell‹ für barrierefreien Wohnraum entwickelt, welches planerisch im Projekt ›Wohnen am Rosenpark‹ mündete. In diesem Projekt wird das Konzept verfolgt, ein möglichst langes, selbstständiges und eigenständiges Wohnen in einer eigenen Wohnung oder Wohngruppe zu ermöglichen. Bei Bedarf sollten benötigte Hilfen unkompliziert in Anspruch genommen werden.

Die bauliche Umsetzung stellte Projektentwickler und Verwaltung jedoch vor große Herausforderungen, da die Größe und Kubatur der angedachten Anlage städtebaulich deutlich relevant waren. Nach längerer, dann aber doch erfolgreicher Suche nach einem geeigneten Grundstück wurden durch den Projektentwickler und dessen Planer die ersten Pläne erstellt. Hierbei ging man von einer Kombination von Wohnungen und einem Pflegeheim aus. Die angedachte Bruttonutzfläche wäre hier 9.000 m² gewesen.

Parallel erfolgte 2013 die Aufnahme des Sanierungsgebietes ›Unterdorf‹ in das Landessanierungsprogramm. Das Sanierungsgebiet war dann auch Thema bei einer Klausurtagung des Gemeinderates im September 2014, welche als Forschungsprojekt von der Bundesinitiative Baukultur begleitet wurde. Diese Tagung fand bewusst in Vorarlberg statt und wurde dort durch Gespräche und Besichtigungen mit Akteuren vor Ort mit dem Thema Baukultur bereichert.

Im November 2014 erfolgte der Beschluss im Gemeinderat zur Durchführung eines Ideenwettbewerbs für die Planungen der Unterdorfsanierung, welcher dann 2015 mit einem diskursiven Verfahren, unter ständiger Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, erfolgte. In diesem Planungsprozess wurde auch über das Projekt ›Wohnen am Rosenpark‹ diskutiert. Insbesondere die Themen Maßstäblichkeit, Körnung, Kubatur und die daraus resultierenden städtebaulichen Auswirkungen standen hierbei im Fokus.

Auch durch den 2016 zum ersten Mal einberufenen Gestaltungsbeirat, welcher in den ersten beiden Amtsperioden mit Hilfe einer Förderung des Landes Baden-Württemberg unterstützt wurde, wurden diese Themen aufgegriffen und diskutiert. Diskursives Verfahren und Gestaltungsbeirat gaben hierbei die einhellige Empfehlung, dass für die Aufgabenstellung ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt werden müsse.

Der Gemeinderat hat schließlich (in seiner Sitzung am 31. Mai 2016) die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs für den Planbereich des Bebauungsplans ›E-Bühl‹ gefasst. Die Ergebnisse des Wettbewerbs wurden durch das Preisgericht am 21. Juli 2016 diskutiert und bewertet. Der Sieger des Wettbewerbs stellt das nun realisierte Projekt dar.

Neue Weststadt
Esslingen am Neckar

Vortrag und Zusammenfassung
Wilfried Wallbrecht
Bürgermeister, Stadt Esslingen am Neckar

Matthias Schuster
LEHEN drei / Architektur Stadtplanung, Stuttgart

Die Entwicklung und Umsetzung des Projektes der Neuen Weststadt in Esslingen am Neckar ist im Rahmen einer nachhaltigen innerstädtischen Entwicklung sehr gelungen. Das Projekt verfügt über eine angemessene städtebauliche Dichte mit baulicher Vielfalt und einer qualitativ hochwertigen Architektur, die auf der Grundlage von zahlreichen Wettbewerbsergebnissen im Vorfeld der Realisierung basieren. Mit einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur, der direkten Nähe zur Innenstadt und dem Bahnhof von Esslingen am Neckar bietet das neue Stadtquartier kurze Wege zur Arbeit, zu Grün- und Freizeitangeboten sowie zu Nahversorgungseinrichtungen. Die Nutzungsmischung und -vielfalt innerhalb des Quartiers mit einem entsprechenden gewerblichen Anteil inkl. einer Kinderbetreuungseinrichtung sowie die Standortverlagerung der Neuen Hochschule vom Quartier Flandernhöhe in die zentrale Innenstadt unterstützen die Belebung und somit die Qualität des öffentlichen Raums. Mit derartigen Nutzungen wird der Stadtteil lebendig. Es werden zahlreiche Räume zur Begegnung und zum Austausch angeboten.

Die Neue Weststadt nimmt als Leuchtturmprojekt ›ES_West_P2G2P‹ den Bezug zur ›grünen Stadt‹ auf. Mit einer nachhaltigen Flächennutzung des ehemaligen Güterbahnhofareals, der Umsetzung von Klimaneutralität und dem Einsatz von innovativen, effizienten Technologien entsteht ein hochwertiges innerstädtisches Quartier. Als Forschungsschwerpunkte sind neben Power-to-Gas (Wasserstoff) auch emissionsarme Mobilitätsformen zu nennen.

Aber auch die ›gerechte Stadt‹ wird in der Neuen Weststadt Anwendung finden. Durch den Anteil an gut gestalteten Sozialwohnungen wird hier ein Beitrag zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum geleistet und damit ein sozial gemischtes Stadtquartier entstehen.
Die Neue Weststadt wird sich insbesondere durch ihre nachhaltige Transformation und Mischnutzung auszeichnen. Durch die Entwicklung des Hochschulareals, des gemischt genutzten Schlachthofareals mit den dazugehörigen hochschulaffinen Nutzungen, des vielfältigen Wohnungsneubaus in Kombination mit Gewerbeanteilen und des Meilensteins »Crystal Rock«, entworfen vom niederländischen Architekturbüro MVRDV, wird ein sehr attraktiver, belebter und identitätsstiftender Stadtteil in zentraler Innenstadtlage entstehen.

Forum 1 – Neue Quartiere: Esslingen am Neckar, Klimaquartier Neue Weststadt, Blick auf Gebäudegruppe, Dachflächen mit Vollsolarisierung

Das Steingauquartier
Ko-Produktion und Gemeinwohlorientierung durch Konzeptvergabe
Kirchheim unter Teck

Vortrag und Zusammenfassung
Gernot Pohl
Leiter der Abteilung Städtebau und Baurecht,
Stadt Kirchheim unter Teck

Matthias Gütschow
BaugemeinschaftsArchitekten Südwest e. V.

Forum 1 – Neue Quartiere: Kirchheim unter Teck, Steingauquartier, Kontakte zwischen Baugruppen und Baugruppen-Interessenten auf der ›Stadthausbörse‹ im November 2019

Unsere Städte leiden immer noch unter der räumlichen Trennung ihrer Funktionen. Der öffentliche Raum ist im Wesentlichen Fahrbahn- oder Parkierungsfläche, die City verwandelt sich nach Geschäftsschluss in eine Geisterstadt und viele Wohnprojekte der vergangenen Dekaden verlieren sich in Gleichförmigkeit und Anonymität. Wie dem begegnen? Die Stadt Kirchheim unter Teck verfolgt seit vielen Jahren eine Städtebaustrategie, die sich am Grundsatz des »Weiterbauens der Mittelstadt« in ihrem gewachsenen baulichen, freiräumlichen und funktionalen Kontext orientiert.

Mit dem Steingauquartier hat die Stadt nun einen neuen Weg beschritten, der die Grundwerte der Europäischen Stadt mit den Prinzipien der ›Neuen Leipzig-Charta‹ verknüpft. Das einzelne (maßstäbliche) Gebäude als Spiegelbild seiner Bewohnerinnen und Bewohner, die (lebendige) Straße als Wohnzimmer der Nachbarschaft, das (vielfältige und kleinteilige) Quartier als Abbild der Gesellschaft – dies sind die Ziele, die im Steingauquartier erstmalig mit dem Prozess der Konzeptvergabe verfolgt werden. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass ›Stadt‹ in all ihren Facetten lediglich in geringem Maße durch Planung von oben, sondern nur im Verbund mit der Bereitschaft, Kreativität und Umsetzungskompetenz der Bauwilligen entstehen kann.

Der Kommune kommt in diesem Prozess der Konzeptvergabe neben dem bauleitplanerischen Instrumentarium vor allem die Aufgabe zu, die vorhandenen Eigenkräfte der Akteure zu mobilisieren, Ideen für ein vielfältiges Quartier zu unterstützen und den Bauwilligen einen Handlungs- und Verfahrensrahmen zu bieten, innerhalb dessen sie sich verwirklichen können, kooperieren und zu einem vielgestaltigen und gemeinwohlorientierten Gesamtbild einer weltoffenen Stadtgesellschaft verschmelzen.

Das Prozessdesign beginnt mit der Ansprache aller für das Gelingen relevanten Gruppen, sowohl professioneller und institutioneller Akteure als auch privater Interessentinnen und Interessenten. Sie alle sind unverzichtbare Mitwirkende in der Ko-Produktion einer Stadt, die sich Gerechtigkeit, Funktionsvielfalt und Gemeinwohl auf die Fahnen schreibt. Ein wesentliches Kriterium für Ko-Produktion liegt dabei darin, von Anfang an den Akteuren auch Verantwortung für ein gutes Quartier zu übertragen.

Wichtige Bestandteile sind niederschwellige und gleichberechtigte Zugänge zum Bewerbungsverfahren; ebenso wie eine Parzellierung, die erst durch das Zusammenfügen der ausgewählten Projekte entsteht und so ein lebhaftes und kleinteiliges: mittelstadttypisches Gesamtbild erzeugt. Die Kriterien im Konzeptverfahren sind grundsätzlich offen, die Auswahl der Bewerbungen orientiert sich vor allem daran, welchen Beitrag die Projekte zur Quartiers- und zur Stadtgesellschaft leisten. Die Interpretation dieses Beitrags bleibt dabei den Projekten überlassen und kann von besonders ökologischen Gebäuden über gewerbliche bzw. gemeinwohlorientierte Nutzungen bis hin zu Wohnangeboten für besondere Lebensstilgruppen und unterschiedlichste wirtschaftliche Möglichkeiten reichen.

Das im Steingauquartier angewandte »offene Konzeptverfahren« dient im Ergebnis als Labor für die Umsetzung des Lehrsatzes: »Zuerst formt der Mensch seine Umwelt, dann formt die Umwelt den Menschen« und ist mit dem Fokus auf die nachbarschaftliche Vernetzung im Quartier auch Teil des IBA 2027-Netzwerks.

Forum 2
Quartiere 2.0 – Bestand, Gemeinschaft, Integration

Moderation
Inga Glander
Bundesstiftung Baukultur

Netzbetreuung und Protokoll
Christian Beyer und Manuela Plietsch

Forum 2 – Quartiere 2.0: Inga Glander moderiert das Forum.

Das Forum 2 widmete sich drei Projekten bzw. Initiativen, die detailreich und engagiert von ihren spezifischen und zugleich beispielhaften Ansätzen und Erfahrungen einer Quartiersentwicklung im Bestand berichteten.

Die drei Projektbeispiele des Forums erstreckten sich dabei maßstäblich vom Stadtteil in Schwäbisch Gmünd (Sanierungsgebiet Hardt) über die Nachbarschaft in Tübingen (›Passerelle‹) bis zum Haus in Mannheim (13ha Freiheit / Wohnprojekt 472 e. V.). Thematisch befasste sich das Forum erstens mit der langfristigen Umgestaltung und Qualifizierung eines Stadtteils in Schwäbisch Gmünd (Sanierungsgebiet Hardt) im Rahmen des Programms ›Soziale Stadt‹ der Städtebauförderung. Die Grundlage bildeten eine vorausschauende, integrierte Stadtentwicklungsplanung sowie die Ergebnisse eines europäischen Wettbewerbs für junge Planerinnen und Planer (EUROPAN 13). Das zweite Projekt betraf die strategische Vergabe kommunaler Grundstücke zur kleinteiligen und integrierten Schaffung von Wohnraum für die Anschlussunterbringung von Geflüchteten in Tübingen und eine in der Folge aus dem Quartier heraus entstandene Baugemeinschaftsinitiative: Die ›Passerelle‹ in Tübingen als stadtteilbezogenes Wohn-, Aktions- und Gesundheitsprojekt für geflüchtete und nicht-geflüchtete Menschen. Drittens wurden mit dem Projekt 13ha Freiheit / Wohnprojekt 472 e. V. der Entstehungsprozess und die alltäglichen Erfahrungen eines Hausprojekts für selbstverwaltetes, solidarisches und gemeinschaftliches Wohnen im Rahmen der Konversion des Turley Areals in Mannheim vorgestellt.

Lokales Engagement und Ko-Produktion

Eine zentrale Botschaft des Forums war, die räumlichen Maßstabsebenen der ›Neuen Leipzig-Charta‹, funktionaler Raum, Stadt und Quartier, bis zum ›Haus‹ bzw. den Bewohnerinnen und Bewohnern weiterzudenken und diese in einem langfristig angelegten Prozess »mitzunehmen« (Michael Schott, Architekt). Als verbindender Aspekt der Projekte zeigte sich – auch angesichts im Detail spannender Unterschiede – der Verweis auf die Chancen und Möglichkeiten des »Stadt gemeinsam Machens«, wie sie die ›Neue Leipzig-Charta‹ mit Partizipation und Ko-Produktion umschreibt und als Kernprinzip nachhaltiger Stadtentwicklung herausstellt. Dabei gilt es insbesondere, lokal agierende Initiativen und bürgerschaftliches Engagement zu erkennen, zu vernetzen und in Stadtentwicklungsprozesse einzubeziehen. Bürgermeister **Cord Soehlke**, Tübingen, stellte fest: **»Eine Art Geheimnis guter Stadtentwicklung ist, die richtige Balance – und die ist von Stadt zu Stadt unterschiedlich – dafür zu finden, das Öffentliche und das Private miteinander in Einklang zu bringen und wie man möglichst viel privates Engagement, private Phantasie in die Projekte kriegt.«**

Projekte als Mehrwert und Impulsgeber für die Stadtentwicklung

Gemeinsam war allen drei Projekten insofern auch der mit ihnen verbundene und geschaffene Mehrwert, der, über das Einzelprojekt hinaus, Gemeinschaft stiften und Integration ermöglichen kann. **Britta Schlichting**, Bewohnerin und Mitinitiatorin des Wohnprojekts 13ha Freiheit, erklärte: **»Idealerweise fördert die Kommunalpolitik gemeinschaftliche, selbstverwaltete und nicht profitorientierte Wohnprojekte von Anfang an.«** Denn **»Stadt gewinnt an Qualität, wenn Menschen partizipieren und sich engagieren.«** So könnten beispielsweise gemeinschaftliche Wohnprojekte als Partner und Impulsgeber einer Quartiersentwicklung dienen. Das Wohnprojekt 13ha Freiheit habe das Turley Areal »als erstes bespielt und gestaltet« und damit weiteren Entwicklungen den Boden bereitet. Zugleich würde

Forum 2 – Quartiere 2.0: Bürgermeister Cord Soehlke, Dr. Reinhard Winter, Britta Schlichting und Dario Becci (von o. l. nach u. r.) sind per Video zugeschaltet.

sich das Projekt 13ha Freiheit durchaus auch selbst als Investorin verstehen. Auch dahingehend würde ko-produktive Stadtentwicklung helfen, (auch finanzielle) Potentiale und Engagement vor Ort zu binden.

Entwicklungen und Prozesse verstetigen
In einer weiteren Hinsicht vermittelten die Fallbeispiele ein übereinstimmendes Bild: Entwicklungsprozesse sind keineswegs mit dem einzelnen Projekt abgeschlossen, sondern von dauerhafter Natur und Notwendigkeit für eine lebendige, vielfältige und gemeinschaftliche Stadt. In Mannheim habe sich laut Dario Becci, 13ha Freiheit, beispielsweise ein moderierter ›Runder Tisch‹ als Plattform für gemeinschaftliches Wohnen etabliert, der auch dazu dienen könne, eine gemeinsame Sprache zu finden und das gegenseitige Verständnis aller Beteiligten zu stärken. Notwendig seien entsprechende Organisationsstrukturen in den Projekten und den Verwaltungen sowie physische Treffpunkte und Orte. Erforderlich seien aber auch die Offenheit und die Sensibilisierung von Politik und einer breiten Öffentlichkeit insgesamt für alternative Lösungswege.

Flexible und passgenaue Förderinstrumente
Alle drei Projektberichte verwiesen zudem auf die Verfügbarkeit über Grund und Boden als Schlüssel für weitergehende Gestaltungsmöglichkeiten, zugleich aber auch auf die Notwendigkeit passgenauer Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten, beispielsweise im Rahmen der Programme der Städtebauförderung. Bürgermeister Julius Mihm, Stadt Schwäbisch Gmünd, konnte sich ergänzend zur Städtebauförderung einen ›Sonderfonds‹ für die Lösung besonderer Herausforderungen einer Quartiersentwicklung im Bestand vorstellen, die bisher teilweise in keine Förderung fallen würden. Für das Quartier Hardt stelle beispielsweise die für die weitere städtebauliche Entwicklung wichtige, aber aus finanziellen Gründen stockende Verlagerung des Bauhofs eine solche Herausforderung dar. Laut Bürgermeister Soehlke, Stadt Tübingen, sei darüber hinaus eine stärkere inhaltliche Verknüpfung der Städtebauförderung mit den Zielen der ›Neuen Leipzig-Charta‹ denkbar.

Menschen und Ideen Räume öffnen
Im Ergebnis könnten die drei Projekte des Forums damit durchaus als Antworten auf die Frage und die notwendigerweise lokalen Aushandlungsprozesse darüber gelesen werden, was im jeweiligen Kontext konkret unter einer gemeinwohlorientierten Stadt- und Quartiersentwicklung verstanden werden kann – ganz im Sinne der mit der ›Neuen Leipzig-Charta‹ entworfenen Transformation der Städte und Gemeinden zu ›grünen‹, ›gerechten‹ und ›produktiven‹ Wohn-, Arbeits- und Lebensräumen. So plädierte Dr. Reinhard Winter, Leiter des Projekts ›Passerelle‹ in Tübingen, abschließend dafür, mehr darauf zu vertrauen, **»dass es die guten Ideen und inspirierten Menschen einfach gibt – die sind überall da, die muss man (nur) abholen und ihnen Räume öffnen.«**

13haFreiheit / Wohnprojekt 472 e. V.
Mannheim

Vortrag und Zusammenfassung
Britta Schlichting und Dario Becci
13haFreiheit e. V., Mannheim

Forum 2 – Quartiere 2.0: Mannheim, 13haFreiheit / Wohnprojekt 472 e. V., Fassade des Bestandsgebäudes

Als gemeinschaftliches, selbstverwaltetes Wohnprojekt sehen wir viele Ziele der ›Neuen Leipzig-Charta‹ in unserem Haus verwirklicht. An anderen arbeiten wir noch.

Beim Umbau unseres denkmalgeschützten Bestandsgebäudes, einer ursprünglich wilhelminischen Kaserne, standen wir vor der Herausforderung, Tradition mit zeitgemäßer Nutzbarkeit und Nachhaltigkeit zu kombinieren: Ein Aufzug wurde gebaut, der auch Menschen mit Gehbehinderung Zugang ermöglicht. Für die Böden wurde Holz, für die Wohnungswände ökologische Kalkputzfarbe verwandt, die Umwelt und Atemwege nicht belastet. Barrieren wurden und werden reduziert.

Seit unserem Einzug 2016 wohnt eine Vielfalt von Menschen in 29 Wohnungen: Wohngemeinschaften, hetero- und homosexuelle Familien und Paare, Singles, Menschen mit Beeinträchtigungen, aus anderen Ländern stammende Personen, Geflüchtete. Wir haben eine große Diversität erreicht. Alle Generationen sind vertreten sowie ein breites soziales Spektrum. Die Zugänglichkeit, auch finanziell, ist eine unserer Besonderheiten: Wir haben ein Mietshaus im gemeinschaftlichem Eigentum und entscheiden gemeinsam – auch über die Mieten. Das Thema Gerechtigkeit spielt im Abwägen zwischen Individualität und Gemeinschaftlichkeit eine große Rolle.

Unsere bunte Gemeinschaft ist als Hausverein organisiert und bewirtschaftet mittels einer GmbH das Haus; der Dachverband Mietshäuser Syndikat als Gesellschafter sichert den Erhalt als Mietshaus. Die Beteiligung aller Bewohnerinnen und Bewohner – nach eigenem Ermessen und Können – ist für unser selbstverwaltetes Projekt unabdingbar.

Die Basisdemokratie – Entscheidungen im Konsens oder Konsent – ist unsere Partizipationsform. In solch einer nicht hierarchischen Struktur können Entscheidungsprozesse mühsam sein und Diskussionen trotz geübter Moderation schwierig, da jede und jeder ein selbstständiger Geist ist. Durch die Reibungspunkte entstehen Notwendigkeiten, neue Lösungen zu suchen und Entscheidungsprozesse zu verbessern. Der stetige Austausch in Plena und Arbeitsgruppen sowie das Plaudern auf unseren Wiesen, den Balkonen und in Gemeinschaftsräumen sorgen für unsere Produktivität und Fortentwicklung.

So kann Resilienz gefördert werden: Fragen oder Zweifel, die die Bewohnerinnen und Bewohner individuell beschäftigen, gehen wir in kleinen oder größeren Gruppen an – auf diese Weise entfaltet sich das Potential der Schwarmintelligenz. Selbst für individuelle Probleme findet man häufig gemeinschaftlich Lösungen. Das funktioniert während der Corona-Pandemie auch online.

So wird Integration bei uns vielfältig gelebt: Nach innen, wo wir auch neue Mitbewohnerinnen und Mitbewohner inkludieren. Nach außen, indem wir als alternatives Wohnprojekt auf einer Konversionsfläche, wo Investorinnen und Investoren nach üblichen Profitregeln agieren, ein positives Miteinander anstreben.

Wir sind der Auffassung, dass im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ und des Gemeinwohls, wonach Städte und Quartiere smart und nachhaltig sein sollen, mehr Wohnmodelle wie das unsere dringend benötigt werden: gemeinschaftlich, selbstverwaltet, zur Miete, sozial, ohne Eigenkapital zugänglich. Schließlich sollen **»die Häuser denen [gehören], die drin wohnen«!**

Sanierungsgebiet ›Unbreak my Hardt – 100 Jahre Hardt 2040‹
Schwäbisch Gmünd

Vortrag und Zusammenfassung
Julius Mihm
Bürgermeister, Stadt Schwäbisch Gmünd

Michael Schott
schott architekten, Stuttgart

Forum 2 – Quartiere 2.0: Schwäbisch Gmünd, Sanierungsgebiet Hardt, Bürgerwerkstatt zur Gestaltung des Quartiersplatzes (2019)

Im Schwäbisch Gmünder Kernstadtquartier Hardt (ca. 2.500 Einwohnerinnen und Einwohner) ist die ›Neue Leipzig-Charta‹ seit einem Vierteljahrhundert gelebte Stadt. Gemeinschaftseinrichtungen, gemeinwohlorientierte Quartiersarbeit, viel Grün sowie überörtliche Dienstleistungen und Bildungseinrichtungen prägen seit den 1990er Jahren das Leben im Quartier. ›Das Hardt‹ ist seit 1951, als die US-Armee die ehemalige Wehrmachtskaserne als Militärstandort wiederbelebte, das internationalste Quartier von Schwäbisch Gmünd. 70 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner haben einen Migrationshintergrund, 20 Prozent unter 18-Jährige prägen das Hardt als jüngstes Quartier von Schwäbisch Gmünd.

Für die Entwicklung des Gebiets war ab den 2010er Jahren entscheidend, soziodemografische Einseitigkeiten zu vermeiden und Impulse für mehr Vielfalt zu setzen. Eine Klammer der Gemeinschaft für alle Bürgerinnen und Bürger ist seit Anfang 2010 beispielsweise der Bürgerverein Starkes Hardt e. V. Der Verein bildet unter anderem auch die Plattform einer institutionalisierten und kontinuierlichen Bürgerbeteiligung als Partner der Stadtverwaltung vor Ort. In der Initiative Weltgarten e. V. pflegen interessierte Bewohnerinnern und Bewohner mit für alle offenen Aktivitäten naturnahes Leben und stärken ihr Zusammengehörigkeitsgefühl über gärtnerische Projekte. Hinzu kam 2016 noch eine neue Gemeinschaftsunterkunft in Form eines Pavillon-Dorfs für Flüchtlinge mit Integrationsangeboten.

Schwellen zu senken und Barrieren zu überwinden ist auch der Ausgangspunkt der Überlegungen, das Quartier Hardt ab 2016 mit einem Sanierungsgebiet Soziale Stadt auf Basis der Ergebnisse eines Europan-Wettbewerbs städtebaulich zu entwickeln: Die auf dem Hardt im Sinne der gegliederten und aufgelockerten Stadt entstandenen und vorhandenen städtebaulichen Quartiersfragmente der 1930er bis 1970er Jahre sind durch eine Verkehrsschneise und nicht nutzbare Freiflächen getrennt. Sie müssen städtebaulich angereichert und mit nutzbaren Elementen, Bezügen und neuen Komponenten ergänzt werden – landschaftlich wie baulich. Dabei ist die doppelte Innenentwicklung mit punktueller Ergänzung der Bestände das Leitbild. Neue räumliche Verbindungen und soziale Vernetzungen sollen im Geist des New Urbanism ein neues Quartierganzes formen. Eine neue, alles durchdringende ›In-Between-Achse‹ öffentlicher Räume für Fußgänger und Radfahrer ist sein Rückgrat, das alle öffentlichen Schwerpunkte miteinander verbindet. Neue öffentliche Räume überschreiben auch Bestandsgebiete und verklammern vorhandene Bereiche. Mit dem zentralen Platz ›Park am Sonnenhügel‹ entsteht ein klimaaktives Zentrum, das nördliches und südliches Hardt verbindet. Ein neues und vielfältiges soziales Beziehungsgerüst des gelebten Raums als Verbindungsnetz öffentlicher Wege, Sichtverbindungen sowie aktiver Ränder und Säume von Bereichen entsteht auf Grundlage des städtebaulichen Rahmenplans ›Unbreak my Hardt – 100 Jahre Hardt 2040‹ – damit die Teile des Quartiers und ihre Bewohner und Nutzer in Beziehung zueinander treten können.

Gemeinwohlorientierte Schwerpunkte bestimmen die weitere Entwicklung in diesen Bereichen: Neue Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebote im Bereich der zentralen Platzanlage ›Park am Sonnenhügel‹, Spielangebote auf dem Platz für Jung und Alt mit Café oder die Stärkung der Adressen der vorhandenen öffentlichen Einrichtungen LEL und Landratsamt. Die überörtlich bedeutsamen Bildungsinstitutionen sind die ideellen Zugpferde der Entwicklung, insbesondere die Pädagogische Hochschule/Bildungsuniversität soll über eine Campusachse als ein Universitätsquartier eingebunden werden. Dadurch soll Bildung als zentrales Zukunftsthema für das ganze Quartier inhaltlich und räumlich langfristig positioniert und aktiviert werden. Das Quartier Hardt ist schon seit 2019 im Projektnetzwerk der IBA 2027 StadtRegion Stuttgart akkreditiert und hätte das Potential, als Vielfaltsquartier eines der zukunftsweisenden Ausstellungsgebiete der IBA zu werden.

›Passerelle‹
Tübingen

Vortrag und Zusammenfassung
Cord Soehlke
Bürgermeister, Stadt Tübingen

Dr. Reinhard Winter
Leiter des Projekts ›Passerelle‹

Forum 2 – Quartiere 2.0: Tübingen, Baugemeinschaftsprojekt ›Passerelle‹

Ende 2018 wurde Anschlusswohnraum für Geflüchtete in Tübingen benötigt. Die Stadtverwaltung setzte darauf, diese an möglichst kleinteiligen und integrierten Standorten unterzubringen. Dafür wurde an etwa 15 Standorten neuer Wohnraum geschaffen.

Das Baugemeinschaftsprojekt ›Passerelle‹ wurde aus 110 Bewerbungen ausgewählt. 19 Personen bildeten die Baugruppe und erstellten insgesamt 13 Einheiten mit zwölf Wohnungen und einer Gewerbe-Einheit, darunter neun Wohnungen für Geflüchtete (Familien) und drei Wohnungen für Nicht-Geflüchtete. Seit Februar 2019 ist das Haus bezogen, 47 Bewohnende leben darin (davon sechs nicht-geflüchtete Erwachsene und 25 Kinder). Von Anfang an wurde die Idee der Integration ins Haus mit eingeplant: Es gibt Projekt- und Werkstatträume und Personal, das sich um (mehr) Gerechtigkeit kümmert.

Die ›Passerelle‹ wurde zu einem stadtteilbezogenen Wohn-, Aktions- und Gesundheitsprojekt für geflüchtete und nicht-geflüchtete Menschen. Organisiert und getragen wird das Projekt von Freiwilligen, Interessierten und den Mitgliedern der privaten Baugemeinschaft. Seit dem 1. Februar 2019 betreibt der gemeinnützige Trägerverein – das Institut für Gesundheitsförderung und Sozialforschung – das Projekt im neu gebauten Haus mit Werkstatt, Gruppenraum und Garten. ›Passerelle schafft‹ ist das Motto.

›Gerecht‹ – für den sozialen Bereich der Stadtentwicklung: Privatpersonen aus dem direkten Umfeld und der Nachbarschaft investieren mehr als drei Millionen Euro in den Bau des Hauses und ermöglichen dadurch das innovative, integrative Konzept. Das Projekt ›Passerelle‹ sorgt im durch Ungleichheiten geprägten Quartier Südstadt für Spannungsausgleich und -reduktion. Die sozialen Herausforderungen der Inklusion werden damit angenommen und durch das ›Sozialmanagement‹ lösungsorientiert begleitet.

Im Projekt ›Passerelle‹ und durch dieses werden persönliche und institutionelle Kontakte ins Quartier geknüpft, Ehrenamtliche aus dem Stadtteil sind aktiv einbezogen, sie werden moderiert und angeleitet. Das Projekt ›Passerelle‹ vernetzt auch institutionell, es kooperiert von Anfang an mit Organisationen und Institutionen im Quartier und in der Stadt Tübingen. Die Baugruppenmitglieder und Wohnungseigentümer haben sich zu einer langfristigen Mietbindung von ca. 30% unter Mietspiegel verpflichtet. Außerdem unterstützen sie den Trägerverein finanziell durch Spenden.

›Produktiv‹ – für den ökonomischen Bereich der Stadtentwicklung: ›Passerelle schafft‹: Das Tun, Handeln, Anpacken und Machen-Können ist hier Konzept. ›Passerelle‹ will Geflüchteten nicht nur Wohnraum bieten, sondern sie auch beim Heimisch-Werden unterstützen. Deshalb gibt es produktive Räume: In den Werkstätten wird genäht, geschreinert, getöpfert und repariert. Die Geflüchteten können sich qualifizieren und später vielleicht ein Gewerbe gründen. Beratungs-, Bildungs- und Qualifizierungsangebote helfen bei der Lebensbewältigung.

›Grün‹ – für den ökologischen Bereich der Stadtentwicklung: Das Gebäude zeichnet sich durch einen hohen Energiestandard, gestalterischen Anspruch und eine wertige Ausbauqualität aus. Die Grundrisse sind auf die Situation der Mieterinnen und Mieter abgestimmt, sehr wohnflächensparend organisiert und flexibel nutzbar.

Das Projekt schafft Übergänge für die neuen, geflüchteten Bürgerinnen und Bürger ins Quartier und ist umgekehrt offen für Menschen aus dem Stadtteil. Städtebaulich wird dies durch den öffentlichen Platz vor dem Haus und den Durchgang in den Innenhof markiert.

Zudem werden ökologische Gedanken auch alltagspraktisch umgesetzt. Gemeinsam wurde ein Nutzgarten angelegt, der von Bewohnenden und Nachbarn betrieben wird. Im Gemeinschaftsgarten ums Haus herum und auf der Dachterrasse wachsen Pflanzen, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern gepflegt und genutzt werden. Damit wird das Verwurzeln auch symbolisch markiert.

Forum 3
Zukunftsgerechte Mobilität

Moderation
Dr. Timo Munzinger
Deutscher Städtetag

Netzbetreuung und Protokoll
Tanja Seebach und Julia Wälder

Forum 3 – Zukunftsgerechte Mobilität: Bürgermeister Tim von Winning stellt das Projekt Kienlesbergbrücke in Ulm vor.

In Forum 3 wurde mit dem Thema ›Zukunftsgerechte Mobilität‹ ein Aspekt fokussiert, dessen zentrale stadtentwicklungspolitische Bedeutung nicht zuletzt daran erkennbar ist, dass er als Schnittstelle zwischen den verschiedenen Themenfeldern der ›Neuen Leipzig-Charta‹ fungiert und in den meisten Projekten eine Rolle spielt. Jeder Mensch bewegt sich täglich in seinem Umfeld und somit stellt Mobilität ein Thema dar, von dem alle betroffen sind und zu dem jeder seine Erfahrungen teilen kann. Mit den drei vorgestellten Projekten der Lincoln-Siedlung in Darmstadt als quartiersbezogenes Projekt, der Mobilitätsregion Karlsruhe als Projekt auf städtischer und regionaler Ebene und der Kienlesbergbrücke in Ulm als verkehrsbezogenes Projekt mit konkreter räumlicher und gestalterischer Auswirkung wurden nicht nur die drei räumlichen Ebenen der ›Neuen Leipzig Charta‹ besprochen, sondern auch die drei städtischen Leitbilder der ›gerechten‹, der ›produktiven‹ und der ›grünen‹ Stadt. Bei den drei Vorträgen und der anschließenden Diskussion lag der Fokus vor allem auf den folgenden vier Punkten:

Langer adaptiver Prozess
Die Verkehrswende ist kein Vorgang, der über Nacht geschieht. Sie ist eine generationsübergreifende Transformation, die sehr viel Zeit benötigt und permanent an aktuelle Ziele, Bedarfe und Entwicklungen anzupassen ist. So hatte der nachhaltige Verkehrsentwicklungsplan im Jahr 2012 eine Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer gefordert: **»Was 2012 noch eine Innovation war, reicht heute bei weitem nicht mehr aus, um die Verkehrswende umzusetzen«,** stellte **Prof. Dr.-Ing. Anke Karmann-Woessner,** Stadt Karlsruhe, fest. Eine Verkehrswende setzt zudem nicht nur planerische und gestalterische Veränderungen, sondern vor allem eine Transformation gesellschaftlicher Verhaltensmuster sowie der Erwartungen und Ansprüche aller Nutzerinnen und Nutzer an den Verkehr voraus: **»Nur weil wir unsere Leitvorstellung von Stadt den aktuellen Herausforderungen anpassen, verändern wir das Verhalten der Menschen nicht innerhalb von kürzester Zeit. Projekte entwickeln sich aus Erfahrungen, die über viele Jahre vor Ort gesammelt wurden«,** erläuterte Prof. Karmann-Woessner. Um dies zu erreichen, ist es wichtig, bei Mobilitätsprojekten von Anfang an Verständnis für die unterschiedlichen Erwartungshaltungen zu entwickeln und alle betroffenen Personengruppen während des gesamten Prozesses mitzunehmen. Je nach Art des Mobilitätsprojekts müssen auch Beteiligungsprozesse verschiedene Ansätze verfolgen und unterschiedlich gestaltet sein.

Regionale Einbettung
In jedem Fall bedarf ein Projekt einer möglichst frühzeitigen Abstimmung nicht nur mit Bürgerinnen und Bürgern, sondern mit allen beteiligten Akteuren – je nach Projekt nicht nur mit denjenigen vor Ort, sondern auch über das Quartier, die Stadtgrenze oder gar die Region hinaus. Insbesondere verkehrliche Projekte haben in der Regel die Eigenschaft, dass bei Planungen nicht nur die Strukturen und Angebote vor Ort betroffen sind, sondern Veränderungen sich weiträumig auswirken: **»Bei einem Bauvorhaben sind in der Regel die Menschen im Quartier betroffen, bei einem größeren Infrastrukturvorhaben jedoch mindestens die ganze Stadt«,** so Bürgermeister **Tim von Winning,** Stadt Ulm. Bei der Diskussion zu den drei vorgestellten Projekten wurde auch deutlich, dass eine solche Abstimmung nicht immer einfach ist und es bei jedem der drei Projekte auf dem Weg zum Ziel auch Probleme und Schwierigkeiten gab, über die offen gesprochen wurde.

Während bei der Planung der Lincoln-Siedlung in einem **»sehr intensiven Prozess meistens drei Schritte nach vorn und wieder zwei Schritte zurück«** gemacht wurden, so **Astrid Samaan,** Stadt

Forum 3 – Zukunftsgerechte Mobilität, moderiert von Dr. Timo Munzinger (hinten) und betreut von Tanja Seebach und Julia Wälder.

Darmstadt, mussten bei der Kienlesbergbrücke wichtige Etappen im Bauprozess teilweise zwei bis drei Jahre im Voraus mit übergeordneten Planungsträgern abgestimmt werden. Im Fall einer auch nur kleinen Verzögerung hätte es zu einem mehrjährigen Verzug des gesamten Projekts kommen können. Klar ist jedoch auch: Es ist kaum möglich, einen Prozess so zu organisieren, dass alle Akteure immer exakt gleichzeitig agieren. Daher ist es umso wichtiger, gemeinsame Schnittstellen zu identifizieren, an diese anzuknüpfen und gemeinsam daran weiterzuarbeiten.

Veränderungen durch Corona – Offene Prozesse und flexible Ziele
Alle Referentinnen und Referenten des Forums 3 konnten bestätigen, dass die tägliche Mobilität sich durch die Corona-Pandemie verändert hat. Die individuelle Mobilität ist eingeschränkt und somit nicht mehr selbstverständlich. Sofern aktuell nicht ohnehin im Homeoffice gearbeitet wird und der tägliche Weg zur Arbeit entfällt, werden für die notwendigen Wege zum Schutz vor einer Infektion öffentliche Verkehrsmittel gemieden und häufiger das Auto bzw. das Fahrrad genutzt oder zu Fuß gegangen.

Die Ziele der Verkehrsentwicklung haben sich aus Sicht der drei Referentinnen und Referenten dadurch aber nicht grundlegend geändert, denn insbesondere die Ziele der ›Neuen Leipzig-Charta‹ sind so formuliert, dass Entwicklungen in verschiedene Richtungen offengelassen und berücksichtigt werden und resiliente Konzepte entstehen können.

Das folgende Beispiel verdeutlicht diese These: Die Städte Ulm und Karlsruhe beobachten derzeit das Phänomen, dass sämtliche innerstädtischen Parkhäuser wenig belegt sind. Es wurden jedoch bereits vor der Pandemie zahlreiche Konzepte für so genannte hybride Parkhäuser entwickelt, die je nach Bedarf zum Parken verwendet, aber auch leicht einer anderen Nutzung zugeführt werden können, so dass sich hier zwar die Rahmenbedingungen, nicht aber das Ziel verändert haben. Dies ist besonders vor dem Hintergrund wichtig, dass niemand sicher vorhersagen kann, ob es überhaupt eine Zeit ›nach Corona‹ geben wird, in der alles wieder genau wie vor der Pandemie abläuft und alte Verhaltensmuster wieder fortgeführt werden.

Reallabor Stadt
Ob Konzepte wie geplant funktionieren und angenommen werden, zeigt sich meistens erst nach ihrer Umsetzung. Im Bereich Mobilität eignen sich zur Erprobung langfristiger Ziele so genannte ›Verkehrsversuche‹ oder temporäre Umsetzungen von Konzeptideen. Die Corona-Pandemie hatte dahingehend positive Auswirkungen auf diesen Aspekt, dass durch das zeitweise verringerte Verkehrsaufkommen neue räumliche Konzepte wie beispielsweise zusätzliche Fahrradspuren ausprobiert werden konnten. Vor diesem Hintergrund stellte sich in der Diskussion die grundsätzliche Frage: Wer hat eigentlich entschieden, dass die Situation, die wir aktuell haben, in der wir uns ›eingerichtet‹ haben und die Teil der Alltagspraxis geworden ist, ›richtig‹ ist und wir uns nicht die letzten Jahrzehnte in einem Verkehrsversuch befunden haben, der nun als gescheitert angesehen werden kann und neuen Zielen weichen sollte? Eine These, die im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ zum Nach- und vielleicht sogar Umdenken anregt.

Mobilitätskonzept Lincoln-Siedlung
Darmstadt

Vortrag und Zusammenfassung
Astrid Samaan
Leiterin der Abteilung Mobilität,
Stadt Darmstadt

Forum 3 – Zukunftsgerechte Mobilität: Darmstadt, Mobilitätskonzept Lincoln-Siedlung, Sitzung des Mobilitätsbeirats

Der Quartiersentwicklung der Lincoln-Siedlung ist ein multimodales, klimaneutrales, auf Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmenden ausgelegtes Mobilitätskonzept zugrunde gelegt. Konkret bedeutet das, die Bewohnerschaft in die Situation zu versetzen, ihre Mobilität mit alternativen Mobilitätsangeboten abwickeln zu können – bei gleichzeitiger Begrenzung der Nutzung des motorisierten Individualverkehrs (PUSH+PULL-Maßnahmen). Dadurch gelingt es, den dringend neu zu schaffenden Wohnraum in ein Umfeld mit erhöhter Aufenthaltsqualität zu integrieren.

Die Herausforderung war, die unterschiedlichen Interessen und Denkmuster der an der Quartiersentwicklung beteiligten Akteure – aus Verwaltung und Politik sowie seitens der Bauherren- und Bewohnerschaft – zusammenzubringen. Hierbei galt es, die Komplexität einer Neubauquartiersentwicklung fachlich gezielt zu steuern und die zentralen Bausteine Städtebau, Freiraum und Mobilität integriert zu behandeln. Die Entwicklung barg die Chance, Quartiersstrukturen entsprechend dem Leitbild der ›Stadt der kurzen Wege‹ zu schaffen, den Flächenverbrauch für die Gebietsentwicklung zu reduzieren – insbesondere weniger Flächen für den fließenden und ruhenden motorisierten Individualverkehr – und dadurch eine höhere Dichte für den dringend benötigten Wohnungsbau zu erreichen.

Die Erfahrungen aus dem Planungsprozess zeigten, dass bestimmte Denkstrukturen im Wohnungsbau – »Wohnung ohne Stellplatz ist nicht vermarktbar« – sowie eine autoorientierte ›Mobilitätskultur‹ bei Verwaltung, Politik und Bevölkerungsmehrheit noch sehr verbreitet sind. Diese Beständigkeit galt und gilt es aufzubrechen und in dieser Hinsicht in den Planungs- und Organisationsstrukturen auf kommunaler Ebene zukünftig weiter voranzukommen. Modellprojekte wie die Lincoln-Siedlung sind hierbei ein erster zielführender Schritt. Fördernd bei der Umsetzung sind hierbei die aktuelle Sensibilisierung für Umwelt- und Klimafaktoren, u. a. durch ausgesprochene Dieselfahrverbote, aber auch durch Aktionen der Radentscheide, die Fridays-for-Future-Bewegungen etc., sowie letztendlich durch erfolgtes Umdenken anlässlich der Covid-19-Pandemie.

Eine weitere Erkenntnis, speziell infolge der Rückgewinnung von Nutzungsräumen und -qualitäten für die Menschen im öffentlichen Raum, ist mittlerweile auch in der Breite der (städtischen) Bevölkerung angelangt: Der (motorisierte) Individualverkehr wird durch die kostenlose Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes und dessen entsprechende Bereithaltung quasi subventioniert. Dass dieser Raum gerade im Kontext einer fortschreitenden Urbanisierung zur Steigerung der Aufenthaltsqualität (und damit Lebensqualität) oder für Wohnraum genutzt werden sollte, wird immer mehr Konsens.

Die Erkenntnisse aus der Entwicklung des ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes für die Lincoln-Siedlung sollen daher mit dem Ausbau von Mobilstationen – in Ergänzung von CarSharing- und Bike-Sharing-Angeboten –, einer gesamthaften Parkraumbewirtschaftung und einer allgemeinen Verkehrsberuhigung, mit der Verkehrsraum zurück in Lebensraum transformiert werden soll, auf die Gesamtstadt übertragen werden. Auch der in der Lincoln-Siedlung begonnene Beteiligungsprozess im Rahmen des von Anfang an in den Planungsprozess integrierten Mobilitätsmanagements gilt es stadtweit auszubauen.

Mobilitätsregion Karlsruhe
Karlsruhe

Vortrag und Zusammenfassung
Prof. Dr.-Ing. Anke Karmann-Woessner
Leiterin des Stadtplanungsamts, Stadt Karlsruhe

Forum 3 – Zukunftsgerechte Mobilität: Nachhaltige Mobilitätskonzepte Karlsruhe

Karlsruhe ist eine sehr junge Stadt, deren Geschichte erst am 17. Juni 1715 mit der Grundsteinlegung des Markgrafen Karl Wilhelm von Baden-Durlach in der spätbarocken Zeit begonnen hat. Die Fächerstadt Karlsruhe ist eine der letzten europäischen Städte, die nach einem Plan auf dem Papier mitten im Wald als Ausdruck des Gestaltungswillens im Absolutismus entstanden ist. Das ›Dekret der Privilegien‹ sicherte den neuen Einwohnern individuelle und wirtschaftliche Freiheiten: die Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit von Leibeigenschaft und Frondiensten, einen Bauplatz nebst Baumaterial, Steuerfreiheiten, eine bürgerliche Gerichtsbarkeit sowie ein Anhörungs- und Vorschlagsrecht.

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde Karlsruhe Sitz oberster Bundesgerichte: Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundesstaatsanwaltschaft. Die ›gerechte Stadt‹ im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ ist damals wie heute eine hochaktuelle Forderung: im Hinblick auf bezahlbaren Wohnraum, die Gestaltung sozial ausgewogener, gemischter Stadtquartiere, Formen der Partizipation oder den Zugang zu Bildung und zu einem öffentlichen Nahverkehr in der Stadt der kurzen Wege.

Die Fächerstruktur des barocken Stadtgrundrisses und die enge Verbindung zwischen Siedlung und Landschaft zählen bis heute zur DNA der ›grünen Stadt‹ Karlsruhe. Mit dem Leitmotiv ›Klare Konturen‹ definiert das Räumliche Leitbild Karlsruhe eine klare Linie, die die innere von der äußeren Stadt trennt und damit ein entscheidendes Ziel seiner räumlichen Entwicklung festlegt. Die zunächst gegensätzliche Forderung einer Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen bei einer gleichzeitigen Sicherung von Freiflächen muss mit innovativen Vorhaben und politischem Willen aufgelöst werden. Entscheidend sind nicht nur die Vernetzung von Freiflächen, sondern die effiziente Bodennutzung. Alle Straßen, Plätze und unbebauten Flächen sind ›Freiräume‹ und als kühlende Elemente in der Stadt wirksam. Flächennutzungsplan und Landschaftsplan, Freiraumentwicklungsplan, Klimaanpassungsplan und Klimaschutzkonzept unterstützen diese Forderungen ebenso wie das städtische Verkehrs- und Mobilitätssystem.

Karlsruhe liegt im Knotenpunkt der beiden wichtigsten transeuropäischen Verkehrskorridore (Rhein-Alpenkorridor und Rhein-Donau-Korridor). Dank dieser Situation hat die Stadt ein besonderes Interesse daran, die Verkehrsplanung in der Region durch einen Mehrebenen-Ansatz zu optimieren: mit der Entwicklung CO_2-reduzierter und intermodaler Mobilität für die TechnologieRegion Karlsruhe (TRK) und den deutsch-französischen, grenzüberschreitenden Eurodistrikt PAMINA, mit der Entwicklung eines grenzüberschreitenden Echtzeit-Verkehrsprognosesystems für die Region, mit der engen Zusammenarbeit von Forschung, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Das Testfeld Autonomes Fahren Baden-Württemberg ist ein Reallabor für Mobilitätskonzepte und soll die Entwicklung zukunftsorientierter Lösungen für Individualverkehr und Öffentlichen Personennahverkehr fördern.

Die Herausforderung besteht darin, mit einem breiten Maßnahmenrepertoire und verzahnten Maßnahmen und Strategien einerseits dem Bedarf an individueller Mobilität gerecht zu werden (RegioMove App) und gleichzeitig ein gegen unerwartete Störungen und Entwicklungen resilientes, nachhaltiges multimodales Mobilitätssystem zu entwickeln, das Stadt-, Umwelt- und Sozialverträglichkeit verankert.

Stadtentwicklung und Mobilitätsentwicklung sind dabei zwei Seiten derselben Medaille, denn Mobilität ist eine von Siedlungsstrukturen und Flächennutzungen abhängige Variable. Nur so können ein wirksamer Beitrag z. B. zur Erreichung der vereinbarten Grenzwerte zum Klima- und Lärmschutz geleistet, Quartiere gestärkt und dysfunktionale, unwirtliche Stadtlandschaften neugestaltet werden. Mobilität ist insoweit nicht nur eine technische, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, bei der die Anforderungen der Menschen an das Mobilitätssystem aus ihren jeweiligen Lebenszusammenhängen in den Fokus gerückt werden.

Kienlesbergbrücke
Ulm

Vortrag und Zusammenfassung
Tim von Winning
Bürgermeister, Stadt Ulm

Forum 3 – Zukunftsgerechte Mobilität: Ulm, Kienlesbergbrücke, Mobilitätsinfrastruktur mit Aufenthaltsqualität

Mobilität ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft. Immer mehr Menschen fühlen sich durch die Auswirkungen unseres Mobilitätsverhaltens belastet, Immissionen aus dem Verkehr gehören zu den größten Einschränkungen urbanen Lebens. Der Verkehrsbereich ist einer der wenigen Sektoren, bei dem in den vergangenen Jahren nicht nur keine signifikante Verbesserung im Hinblick auf den Klimaschutz erreicht worden ist, vielmehr haben hier trotz aller Bestrebungen die Entwicklungen der Fahrzeuge und das Verhalten der Menschen insgesamt eher zu einem Zuwachs an Emissionen geführt. Daher sind der starke gesellschaftliche Antrieb und die vielen kommunalen und privaten Aktivitäten notwendig und unterstützenswert, Veränderungen in Verhalten und Technik zu erreichen.

Aber Mobilität manifestiert sich auch baulich, Verkehr hat immer direkte Auswirkungen auf die gebaute Umwelt. Achsen für den Transport von Menschen und Gütern waren immer eine zentrale Triebfeder für die Stadtentwicklung, man kann sagen, dass Verkehrsbauwerke eine Form von ›Grund-DNA‹ unserer Städte sind. Und obwohl die Gestaltqualität von Straßen, Brücken und anderen sog. Ingenieurbauwerken unser Lebensumfeld oft stärker prägt als Gebäude, steht bei der Realisierung der funktionale Aspekt viel stärker im Vordergrund. Diese Bauwerke haben aber über ihren unbestritten funktionalen Schwerpunkt immer auch eine Verantwortung für die direkte Umgebung. Straßen und Brücken sind viel mehr als Infrastrukturen, die dem Durchkommen, also der Bewegung dienen. Sie sind vielmehr öffentliche Räume, die ein Umfeld für Wohnen, Gewerbe, Handel aber auch eine Bühne für städtisches Leben und eine Adresse für Menschen bieten müssen. Sie übernehmen also Verantwortung für den Ort selbst und dürfen nicht allein auf ihren funktionalen Aspekt reduziert werden.

Im Zuge der Realisierung einer neuen Straßenbahnlinie musste ein großes und breites Gleisfeld der DB AG überquert werden. Dies war mit sehr komplexen Anforderungen verbunden, so beispielsweise aufgrund der großen Länge, der eingeschränkten Lastabtragungsmöglichkeiten, der asymmetrischen Bauwerks- und Tragwerksgeometrie sowie des anspruchsvollen Bauablaufs in Abstimmung mit der parallelen Herstellung der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm auf der 0-Ebene. Über einen Wettbewerb wurde mit dem Lösungsansatz von Krebs+Kiefer Ingenieure in Zusammenarbeit mit Knight Architects ein außergewöhnlicher Entwurf gekürt, der die komplexen Anforderungen wie selbstverständlich in ein identitätsstiftendes neues Bauwerk überführt hat. Die direkte Abbildung der Momentenverläufe in wellenförmig in der Achse versetzten Vierendeelträgern und der asymmetrische Querschnitt bilden ein selbstbewusst-elegantes Bauwerk, das sich gegenüber den benachbarten Brücken behauptet, ohne sich in den Vordergrund zu spielen.

Darüber hinaus konnte durch eine ›Möblierung‹ der Fachwerköffnungen mit hölzernen Sitzmöglichkeiten neben der verbindenden Funktion der Brücke für Straßenbahn, Bus, Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrende ein außergewöhnlicher Aufenthaltsort für die Ulmer Bürgerschaft in Form eines Stadtbalkons geschaffen werden, der rege genutzt wird. Für Ulm ist mit der Kienlesbergbrücke ein neues Wahrzeichen entstanden, das sich in kurzer Zeit eine wichtige Funktion als Stadtraum für das tägliche Leben erarbeitet hat.

Forum 4
Öffentlicher Raum

Moderation
Prof. Dipl.-Ing. Christa Reicher
RWTH Aachen University

Netzbetreuung und Protokoll
Dr. Wei Jiang, Andreas Kloster und
Martin Rist

Forum 4 – Öffentliche Räume, gestreamt aus dem Silcher-Saal des Kultur- und Kongresszentrums Liederhalle Stuttgart

Plätze, Grünanlagen und Verkehrswege tragen entscheidend zum Erscheinungsbild unserer Städte und Gemeinden bei. Der öffentliche Raum, mit dem sich Forum 4 befasste, ist eine Visitenkarte der Stadt, aber gleichermaßen auch ihre soziale Unterlage und insofern ein Spiegel der Gesellschaft vor Ort. Bestenfalls ermöglicht er allen Personen, unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft und Lebensweise, die Teilhabe am öffentlichen Leben in Städten und Gemeinden.

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, insbesondere die zeitweise Schließung gemeinschaftlich genutzter Einrichtungen, haben die Bedeutung und Anforderungen an öffentliche innerstädtische Freiräume noch stärker in den Fokus gerückt. Gerade in dicht besiedelten Quartieren, in denen private Freiflächen Mangelware sind, konnte eine Vielzahl an Freizeitaktivitäten zwischenzeitlich ausschließlich im öffentlichen Stadtraum stattfinden. Ohnehin sei festzustellen, dass sich private Nutzungen infolge der Digitalisierung immer mehr in den öffentlichen Raum verlagern würden, so **Prof. Christa Reicher** in ihrer Einführung. Dies müssten die für das Planen und Bauen Verantwortlichen ebenso berücksichtigen, wie die unterschiedlichen Nutzungs- und Gestaltungsansprüche an innerstädtische Freiflächen. Gleichzeitig sollten auch stets Möglichkeiten der individuellen Aneigung öffentlicher Räume sowie grundsätzlich das Ziel einer Umwandlung von Verkehrs- zu Aufenthaltsräumen bedacht werden.

Ortsbezug und Gestaltungsqualität

Die ›Neue Leipzig-Charta‹ misst dem Ziel der »Verbesserung der Lebensqualität« eine hohe Priorität bei, niemand »soll dabei zurückgelassen werden«. Sie stellt heraus, dass eine dem Ort angemessene Gestaltung öffentlicher Räume sowie die Steuerung belebend wirkender, öffentlichkeitswirksamer Nutzungen und ihrer räumlichen Beziehungen untereinander wesentliche Bestandteile einer gemeinwohlorientierten Stadt- oder Gemeindeentwicklung sind. Der Tenor ist: Erst qualitativ hochwertige, für alle offene und sichere öffentliche Räume machen die Städte und Gemeinden lebendig und ermöglichen Begegnungen, Austausch und Integration.

Alle vorgestellten, dafür exemplarischen Projekte eint zudem die Erkenntnis, dass gut gestaltete und attraktive öffentliche Räume individuelle Prozesse und aus der Örtlichkeit entwickelte Konzepte voraussetzen, die dem jeweiligen Kontext des Ortes gerecht werden. Dies entspricht dem ortsbezogenen Ansatz und dem starken Akteursbezug, die jeweils in der ›Neuen Leipzig-Charta‹ zum Ausdruck kommen.

Nutzungsvielfalt und Offenheit

Die Projektbeteiligten waren sich zudem einig, dass die Gestaltung öffentlicher Orte kein Selbstzweck sein darf. Öffentliche Räume brauchen Nutzungsvielfalt und -offenheit, damit sie den vielfältigen Ansprüchen, die an sie gestellt werden, gerecht werden und von den Menschen angenommen werden.

Dazu kann auch der gezielte Erwerb von Schlüsselimmobilien und deren Aufwertung, insbesondere in der Erdgeschosszone, einen Beitrag leisten. Die hohe gestalterische Qualität der öffentlichen Räume, deren Pflege und Erhalt bereits eingeplant werden sollten, wird im Falle aller Projektbeispiele als Einladung zum Aufenthalt und Austausch verstanden.

Bürgermeister Timur Özcan stellte in seinem Vortrag über den Rathausneubau in Walzbachtal-Wössingen das Zusammenspiel von öffentlichkeitswirksamen Einrichtungen und dem öffentlichen Raum in den Vordergrund: **»Die Transparenz der Rathausnutzung gegenüber dem neu geschaffenen Rathausvorplatz war uns ein großes Anliegen.«** Eine Stadt müsse attraktive, kommerzfreie Räume für Begegnungen schaffen, diese aber auch in ein Zusammenspiel kommunaler, gesellschaftlicher und Einzelhandelsnutzungen einbinden.

Forum 4 – Öffentliche Räume: Afshin Arabzadeh berichtet über den Neubau des Rathauses in Walzbachtal-Wössingen.

Vertrauen und Expertise
Der hohen Nutzungs- und Gestaltqualität ging bei allen vorgestellten Projekten eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der fachlichen Vertreterinnen und Vertreter voraus. Angemessene Formate der Beteiligung haben das Vertrauen in und das Verständnis für die Planung sowie die Akzeptanz des neu gestalteten Umfelds und die Identifikation mit ihm befördert. Mit der Beteiligung von Expertinnen und Experten, etwa der intensiven Einbindung der Fachbehörden und eines kommunalen Gestaltungsbeirats, wurden zudem wichtige Grundlagen für mutige politische Entscheidungen geschaffen.

So hat die Beteiligungskultur bei den drei unterschiedlich kontextuierten Projekten die Berücksichtigung der Anforderungen und Wünsche an die Planung, aber auch eine frühzeitige Reaktion auf Bedenken, die gegenüber der Planung vorgetragen wurden, ermöglicht: **»Wir waren stets ein verlässlicher Partner und haben neue Formate der Bürgerbeteiligung etabliert«,** berichtete **Bürgermeisterin Christine Kraayvanger** zur Schaffung der ›Neuen Meile‹ in Böblingen, die gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern in Workshops, Stadtspaziergängen und Baustellenführungen entwickelt und umgesetzt wurde.

An der Umnutzung eines ehemaligen Hochbunkers zum neuen Stadtarchiv und NS-Gedenkzentrum MARCHIVUM im Mannheimer Stadtteil Neckarstadt-West, von dem Impulse für eine umfassende Aufwertung und Umgestaltung des dicht bebauten Gründerzeitquartiers ausgehen sollen, partizipierte hingegen vor allem die im Rahmen der Planung gezielt angesprochene Gruppe der Schülerinnen und Schüler. Zudem wurde bei den Hochbaumaßnahmen und Umfeldgestaltungen auf eine breite fachliche Expertise gesetzt, die es zu organisieren galt. Architekt **Peter Schmucker** ist daher überzeugt, dass Qualität durch **»die Beteiligung sachkundiger Akteure und ein Grundvertrauen aller Akteure untereinander«** entsteht.

»Öffentlichkeit kann man bauen!« Diese Erkenntis verband am Ende die Ergebnisse des Forums. Ganz entscheidend erschienen dabei die am jeweiligen Kontext ausgerichteten Planungs- und Umsetzungsprozesse. Die Projekte aus Böblingen, Mannheim und Walzbachtal sind dafür hervorragende Referenzen.

Stadtumbau Bahnhofstraße ›Neue Meile Böblingen‹
Böblingen

Vortrag und Zusammenfassung
Christine Kraayvanger
Bürgermeisterin, Stadt Böblingen

Forum 4 – Öffentliche Räume: Böblingen, Stadtumbau Bahnhofstraße ›Neue Meile‹, Fußgängerzone bei Dunkelheit

Wie konnte die Umwandlung der Bahnhofstraße in eine Fußgängerzone mit Aufenthaltsqualität gelingen? Was sind mögliche Erfolgsfaktoren auch mit Blick auf die ›Neue Leipzig-Charta‹?

Langfristig planen, verlässlich handeln, beharrlich sein: Eine langfristig geplante, gezielte und kontinuierliche Entwicklung ist die Grundlage, auf die Böblingen seit den 1980er-Jahren setzen kann. Langjähriges verlässliches Handeln der Verantwortlichen auf der Basis von beschlossenen Planungen und Konzepten (z. B. Einzelhandel, Verkehr, Sanierung, Beleuchtung, Farbgestaltung) führte zur Bereitschaft bei Investoren, Neuansiedlungen zu entwickeln.

Quartier gesamtheitlich entwickeln: Nur durch Umsetzung einzelner Maßnahmen kann keine spürbare Veränderung und Gesamtaufwertung erfolgen. Das große Ganze zählt.

Außenräume wertig gestalten: Schaffung von öffentlichen Räumen, die sicher und für vieles nutzbar sind, wodurch Wertschätzung leichtfällt.

Immer die beste Lösung suchen, innovativ herangehen: Das Planungsverfahren mit iterativen Workshop-Schritten und kooperative Planende, die die Situation, wie sie ist, aufnehmen, Bürgerschafts- und Anliegerwünsche hören, reflektieren und dann die bestmögliche Planung daraus machen und sich für Details einsetzen – all das ist Grundlage für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Lösung. Neu denken zu dürfen, ist das A und O.

Mit Bedingungen umgehen, die nicht optimal sind: Die Entwicklung konnte starten, weil die Planung robust genug war, auch noch fehlende Erdgeschossnutzungen oder hohe Zahlen im Bereich des motorisierten Individualverkehrs am Elbenplatz einzubeziehen und Lösungen hierfür zu finden. Beispielsweise wurde eine eigene Qualität der Straße entwickelt, sodass sie selbstständig Aufenthaltsqualität erzeugt. Trotz noch kommender Erdgeschossnutzungen wird die Straße häufig aufgesucht und ist sehr belebt.

Akzeptanz schaffen: Viel Gesprächsbereitschaft und neue Kommunikationsmethoden unter Einbeziehung aller Beteiligten in Verwaltung, Gemeinderat, Anlieger- und Bürgerschaft sowie ständige Information bzw. Kommunikation zur Veränderung halfen, gemeinsam Sorgen und Ängste zu nehmen und große Akzeptanz zu erreichen.

Die ›Neue Meile Böblingen‹ – Ein Beitrag zur bzw. Beispiel der ›gerechten‹, ›grünen‹ und ›produktiven‹ Stadt?!

›Gerecht‹
Straßenräume und Möblierung stehen für alle Verkehrsteilnehmenden, egal ob jung oder alt, für alle sozialen ›Schichten‹ barrierefrei und kommerzfrei bereit. Die Nutzungen im Bahnhofstraßenquartier sind breit angelegt und in unterschiedlichen Qualitäten, also für unterschiedliche Anforderungen und Bedarfe vorhanden.

›Grün‹
Es entstanden öffentliche Räume mit Grünelementen in urbaner Dichte. Beachtung wird ganz bewusst auch der Begrünung von Dachflächen geschenkt.

›Produktiv‹
Ein gemischter Stadtteil ist vorhanden und wird weiterhin so entwickelt – mit einer Mischung von Nutzungen, auch vertikal innerhalb der Gebäude, und mit sehr gut erreichbaren Arbeitsplätzen in Innenstadtlage.

MARCHIVUM und Quartiersentwicklung Neckarstadt-West
Mannheim

Vortrag und Zusammenfassung
Heinz Frings
Geschäftsführer, GBG –
Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH

Peter Schmucker
Schmucker und Partner Planungsgesellschaft mbH,
Mannheim

Forum 4 – Öffentliche Räume: Mannheim, das MARCHIVUM mit Blick über die Neckarstadt-West

Das Quartier
Die Neckarstadt-West weist im Vergleich zu den anderen Mannheimer Stadtteilen als besonderes Alleinstellungsmerkmal die Vielfalt ihrer Bewohnerinnen und Bewohner auf. Dies ist nicht nur eine Frage der Herkunft der Menschen, sondern auch ein sozialkulturelles Thema. Dabei zeigt sich hier kein Mannheimer Sonderproblem, die meisten europäischen Großstädte kennen ähnliche Quartiere – in diesen Bezirken spiegelt sich die gesamte Integrationsthematik Europas wie im Brennglas.

Entscheidend ist, dass wir die Chancen dieses besonderen Bezirkes für die Gesamtstadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner erkennen und dass die Menschen aller Gruppen Partner der Entwicklung werden. Um Wirkung zu entfalten, wurde mit einer innerstädtischen Koordination aller Aktivitäten im Quartier begonnen, Planungsprozesse für öffentliche Flächen in Gang gesetzt, Immobilien verstärkt gekauft und quartiersfördernde Nutzungen platziert, Kinderinitiativen gestartet und kreative Impulse aus dem Quartier heraus gestärkt. Es wird zukünftig sehr viel in den Fokus genommen, wie Stadtentwicklung vor Ort wirkt, wie sie wahrgenommen wird und wem sie nutzten soll. Diese Initiative wurde ›Lokale Stadterneuerung‹ genannt und bietet ein übergeordnetes und vor allem abgestimmtes Handeln der kommunalen Verwaltungsbereiche, der städtischen Gesellschaften gemeinsam mit privaten Akteuren und Initiativen vor Ort.

Die ersten und wichtigen Ziele auf dem Weg sind Verbesserungen bei den Bildungschancen der Kinder, bei der Sicherheit und Sauberkeit des öffentlichen Raums, bei der Erhaltung von Vielfalt und Urbanität des Quartiers und der politischen Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner.

Das MARCHIVUM
Im Rückblick erscheint es, als wären die Kernpunkte der ›Neuen Leipzig-Charta‹ bei der Konzeption des MARCHIVUM Grundlage gewesen: Ein konsequentes und damit absolut nachhaltiges Re-Use-Projekt für die Gemeinschaft.

Der ehemalige Ochsenpferchbunker am Rande der Neckarstadt-West stand ungenutzt in einem ohnehin problematischen Umfeld. Hier hatte sich ein klassischer Angstraum gebildet. Durch die Umnutzung dieses unbequemen Denkmals zu einem Haus der Stadtgeschichte und die Umgestaltung der Außenanlage samt geänderter Verkehrsführung wurde nicht nur das Gebäude, sondern der gesamte Ort an die Gemeinschaft zurückgegeben: Auf dem neuen Archivplatz treffen sich heute Besuchende und Mitarbeitende des MARCHIVUM mit den Bewohnerinnen und Bewohnern. Durch die verschiedenen Nutzungen mit NS-Dokumentationszentrum, der stadtgeschichtlichen Ausstellung, den zahlreichen Vorträgen und der Möglichkeit der Archiveinsicht öffnet sich das Haus für die Stadtgesellschaft und lädt zur Teilhabe ein.

Man könnte sich beim Thema Nachhaltigkeit darauf beschränken, dass Schönheit immer eine Investition in die Zukunft ist, aber die Umnutzung des Ochsenpferchbunkers darf sowohl wirtschaftlich wie energetisch als gelungen angesehen werden: Selten passte eine Nutzung so gut in einen Bestandsbau wie hier, in keinem historischen Gebäude könnte Archivgut so perfekt und dabei energieeffizient gelagert werden, an keinem Ort der Stadt ließe sich Stadtgeschichte wie auch der Terror des Nationalsozialismus authentischer erleben.

Das MARCHIVUM ist nur ein stadtgesellschaftlicher Baustein im Quartier, aber er hat schon jetzt die Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner auf den eigenen Stadtteil positiv beeinflusst und darüber hinaus den der gesamten Stadt.

Neubau Rathaus und Rathausplatz
Walzbachtal

Vortrag und Zusammenfassung
Timur Özcan
Bürgermeister, Gemeinde Walzbachtal

Afshin Arabzadeh
Freier Architekt BDA,
weinbrenner.single.arabzadeh. architekten

Forum 4 – Öffentliche Räume: Walzbachtal-Wössingen, der Rathausneubau im Ortsbild

Die Sicht des Bürgermeisters:
Die Einzelhandelsstrukturanalyse und das Landessanierungsprogramm zur städtebaulichen Erneuerung dienten als Weichenstellung für den städtebaulichen Wettbewerb zur Erzielung eines hochwertigen Ergebnisses. Diese zeigten besonders das Defizit einer fehlenden Dorfmitte im Ortsteil Wössingen auf. Mit einem Rathausneubau am bestehenden Standort im hinteren Bereich des Grundstückes konnte ein hochwertiger Dorfplatz als neue Dorfmitte geschaffen und die Wegeverbindungen zwischen den beiden Kirchen, der Schule und der Mehrzweckhalle hervorgehoben werden. Die Beibehaltung der Verwaltung in dieser zentralen Lage unterstützt zudem den im Ort angesiedelten Einzelhandel.

Zur optimalen Umsetzung wurde bereits im Planungswettbewerb ein Energiekonzept eingefordert, um dem Nachhaltigkeitsgedanken gerecht zu werden. Ein solches Vorgehen war bis dahin nicht üblich, für unsere Zwecke aber dringend notwendig und unumgänglich.

Durch die Schaffung des neuen Dorfplatzes haben sich vielfältige Nutzungsmöglichkeiten für die Gemeinschaft in der Gemeinde Walzbachtal ergeben. Der Rathausplatz und das neue Gebäude werden auf vielfältige Weise genutzt, beispielsweise für kleine Märkte, Feste, Veranstaltungen oder Ausstellungen.

Das Projekt und die neue Ortsmitte wurden von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen. Die ersten Feste waren stark frequentiert und haben große Erfolge eingefahren. Wir sind stolz auf unsere neue Ortsmitte und den Beitrag, den diese zum Gemeinwohl der Gemeinde Walzbachtal beträgt.

Die Sicht des Architekten:
Wir als Architekten haben ›unser‹ Projekt Neubau Rathaus und Rathausplatz in Walzbachtal in einem europaweiten Realisierungswettbewerb zu unseren Gunsten entscheiden können. Ein wesentlicher Beitrag zu unserem Erfolg im Wettbewerb war es, dass wir die Aufgabenstellung größer und umfassender verstanden haben, als nur ein Bauwerk für die Gemeindeverwaltung zu entwerfen, nämlich eine besondere Chance zur nachhaltigen Ortsentwicklung zu ergreifen. Die ›Neue Leipzig-Charta‹ definiert hier die Dimensionen einer nachhaltigen Transformation, die sich bei diesem Projekt in diversen Aspekten wiederfinden lassen. Ein Rathaus ist mehr als ein Servicecenter! Es ist ein Ort der kommunalen Selbstverwaltung und des ehrenamtlichen Engagements. Der Rathausplatz ist der gesellschaftliche Hotspot der Gemeinde.

Die gute Vernetzung dieses Ortes in der Gemeinde mit niederschwelligen kulturellen, gesellschaftlichen wie technischen Angeboten ist ein wesentlicher Beitrag zum Gelingen eines erfolgreichen Gemeindelebens. Die stadträumliche wie architektonische Gestaltung des Projektes in Walzbachtal bezieht sich konkret auf den vorgefundenen Ort und findet individuelle Antworten für lokale Fragen. Ganz im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹: »lokale Lösungen für globale Herausforderungen«. Ein Ansatz, der uns im Rahmen der diesjährigen Netzwerkkonferenz und im Fokus anderer fundierter Beiträge von weiteren beispielhaften Projekten noch mehr ins Bewusstsein gerückt ist.

Forum 5
Grün-blaue Infrastruktur

Moderation
Carmen Mundorff
Architektenkammer Baden-Württemberg

Netzbetreuung und Protokoll
Carolin Theurer und Christina Thum

Forum 5 – Grün-blaue Infrastruktur, Carmen Mundorff moderiert das Forum.

Im Forum 5 wurde die grüne und blaue Infrastruktur behandelt – eine früher oft vernachlässigte, jedoch zunehmend als wichtiger Baustein einer zukunftsfähigen Stadt wahrgenommene Infrastruktur, die gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Covid-19-Pandemie bei jeder städtebaulichen Entscheidung mitgedacht und weiterentwickelt werden sollte.

Resiliente Quartiere mit Lebensqualität
»Wie können bei zunehmender Urbanisierung resiliente Lebensräume geschaffen werden?« Diese Frage wurde zu Beginn des Forums durch eine Teilnehmerin gestellt. Beantwortet wurde sie exemplarisch durch das Projekt Stadtquartier Neckarbogen in Heilbronn, mit dem die Lebens- und Wohnqualität trotz hoher Dichte durch grüne und blaue Infrastruktur erheblich steigt und zugleich die Herausforderungen des Klimawandels angegangen werden.

Für den Hauptfriedhof in Ravensburg betonte **Bürgermeister Dirk Bastin,** dass die Herangehensweise, vorhandene Grünbausteine der Stadt zu stärken und zu vernetzen, für jede Kommune ein Weg zur Resilienz sei: **»Behutsamer Mitteleinsatz mit hoher ökologischer Wirkung ergibt eine Win-win-Situation.«** Mit einem sehr kleinen finanziellen Budget kann viel für Ökologie und Erholung erreicht werden. Auch durch das Förderprogramm Urbane Gärten in Stuttgart werden bestehende Stadtquartiere aufgewertet und die Stadt wird resilienter.

Groß denken und mit Weitsicht planen
Bürgermeister Wilfried Hajek empfahl vor dem Hintergrund des Projektes Neckarbogen: **»Rechtzeitig die großen Dinge richtig machen!«** In Heilbronn betraf dies die grundlegende Entscheidung, das zentral gelegene Areal zu erwerben, die Aspekte Lärm, Luftqualität und Klima von vornherein mitzudenken und strategisch zu planen. Außerdem gelte: **»Bei der Grundstücksvergabe die Latte hochlegen!«** So sollten bei der Vergabe von Grundstücken an Investoren hochwertige Konzepte eingefordert werden. In Heilbronn wurde hierzu ein Gestaltungshandbuch herausgegeben und eine Baukommission eingesetzt, die über die eingereichten Projektvorschläge entscheidet. Der Stellplatzschlüssel wurde mit 0,6 sehr niedrig angesetzt. Im ersten Bauabschnitt konnten sich viele Investoren noch nicht vorstellen, auf eine Tiefgarage zu verzichten – realisiert wurde schließlich ein Stellplatzschlüssel von 0,8. Im derzeit in Planung befindlichen zweiten Bauabschnitt stößt eine Quartiersgarage nun schon auf mehr Verständnis. Gemeinschaftliche Dachterrassen tragen zu Qualität und Vermarktbarkeit bei, die vorgegebene Quote für geförderten Wohnungsbau wird deutlich übererfüllt. Der Investorenwettbewerb ist im zweiten Bauabschnitt sechsfach überzeichnet, was den eingeschlagenen Weg bestätigt.

In Ravensburg steckt große Weitsicht in der Vernetzung und Aufwertung von Grünflächen. Allerdings erfordert es mitunter detektivische Arbeit, um vorhandene Qualitäten aufzuspüren, und Hartnäckigkeit, um diese dann zugänglich zu machen. Es ist aber eine Zukunftgsaufgabe, solche ›Inseln‹ inmitten der Bebauung zu schaffen, nicht nur bei Großprojekten. Auch in Stuttgart hat man ein großes Ziel, aber **»natürlich können wir das Weltklima nicht mit urbanen Gärten retten«** – so **Matthias Bertram** vom Amt für Stadtplanung und Wohnen. Er betonte aber, dass alle Aktiven zu Multiplikatoren würden und so das Bewusstsein für notwendige Veränderungen wachse.

Mehrwert schaffen durch Mehrfachkodierung
Jede Maßnahme und jede städtische Fläche kann und sollte mehrere Funktionen erfüllen. So diente in Heilbronn der Erdaushub zur Herstellung einer ›Erdskulptur‹, die die Funktion eines Lärmschutzwalls hat und zugleich Habitat für Eidechsen sowie eine attraktive Landschaft zur Freizeitgestaltung für die Bevölkerung ist. Die angelegten Wasser-

Forum 5 – Grün-blaue Infrastruktur: Bürgermeister Wilfried Hajek stellt das Projekt Stadtquartier Neckarbogen vor.

flächen dienen der Retention von Regenwasser, der Verbesserung des Mikroklimas sowie der Erholung. Sie sind zudem eine Reminiszenz an den historischen Hafen.

In Ravensburg ist der Hauptfriedhof zwar hauptsächlich noch Friedhof, aber zugleich konnten durch die Maßnahmen die Lebensräume für verlorengeglaubte Tierarten gesichert und erweitert werden. Die Bürgerschaft nimmt den Freiraum wieder bewusster wahr und identifiziert sich mit dem Ort, was sich beispielsweise an 400 Patenschaften für verwaiste Gräber messen lässt.

Die Urbanen Gärten in Stuttgart sind nicht nur erholsame Rückzugsorte, sondern haben als Treffpunkte für Menschen in einer zunehmend von Vereinzelung geprägten Stadtgesellschaft einen sozialen Mehrwert. **»Gemeinschaft, Identifikation und Kommunikation sind die zentralen Aspekte des Projekts«,** hob **Matthias Bertram** hervor. Die Nahrungsmittelproduktion steht hier also nicht im Mittelpunkt, steigert aber das Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge, bietet Gelegenheit zu Experiment und Innovation und zur Begegnung verschiedenster Bevölkerungsgruppen.

Kommunikation und Beteiligung als Grundlage

Alle Referenten betonten, dass die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zu einem möglichst frühen Zeitpunkt entscheidend ist für das Gelingen eines Projekts – und auch für zukünftige andere Projekte, da die Verlässlichkeit der Politik von der Bürgerschaft gefordert und durch Vertrauen belohnt wird. Veränderungen müssen transparent kommuniziert werden, die Verwaltung muss dazu eine Kommunikationsebene herstellen.

Mitunter geben auch die Bürgerinnen und Bürger den entscheidenden Anstoß für ein Projekt, so wie beim Hauptfriedhof in Ravensburg. Die Unterstützung der Bürgerschaft für die Bundesgartenschau in Heilbronn wurde durch eine umfangreiche Beteiligung im Vorfeld frühzeitig gesichert. In Expertenforen wurden die Ergebnisse der Bürgerforen eingespeist und auf Realisierbarkeit abgeklopft – dadurch haben die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl, dass sich tatsächlich etwas verändert und dass sie Anteil an dieser Veränderung haben. Aus Heilbronn wird auch die Empfehlung gegeben, die Chancen der Digitalisierung für die Beteiligung zu nutzen – so haben mehr und andere Menschen die Möglichkeit, sich einzubringen. Wichtig sind auch feste und kompetente Ansprechpartnerinnen und -partner in der Verwaltung. Solche ›Kümmerer‹ sind auch in Stuttgart die zentrale Anlaufstelle. Impulse der Bürgerschaft müssen aufgenommen und an die Verwaltung weitergegeben werden.

Schlussfolgernd kann festgehalten werden, dass ›Grün-blaue Infrastruktur‹ nicht nur die in der ›Neuen Leipzig-Charta‹ benannte Dimension ›grün‹ adressiert, sondern ebenso die Aspekte ›gerecht‹ und ›produktiv‹. Im konkreten Projekt entsteht durch Mehrfachkodierung immer auch ein sozialer, ökologischer und damit auch ökonomischer Mehrwert. Um diese ›Schätze‹ zu heben, ist eine ortsbezogene Planung unter Beteiligung der Bevölkerung wichtig, deren Know-how quasi kostenlos zur Verfügung steht.

Stadtquartier Neckarbogen – erster Baustein einer neuen Stadtlandschaft am Neckar
Heilbronn

Vortrag und Zusammenfassung
Wilfried Hajek
Bürgermeister, Stadt Heilbronn

Jan Fries
Leiter des Amtes für Liegenschaften und Stadterneuerung, Stadt Heilbronn

Forum 5 – Grün-blaue Infrastruktur: Heilbronn, Stadtquartier Neckarbogen, Neckarpark mit Holzhochhaus SKAIO

Rund 30 Hektar verlassene Gewerbeflächen, das ehemalige Fruchtschuppenareal, im Herzen der Stadt, am Altarm des Neckars und in fußläufiger Entfernung zur Innenstadt: Ein Ort, der lange nicht im Bewusstsein der Stadt und ihrer Bürgerschaft stand.

Mit dem Stadtentwicklungskonzept 2020 hat Heilbronn die konsequente Innenentwicklung auf den Weg gebracht. Die Siedlungsentwicklung soll nicht an den Rändern der Stadt, sondern unter Nutzung der vorhandenen Flächenressourcen erfolgen. Stadtentwicklung heißt in Heilbronn, so ressourcenschonend wie möglich innerstädtische Flächen für attraktiven Wohnungsbau und innovative Arbeitsplätze zu erschließen.

Der Neckarbogen auf dem ehemaligen Fruchtschuppenareal, einem historischen Ort des Güterumschlags mit Flusshafen und Güterbahnhof, steht dabei als größte zusammenhängende Fläche im Fokus. Ein über hundert Jahre altes Gewerbegebiet verwandelt sich in ein vitales Stadtquartier.

Leitbilder der Heilbronner Stadtplanung wie ›Die Stadt am Fluss‹ und ›Lebendige und durchmischte Quartiersentwicklung‹ sind der Ausdruck intensiver Debatten der letzten Jahre in Gemeinderat und Stadtverwaltung, an denen sich auch die Bürgerschaft Heilbronns in verschiedenen moderierten Formaten und Workshops aktiv beteiligte.

Die Entwicklung eines neuen urbanen Stadtquartiers mit einer Größe, die fast an die historische Kernstadt herankommt, ist eine große Herausforderung für eine Stadt.

Im Zusammenspiel mit der Bundesgartenschau 2019 entstanden entlang des Neckars neue Fluss- und Freiraumqualitäten. Eine Bundesstraße mit über 30.000 Fahrzeugbewegungen pro Tag wurde verlagert, der Neckar in die Stadt zurückgeholt. Mit dem Neckaruferpark entstanden mehrfach codierte Flächen sowohl zum Flanieren und Erholen, als auch als ökologisch wertvoller Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie für vielfältige Nutzungen am Wasser.

Inmitten der Bebauung entstand der Floßhafen und am Rand des Quartiers der Karlssee. Eine Reminiszenz an das historische Hafengebiet. Die Wasserflächen dienen nicht nur der Landschaftsgestaltung, sondern als Retentionsflächen für alle Oberflächengewässer des Quartiers und Wasserreservoir zur Bewässerung der Freiräume sowie als klimatischer Puffer für den gesamten neuen Stadtteil.

Die Struktur des Neckarbogens ist darauf angelegt, ein Modell des urbanen, kompakten und damit eines resilienten Stadtquartiers zu sein, in dem Bebauung, Freiraum und Wasserflächen in einem ausgewogenen Flächenverhältnis zueinander stehen.

Ein Stadtteil in einer Großstadt ist dann lebendig, wenn Menschen ausreichend dicht zusammenleben und das Quartier vielfach durchmischt ist. Im Neckarbogen werden künftig ca. 3.500 Bewohnerinnen und Bewohner und ca. 1.000 dort arbeitende Menschen dafür sorgen, dass es ein enges Miteinander von Miete und Eigentum, Wohnen und Arbeiten, von Bildung, Einkaufen, Freizeit, Cafés und Lokalen geben wird. Eingebettet in vielfältig gestaltete Erholungsbereiche mit attraktiven, belebten Plätzen für Spiel und Sport sowie ruhigen Orten zum Entspannen und Naturerfahrung in der Stadt.

Der erste Bauabschnitt im Neckarbogen ist ein gebautes Beispiel für die Symbiose von urbaner Freiflächengestaltung, städtebaulicher Entwicklung, urbaner Dichte und qualitätvoller architektonischer Bebauung. Für diese Entwicklung wurden verschiedene neue Instrumente der Vergabe-, Qualitäts-, Termin- und Kostensteuerung entwickelt, um die Ziele Vielfalt und Mischung im Sinne einer Mehrfachcodierung in allen Bereichen und Ebenen zu erreichen und damit ein lebendiges und charakteristisches eigenes Stadtquartier zu schaffen.

Pflege- und Gestaltungskonzept Hauptfriedhof Ravensburg

Vortrag und Zusammenfassung
Dirk Bastin
Bürgermeister, Stadt Ravensburg

Forum 5 – Grün-blaue Infrastruktur: Ravensburg, Hauptfriedhof

Dieses aus der Bürgerschaft initiierte Projekt ist ein gutes Beispiel dafür, wie mit sehr wenig Aufwand grün-blaue Infrastruktur deutlich aufgewertet werden kann und dabei der Hauptfriedhof auch weiterhin die wichtigste Begräbnisstätte in Ravensburg mit im Schnitt 200 Bestattungen im Jahr bleibt.

Als Standort eines in fast 150-jähriger Betriebszeit entstandenen dichten und z. T. sehr wertvollen Baumbestandes sowie gepflegter Grünflächen stellt der Hauptfriedhof die wichtigste Parkanlage im Kernstadt-Bereich dar – mit entsprechend hohen ökologischen Funktionen. Zudem wurde aufgrund der herausragenden historischen Bedeutung einzelner Grabdenkmale sowie des überwiegenden Teils der bestehenden Hochbauten das Gesamt-Ensemble bereits vor Jahren unter Denkmalschutz gestellt.

Aufgrund dieser vielseitigen Bedeutung des Friedhofareals kümmern sich seit Jahren verschiedene (Bürger-) Gruppierungen mit zum Teil unterschiedlichen Zielsetzungen um den Hauptfriedhof und bringen immer wieder wertvolle Anregungen hinsichtlich Gestaltung, Aufenthaltsqualität, Pflege der Bäume und Grünflächen, Vogelschutz, denkmalschützerischer Belange sowie Biodiversität ein. Um die verschiedenen Aspekte besser koordinieren zu können, wurde bereits im Jahr 2010 ein ›Runder Tisch Hauptfriedhof‹ ins Leben gerufen, um die Weiterentwicklung dieser wertvollen Grünfläche besser mit den interessierten Bürgerinnen und Bürgern abstimmen zu können.

Resultat dieses Zusammenwirkens war u. a. die gemeinsame Ausstellung ›Der Ravensburger Hauptfriedhof – Juwel und Grüne Insel‹ im Jahr 2013, in der Bürgerforum, BUND, NABU und Friedhofsverwaltung vor allem den bestehenden hohen ökologischen Wert des Friedhofs hervorhoben. Nachdem in der Folge zahlreiche ergänzende Anregungen zur weiteren Verbesserung des ökologischen Zustandes eingingen, beschloss die Stadtverwaltung die Thematik zu systematisieren. Dazu wurde im Jahr 2014 an den Gutachter Löderbusch, Markdorf, der Auftrag erteilt, eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme des ökologischen Zustandes des Hauptfriedhofs vorzunehmen. Diese Arbeit diente dann mit als Grundlage für die Entwicklung der Konzeption durch das Büro Naumann, Ravensburg. In der Konzeption wird das Ziel verfolgt, die Anforderungen des Friedhofsbetriebs bestmöglich in Einklang zu bringen mit gestalterischen und denkmalpflegerischen Belangen sowie Empfehlungen aus Naturschutzsicht.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen konnten in den folgenden fünf Jahren erfolgreich und vor allem zur Zufriedenheit aller beteiligten Bürgergruppen umgesetzt werden. Mit nur 100.000 Euro konnte so der ökologische Wert des Hauptfriedhofs erhöht, die Aufenthaltsqualität merklich gesteigert und vor allem die eigentliche Funktion durch neue Bestattungsformen deutlich verbessert werden.

Förderprogramm Urbane Gärten
Stuttgart

Vortrag und Zusammenfassung
Matthias Bertram
Abteilungsleiter Stadterneuerung und Wohnbauentwicklung, Amt für Stadtplanung und Wohnen, Landeshauptstadt Stuttgart

Forum 5 – Grün-blaue Infrastruktur: Stuttgart, Urbane Gärten, Hochbeete in einem der über 40 Urban-Gardening-Projekte

In Zeiten pandemiebedingter Einschränkungen beim Freizeitverhalten und der Reisefreiheit gewinnt das zwischen Hausgemeinschaft und Stadtquartier angesiedelte Wohnumfeld eine immer größere Bedeutung für das persönliche Wohlbefinden. Gleichzeitig ist die Aufenthaltsqualität genau dieses Wohnumfelds von steigenden Temperaturen in Folge des Klimawandels bedroht. Dies betrifft insbesondere die dicht bebauten und in starkem Maße versiegelten Zentren und gründerzeitlichen Erweiterungen der Mittel- und Großstädte, denn hier fehlt es in der Regel an Kühlkorrektiven in Form von Grün- und Wasserflächen. Vor diesem Hintergrund gewinnen Initiativen, die sich dem Klimaschutz verpflichten, deutlich an Zulauf. All diese Themenfelder können durch urbane Gemeinschaftsgärten ›bedient‹ werden.

So bieten Gemeinschaftsgärten eine Plattform zum kommunikativen Austausch, beginnend bei den kleinen Fachfragen zum grünen Daumen bis hin zu den großen globalen Themen, wie der Rettung des Weltklimas. Und auch Smalltalk ist nicht nur möglich, sondern sogar erwünscht. Es ist sicherlich nicht übertrieben, den Gemeinschaftsgärten in diesem Zusammenhang auch einen gesellschaftspolitischen Auftrag zuzuweisen, denn sie bieten mit ihrer lockeren und nicht an Vereinsstrukturen gebundenen Organisationsform eine niederschwellige Möglichkeit, mit anderen in Kontakt zu kommen und damit der Vereinzelung und auch der Vereinsamung der Menschen aus Singlehaushalten, wie man sie in den großen Städten zuhauf findet, entgegenzuwirken. Die städtischen Förderrichtlinien honorieren diesen kommunikativen Ansatz, indem neben den Sachkosten für gärtnerische Aktivitäten auch Referentenhonorare und Mitmachaktionen bezuschusst werden.

Gleichberechtigt neben den kommunikativen Aspekten stehen die umweltpolitischen Zielsetzungen. Eine Anfang 2020 durchgeführte Befragung der Stuttgarter Garteninitiativen ergab, dass eine biologische Bewirtschaftung unter Berücksichtigung nachhaltiger Stoffkreisläufe beim Anbau von Gemüse, Kräutern und Obst den Regelfall darstellt. Auch die Förderrichtlinien verfolgen diesen Nachhaltigkeitsansatz: Fördervoraussetzung ist ein Verzicht auf Volldünger, Pestizide und torfhaltige Erden, die Verwendung von Recyclingmaterial und zertifizierten Hölzern beim Bau von Beeten sowie der Einsatz insektenfreundlicher Ansaaten und erneuerbarer Energien. Damit die so gewonnenen Kenntnisse und Erkenntnisse schon früh von der nächsten Generation verinnerlicht werden, richten über die Hälfte der befragten Initiativen ihre Angebote an Familien mit Kindern, um diesen eine analoge Naturerfahrung als Ausgleich zum Onlinealltag zu bieten.

Zusammen mit dem städtischen Grünprogramm zur Förderung von Dach-, Fassaden- und Freiflächenbegrünung sowie der Anlage von artenreichen Blühflächen leistet die Förderung urbaner Gemeinschaftsgärten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas. Beide Programme stehen im Kontext mit weiteren Förderaktivitäten zum Klimaschutz, so z. B. dem städtischen Energiesparprogramm, der Solaroffensive oder dem Wärmepumpenprogramm. Darüber hinaus verpflichtet sich die Stadt aber auch selbst zur Einhaltung energetischer und klimaschützender Standards, die über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen, so z. B. durch den Energieerlass oder die Vorgaben zur klimafreundlichen Beschaffung. Die Finanzierung erfolgt in weiten Teilen durch den mit 200 Mio. Euro ausgestatteten städtischen Klimaschutzfonds, der 2019 im Rahmen des Aktionsprogramms ›Weltklima in Not – Stuttgart handelt‹ beschlossen wurde.

Forum 6
Bildung, Arbeit, Produktion

Moderation
Stefanie Kerlein
Internationale Bauausstellung 2027
StadtRegion Stuttgart

Netzbetreuung und Protokoll
Andrea Rieg und Maria Schuster

Forum 6 – Bildung, Arbeit, Produktion: Moderatorin Stefanie Kerlein berichtet im Plenum über die Ergebnisse des Forums.

Die digitale Transformation, automatisierte Fabrikationen und neue Mobilitätskonzepte verändern die Produktionsweisen maßgeblich und ermöglichen neue Formen von (vertikal) nutzungsgemischten Stadtquartieren. Industrieareale können dank emissionsärmerer Produktionsweisen zu neuen Stadtbausteinen werden und ein direktes Nebeneinander von lärmsensiblen Nutzungen wie Wohnen und Bildung zu produzierendem Gewerbe wird damit möglich.

Welche Chancen diese neuen Entwicklungen für die Stadt- bzw. Quartiersentwicklung mit sich bringen, wurde im Forum 6 ›Bildung, Arbeit, Produktion‹ anhand von drei Projekten skizziert. Von Stefanie Kerlein moderiert, zeigten die Referierenden anhand der Projekte ›Alter Schlachthof‹ in Karlsruhe, ›Allgäuer Genussmanufaktur‹ in Leutkirch im Allgäu und ›Konversion Gewerbefläche Birkel-Areal‹ in Weinstadt-Endersbach auf, wie sich die Leitbilder der ›Neuen Leipzig-Charta‹ in den Vorhaben widerspiegeln bzw. wie die angewandten Prinzipien zum Erfolg der Projekte beigetragen haben.

Konversion von Gewerbe- und Industrieflächen – Chance und Zukunftsaufgabe

Am Beispiel der drei Projekte werden die Zukunftschancen deutlich, die die Konversion von mindergenutzten oder brachliegenden Gewerbe- und Industrieflächen zu neuen, effizienter und multifunktional genutzten Gewerbegebieten mit sich bringen und wie mit der Revitalisierung in Verbindung mit der Schaffung von qualitativen Aufenthaltsflächen ein Mehrwert für die gesamte Stadtgesellschaft entstehen kann. Von den Referierenden wird es daher als drängende Zukunftsaufgabe beschrieben, die (nur endlich zur Verfügung stehenden) Flächen effizienter zu nutzen und sie auch im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ zukunftsfähiger zu gestalten.

Aufgrund der kostenintensiven Herausforderungen von Konversionen (Grunderwerb, Freilegung der Grundstücke, Altlastensanierung, Neuerschließung etc.) sind diese Transformationen jedoch für die meisten Kommunen nur mit dem Einsatz vielfältiger Fördermittel möglich. Dass die Transformation jedoch auch mit Hilfe des zivilgesellschaftlichen Engagements gelingen kann, belegt die ›Allgäuer Genussmanufaktur‹ in Leutkirch im Allgäu. Die eigens für das Projekt gegründete Bürgergenossenschaft brachte 1,3 Millionen Euro Bürgerkapital ein, womit die Brache umfassend saniert und durch die Reaktivierung die gesamte Dorfmitte gestärkt werden konnte. Für **Christian Skrodzki**, Vorstand der Allgäuer Genussmanufaktur eG, ist darum klar: **»Bürgerinnen und Bürger bringen sich gerne in die Revitalisierung Ihres Lebensumfeldes mit ein, wenn die Verwaltung es zulässt und es unterstützt.«**

Flächenzugriff als wesentlicher Erfolgsfaktor

Bei den beiden Großprojekten in Karlsruhe und Weinstadt-Endersbach war eine wesentliche Erkenntnis, dass zur erfolgreichen Transformation der Bestandsquartiere der Flächenzugriff durch die Stadt eine entscheidende Rolle spielt. So zeigen die Vorhaben, dass es zur erfolgreichen und zügigen Steuerung von Großprojekten hilfreich ist, wenn die Kommune zumindest über die Schlüsselgrundstücke verfügt und damit die langfristige Flächenentwicklung aktiv und strategisch steuern kann: **»Die Leitidee des Projektes kann dann richtig erfolgreich vorangetrieben werden, wenn die Stadt über die Flächen verfügt«,** bestätigte **Lina Hoscislawski** von der Karlsruher Fächer GmbH.

Integrierter Planungsansatz und Offenheit gegenüber Änderungen

Am Beispiel der Konversion des Birkel-Areals in Weinstadt-Endersbach wird deutlich, dass und in welcher Hinsicht der integrierte Planungsansatz einen wesentlichen Erfolgsfaktor darstellt und dass es sich auszahlt, kreative Planänderungen eines Projektes zuzulassen. Hierzu bedarf es insbesondere der Flexibilität, sich die Offenheit in der Planung

Forum 6 – Bildung, Arbeit, Produktion: Erster Bürgermeister Thomas Deißler berichtet über die Konversion der Gewerbefläche Birkel-Areal in Weinstadt-Endersbach.

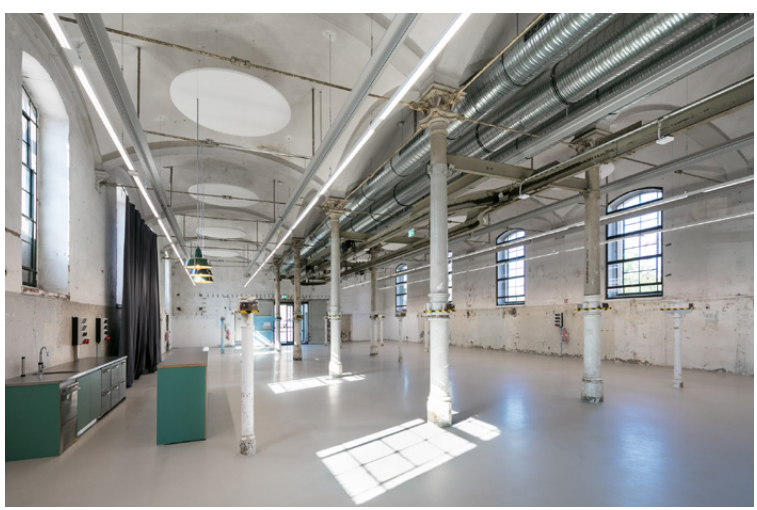
zu bewahren und ggf. auch die Zielsetzungen an neue Gegebenheiten anzupassen. So stellte die Konversion des mindergenutzten Gewerbeareals gleichzeitig den Startschuss zur Aufwertung des Grünraums an den Rems-Auen dar und das als Gewerbeflächensanierung gestartete Projekt entwickelte sich zu einem umfassenden Freiraumprojekt, in dem das transformierte Gewerbeareal mit den Qualitäten des Naturraums der Rems-Auen verbunden wird.

Repräsentative Beteiligung zur Erreichung des Gemeinwohls
Bei allen drei Projekten spielt die öffentliche Beteiligung an den Stadtentwicklungsprozessen eine große Rolle. Dabei wurde von den Referierenden die Notwendigkeit einer repräsentativen Partizipation hervorgehoben, die weit über die Einbeziehung der direkt Betroffenen hinausgeht und stattdessen die Belange möglichst aller Akteure berücksichtigt sowie gegensätzliche Interessen untereinander abwägt. **»Zur Erreichung des Gemeinwohls ist es wichtig, alle Betroffenheiten und mögliche Zielkonflikte herauszuarbeiten und diese untereinander abzuwägen«,** sagte der Erste Bürgermeister der Stadt Weinstadt, **Thomas Deißler, »ich sehe bei der ›Neuen Leipzig-Charta‹ die Chance, die Beteiligung auf eine breitere Basis zu stellen«.** Hierzu bedarf es einer aktiven Unterstützung und der Lösungsorientierung auf Seite der Verwaltung und mitunter auch neuer (digitaler) Formate, um einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und gemeinsam neue Lösungen zu entwickeln.

Fazit
Für lebendige Zentren bedarf es einer tragfähigen, funktionalen und sozialen Mischung, einer hohen Qualität der öffentlichen Räume als Begegnungsflächen aller unterschiedlichen Nutzergruppen sowie baukultureller Identität. Insbesondere zur positiven (Wieder-)Belebung der Ortsmitten und Innenstädte stellen die Ansätze der produktiven Stadt eine enorme Chance dar. Neue Nutzungsmischungen in den Innenstadtbereichen, in denen neben Wohnen, Arbeiten, Bildung und Einzelhandel auch das produzierende Gewerbe verstärkt eingebunden wird, können hier eine Stellschraube für lebendige und zukunftsfähige Quartiere sein. Neben der Neuausrichtung und Verstetigung von Förderprogrammen (u. a. der Städtebauförderung) bedarf es vor allem Mut, Vertrauen und mitunter auch einer neuen Fehlerkultur, um diese neuen Lösungsansätze und Leitlinien zu erproben und die nachhaltige Transformation zu resilienten Quartieren im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ erfolgreich voranzubringen.

Der Alte Schlachthof. Wandel als Chance
Karlsruhe

Vortrag und Zusammenfassung
Lina Hoscislawski
Karlsruher Fächer GmbH



Forum 6 – Bildung, Arbeit, Produktion: Karlsruhe, Alter Schlachthof, ehem. Fleischmarkthalle, heute Bürgerzentrum

Seit der Schließung des Schlachtbetriebs 2006 vollzieht sich im Alten Schlachthof Karlsruhe ein kontinuierlicher Wandel. Wo früher geschlachtet und Fleisch verarbeitet wurde, sind Ateliers und Büros, Werkstätten, Galerien und Gastronomiebetriebe entstanden. In ehemaligen Stallgebäuden, in Verwaltungs- und Wohngebäuden, in Verarbeitungshallen, in Maschinenräumen und Kühlhäusern. Man begriff das Ende des Alten als Chance auf etwas Neues, füllte Häuser, Hallen und Höfe mit neuem kulturellen, kreativen und wirtschaftlichen Leben.

Das Konversionsprojekt wird in städtischer Eigenregie durch die Karlsruher Fächer GmbH & Co. Stadtentwicklungs-KG umgesetzt, die auch nach der Sanierung und baulichen Umsetzung des Projektauftrags weiterhin als Eigentümerin und Vermieterin agiert. Kennzeichnend für die Entwicklung des Alten Schlachthofs sind, neben vielen anderen Aspekten, das Nebeneinander von Altem und Neuem, von Stabilität und Veränderung sowie eine stetige, engagierte und zukunftsgerichtete Beteiligung aller Projektpartner. Ein weiterer wichtiger Baustein der Gebietskonversion war das Bund-Länder-Programm Stadtumbau West, das die bauliche Umsetzung wesentlich unterstützt hat.

Bis heute prägt den Alten Schlachthof und sein neues ›Innenleben‹ die einzigartige Atmosphäre der historischen Strukturen und denkmalgeschützten Gebäude. Man hat die Herausforderung angenommen, aus Gebäuden für Schlachtbetrieb und Viehhandel attraktive Arbeitsräume zu schaffen. Und ebenso lassen sich die Nutzerinnen und Nutzer darauf ein, ihre Werkstätten, Architekturbüros, Softwareschmieden und vieles mehr im ehemaligen ›Schweinestall‹, dem ›Seuchenschlachthaus‹ oder der ›Kaldaunenwäsche‹ einzurichten. Der historische Charakter des Areals wirkt inspirierend, verbindet und schafft Identität. So etwa auch bei der Namensgebung des Nutzervereins ›ausgeschlachtet e. V.‹ und Veranstaltungen wie ›Schwein gehabt‹.

Ergänzend zum historischen Bestand erfährt der Alte Schlachthof moderne Erweiterungen im Sinne von neuen Bauprojekten. Resultierend aus bisherigen Erfahrungen und den Entwicklungen im Gebiet, steht der ursprüngliche Gedanke, alle Grundstücke an Privatinvestoren zu veräußern, nicht mehr im Vordergrund. Stattdessen sind andere Projektideen in den Fokus gerückt, die von der Fächer GmbH & Co. Stadtentwicklungs-KG als Bauherrin verwirklicht werden. Mit dem »FUX« Festigungs- und Expansionszentrum wurde so 2019 ein erster Neubau fertiggestellt.

Das Thema Beteiligung begleitet den Alten Schlachthof von Anfang an. So waren schon vor Beginn der Konversion des Schlachthofgeländes bürgerschaftliche Vertreterinnen und Vertreter an der Ideenfindung für die Zukunft des Areals beteiligt. Auch das städtebauliche Wettbewerbsverfahren wurde von bürgerschaftlichen Akteuren begleitet. Seit Gründung des Nutzervereins finden regelmäßige Gespräche zwischen ausgeschlachtet e. V., Fächer GmbH, städtischem Kulturamt und Wirtschaftsförderung zum aktuellen Geschehen auf dem Areal und zu seiner Entwicklung statt.

Auch wenn die bauliche Konversion des Alten Schlachthofs Karlsruhe weitestgehend abgeschlossen ist, kann doch nicht von einem ›es ist fertig‹ gesprochen werden. Zeigen sich doch immer wieder andere, neue Herausforderungen, Fragen und Entwicklungsperspektiven.
So finden derzeit aktuelle Themen wie Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität auch Eingang in die Diskussionen und Planungsgedanken. Einem Areal, das durch das Aus seiner ursprünglichen Nutzung vor einer ungewissen Zukunft stand, ist durch einen offensiven, mutigen Umgang mit dem Bestand und ein durchdachtes städtebauliches und wirtschaftliches Konzept zu einem neuen Dasein verholfen worden. Dafür Sorge zu tragen, dass der Alte Schlachthof als ein offenes und lebendiges Quartier fortbesteht, das sich im positiven Sinne weiterentwickelt, bleibt Aufgabe all derer, die mit ihm verbunden sind.

Allgäuer Genussmanufaktur
Leutkirch im Allgäu

Vortrag und Zusammenfassung
Hans-Jörg Henle
Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt
Leutkirch im Allgäu

Christian Skrodzki
Vorstand, Allgäuer Genussmanufaktur eG,
Leutkirch im Allgäu

Forum 6 – Bildung, Arbeit, Produktion: Leutkirch im Allgäu, Allgäuer Genussmanufaktur, Außenansicht

In Leutkirch im Allgäu leben heute rund 23.500 Menschen auf einer Markungsfläche von rund 175 km². Damit ist unsere Stadt flächenmäßig die fünftgrößte Gemeinde in Baden-Württemberg. Die Menschen verteilen sich auf 218 Wohnplätze mit eigenen Namen (!). Alle diese Wohnorte müssen infrastrukturell (Straßen, Wasser, Abwasser, Breitband…) versorgt werden. In der Unterhaltslast der Stadt Leutkirch befinden sich z. B. 400 Kilometer Straßen und 150 Brücken. 15 Feuerwehrstandorte sind mit eigenen Fahrzeugen ausgestattet. Dem Bildungs- und Betreuungsbereich sind 24 Kindergärten- und acht Grundschulstandorte sowie zehn Sport- und Gemeindehallen zuzuordnen.

Diese Ausgangslage führt dazu, dass die Stadt strikt sparen muss und Bürgerinnen und Bürger immer wieder öffentliche Aufgaben übernehmen – und dabei oft Großartiges leisten. Ein Paradebeispiel dafür ist der Leutkircher Bürgerbahnhof. Dieses historische und denkmalgeschützte Gebäude, lange im städtischen Eigentum und in einem sehr schlechten Zustand, wurde von einer Genossenschaft in Erbpacht erworben, von regionalen Handwerkern saniert und in der Folge deutschlandweit mit tollen Preisen ausgezeichnet.

Dieses Erfolgsmodell stand Pate für die ›Allgäuer Genussmanufaktur‹. Auch hier handelt es sich um ein historisches Gebäude, dessen Geschichte bis ins Jahr 1751 zurückreicht. In den letzten Jahrzehnten stand das Gebäude leer. 2017 entstand die Idee, das u. a. als Brauerei genutzte Gebäude in Urlau als Bürger- und Heimatprojekt ›Allgäuer Genussmanufaktur‹ getragen von einer Genossenschaft wieder zu beleben. Am 20. April 2018 erfolgte die Gründung der Genossenschaft, über 800 Genossinnen und Genossen sind beteiligt.

Bei der Umsetzung des Projekts wurde großer Wert auf folgende Aspekte gelegt: auf einen barrierefreien Zugang, Einkaufsmöglichkeiten für ältere Menschen im Dorfladen vor Ort mit regionalen Produkten (max. 75 Kilometer Entfernung), neue Arbeitsplätze, speziell für Frauen, Einsatz regionaler Handwerker aus der Region, Photovoltaik-Anlage auf dem Dach, bestandsbasierte und ressourcenschonende Sanierung, Verwendung vieler regionaler Rohstoffe durch die Genuss- und Kunst-Handwerker.

Diese anspruchsvollen Aspekte konnten alle erfolgreich umgesetzt werden – nach einer intensiven Umbau- und Modernisierungsphase erstrahlt das Gebäude wieder in neuem Glanz. Am 31. August 2019 eröffnete die ›Allgäuer Genussmanufaktur‹ ihre Türen. 90 Jahre nach dem letzten Sud wird in dem alten Gebäude wieder gebraut, gebacken, gebrannt und Käse gelagert. Darüber hinaus wird Kaffee geröstet und verschiedenen Kunsthandwerken nachgegangen.

Die ehrenamtlichen Initiatoren haben sich bewusst für die Unternehmensform der Genossenschaft entschieden. Der Genossenschaftsgedanke orientiert sich nicht an einer Gewinnmaximierung, sondern am Ziel, ein Stück Heimat zu erhalten und die Region für die Zukunft attraktiver zu gestalten. Bei der Genossenschaft haben alle Mitglieder nur ein Stimmrecht – unabhängig von der Höhe ihrer Geldeinlage. Über die Jahreshauptversammlung hat jedes Genossenschaftsmitglied die Möglichkeit mitzubestimmen. Besonders wichtig ist für die Allgäuer ›GenussGenossen‹ die Tatsache, dass sie als Gleichgesinnte gemeinschaftlich mit ihrer Geldeinlage ein Projekt möglich machen, das dem Gemeinwohl dient. Genossen genießen Genuss – und die Gemeinschaft!

Als Fazit können wir festhalten, dass wir mit der ›Allgäuer Genussmanufaktur‹ die Grundsätze der ›Neuen Leipzig-Charta‹: Gemeinwohlorientierung, integrierter sowie orts- und regionsbezogener Ansatz, Beteiligung und Kooperation vorbildlich umsetzen und einen wertvollen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung im Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem leisten konnten.

Konversion der Gewerbefläche ›Birkel-Areal‹
Weinstadt

Vortrag und Zusammenfassung
Thomas Deißler
Erster Bürgermeister, Stadt Weinstadt

Prof. Gerd Baldauf
Baldauf Architekten und Stadtplaner GmbH , Stuttgart

Die Konversion des ›Birkel-Areals‹ war von Anfang an vom Gemeinwohlgedanken geprägt. Auf bereits vorgenutzter Fläche sollten zentrumsnah und gut erreichbar neue Arbeitsplätze mit hoher Qualität und Ausstrahlung entstehen.

Zur Sicherung des Qualitätsniveaus hat die Stadt Weinstadt eine konkurrierende Auswahl von Planervorschlägen gewählt. Der Siegerentwurf wurde konsequent weiterentwickelt und umgesetzt. Wichtig ist dabei nicht nur die Findung einer Idee, sondern der Wille, die Lösungen systematisch und konsequent in die Realität umzusetzen. Dies ist im ›Birkel-Areal‹ trotz vieler Widrigkeiten sehr gut gelungen.

Das Gebiet wird produktiv sein bei gleichzeitiger Qualitätsanhebung im Freiraumbereich. Die Lage an der Rems und die Initiativen und Maßnahmen im Zuge der Gartenschau erbringen ein völlig verändertes Gesicht dieser ehemaligen Industrieanlage. Neue, moderne und zukunftssichere Arbeitsstätten in intakter Landschaft, das war das erklärte Ziel.

Hervorzuheben ist auch die Verfahrens- und Prozessqualität. Derartige Bauleitplanprozesse sind heute hoch komplex, langwierig und diskussionsbehaftet. Das ›Birkel-Areal‹ hat erneut gezeigt, dass moderner Städtebau eine Mannschaftsleistung darstellt, bei der sehr viel unterschiedliches Spezialwissen gebündelt zu einem neuen Ergebnis führt. Gemeinderat, Verwaltung und die beteiligten Fachplaner sind in einem koordinierten Verfahren in eine äußerst attraktive Aufgabe eingebunden worden.

Das ›Birkel-Areal‹ ist mit der Stadt vernetzt, die Freiräume befinden sich in einem System von Grünanlagen, das schwierige Erschließungskonzept sichert ein Miteinander verschiedener Nutzungen im Inneren der Stadt. Insgesamt gesehen, stellt das ›Birkel-Areal‹, obwohl von der Größe begrenzt, damit einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung bereits vorgenutzter Gewerbe- und Industrieflächen dar. Hiermit wird ein Eingriff in die freie Landschaft vermieden, der Innenbereich wird gestärkt und die Lebensqualität dauerhaft verbessert.

Forum 6 – Bildung, Arbeit, Produktion: Weinstadt-Endersbach, Birkelspitze mit ›Kaminhaus‹

Gesprächsrunde

Gäste
Klaus Holaschke
Oberbürgermeister der Stadt Eppingen,
Erster Vizepräsident des Gemeindetags
Baden-Württemberg

Markus Müller
Präsident der Architektenkammer
Baden-Württemberg

Prof. Dr. Markus Müller
Leiter der Abteilung Infrastruktur und
Wohnungsbau, Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
Baden-Württemberg

Martin Riedisser
Geschäftsführer, LBBW Immobilien
Kommunalentwicklung GmbH

Dr. Oliver Weigel
Leiter des Referates Stadtentwicklungs-
politik, Bundesministerium des Innern,
für Bau und Heimat

Die abschließende Gesprächsrunde resümierte die Ergebnisse der Themenforen aus der Perspektive von Bund, Land und Kommunen, der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger sowie der Architektenkammer Baden-Württemberg für die planenden Disziplinen und diskutierte unter Berücksichtigung von Fragen und Kommentaren aus dem Netz Chancen und Herausforderungen für die Praxis.

1

Zum Einstieg in die Gesprächsrunde skizzierte Moderator Andreas Hofer seinen Eindruck vom bisherigen Konferenzdiskurs, der viel von Begriffen wie Prozess, Öffnung und Vertrauen geprägt gewesen sei. Für **Prof. Dr. Markus Müller** haben insbesondere die Ergebnisse aus den Foren bestätigt, was aus stadtentwicklungspolitischer Perspektive auch Sichtweise oder Beobachtung des Landes sei: Die ›Neue Leipzig-Charta‹ thematisiere in einer Art ›Topik‹ vieles von dem, was als richtig anerkannt sei und auch bereits vielfach umgesetzt werde. Allerdings sei nicht auszuschließen, dass die Charta wegen ihrer allgemeinen Begrifflichkeit Gefahr laufe, dass die Vorstellungen davon, was eigentlich der Steuerungscharakter sein solle, verschwimmen würden, etwa im Fall der drei Kerndimensionen der ›gerechten‹, ›grünen‹ und ›produktiven‹ Stadt. Die ›Neue Leipzig-Charta‹ beschreibe mit ihrer Begrifflichkeit eben kein konkretes Handlungsprogramm und auch keine Lösungsansätze, sondern stadtpolitische Ziele, die im Blick behalten werden müssten. Zu deren Umsetzung seien die zur Verfügung stehenden Instrumente geeignet.

Kammerpräsident Markus Müller ging auf die Frage Andreas Hofers ein, wie die baulich-räumlichen sowie die prozessualen und sozialen Qualitäten an Orten, die sich im Wandel befinden, zusammengebracht werden können. Er verwies auf die primäre Rolle von Planerinnen und Planern, Qualitäten zu schaffen, und darauf, dass Qualität kein Selbstzweck, sondern **»das hochrangige Ergebnis von Denk-**

Gesprächsrunde am Nachmittag mit Markus Müller, Präsident der Architektenkammer Baden-Württemberg

Gesprächsrunde am Nachmittag mit Klaus Holaschke, Oberbürgermeister der Stadt Eppingen und Erster Vizepräsident des Gemeindetags Baden-Württemberg

→ Qualität ist kein Selbstzweck, sondern das hochrangige Ergebnis von Denkprozessen.

→ Es gilt, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und Eigeninteressen im Sinne des Gemeinwohls zu bündeln.

prozessen« sei. Die ›Neue Leipzig-Charta‹ beschreibe dabei, **»was wir tun müssen, um die Konversion unserer Gesellschaft unter einer ganzen Reihe von Aspekten zu bewerkstelligen.«** Die Netzwerkkonferenz sei insofern ermutigend, weil die Projektbeispiele zeigen würden, dass es möglich sei, Dinge gut zu machen und auf hohem qualitativem Niveau zu lösen. Dennoch seien die Botschaften der Charta **»eine ziemliche Herausforderung«.** Am Beispiel des klimagerechten Bauens prognostizierte der Kammerpräsident, dass das Ziel eines flächendeckend klimaneutralen Gebäudebestands bis zum Jahr 2050 in quantitativer Hinsicht kaum zu erreichen sei. Ein weiteres Beispiel sei die Frage, wie das Konzept der nutzungsgemischten Stadt adäquat im Baugesetzbuch abgebildet werden könne. Diese Fragen, so der Kammerpräsident, **»müssen wir gemeinsam bearbeiten«: »Wir glauben, dass es gut ist, solche Aufgabenstellungen, solche Innovationen als Lernprozess zu begreifen.«** Dabei verstünden sich Planerinnen und Planer als »Teil der Lösung«, aber sie seien eben auch **»Teil des Teams und derjenigen, die in der Verantwortung stehen, dass wir wichtige Schritte im ganz großen Maßstab nach vorne gehen«.**

2

An **Martin Riedisser** als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger in Baden-Württemberg richtete sich die Frage Andreas Hofers, ob die aktuellen Förderstrukturen tragfähig und robust genug für den Breiteneffekt seien, auf den Kammerpräsident Müller hinsichtlich der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verwiesen hatte. Martin Riedisser schickte vorweg, dass die Diskussion über die Mittelausstattung der Städtebauförderung und anderer Förderinstrumente in Baden-Württemberg auf einem hohen Niveau geführt werde. Nicht nur in den Großstädten, sondern gerade auch in kleineren Kommunen könnten mit ihrer Hilfe interessante Projekte verschiedenster Art realisiert werden. Im Sinne eines Appells wies Martin Riedisser darauf hin, dass es sich dabei aber und insbesondere mit Blick auf die Umsetzung der ›Neuen Leipzig-Charta‹ um zeitintensive Verfahren

→ Kommunen sind die Orte der Wahrheit, weil sie die Orte der Wirklichkeit sind.

Gesprächsrunde am Nachmittag mit Dr. Oliver Weigel, Leiter des Referates Stadtentwicklungspolitik beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

→ Wir müssen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen einen gleichberechtigten Ansatz sicherstellen, in dem man sich auf Augenhöhe begegnet.

3

bzw. Projekte handele, nicht zuletzt, weil es gelte, **»die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und Eigeninteressen im Sinne des Gemeinwohls zu bündeln«.** Man könne also durchaus von einer »Herkulesaufgabe« sprechen, die ›Neue Leipzig-Charta‹ in die Fläche zu bringen. Dabei helfe, dass die Städtebaufördermittel in Baden-Württemberg effektiv eingesetzt würden, was den Kommunen zu danken sei, die ihren Teil dazu beitrügen, dass die Fördermittel Realitäten schaffen und vorzeigbare Ergebnisse liefern.

Für den Gemeindetag Baden-Württemberg schloss **Oberbürgermeister Klaus Holaschke** an, dass die Kommunen seit nunmehr fünf Jahrzehnten die Instrumente der Städtebauförderung dankbar nutzten. Die Konferenz habe bewusstwerden lassen, dass damit ein hilfreicher Rahmen geschaffen sei, dass man aber auch **»von unten nach oben denken«** müsse. Nicht von ungefähr heiße es, dass die **»Kommunen die Orte der Wahrheit seien, weil sie die Orte der Wirklichkeit sind«.** Alle Themen der ›Neuen Leipzig-Charta‹ führten dabei vor Augen, wo wir uns gesamtgesellschaftlich hinbewegen.

Für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, ging **Dr. Oliver Weigel** auf die nationale und europäische Bedeutung der ›Neuen Leipzig-Charta‹ als Ausdruck einer gemeinsamen Haltung gegenüber dem gebauten Raum ein, nahm aber zunächst Bezug auf die Aussage von Oberbürgermeister Holaschke, die Kommune sei »Ort der Wahrheit«. So sei die ›Neue Leipzig-Charta‹ davon geprägt, dass die Lösungen für die drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen, aber auch die Potenziale, die mit den Transformationsprozessen verbunden sind, in den Kommunen liegen: **»Alle Ziele, ob das Klimaziele sind, ob das gesellschaftspolitische oder wirtschaftspolitische Ziele sind, erreichen wir dort, oder wir scheitern dort.«** Die Netzwerkkonferenz Baukultur habe im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ daher einen wichtigen Bogen geschlagen zwischen dem Thema Baukultur und der strategischen Weiterentwicklung der Städte, bei der seit 2007 gravierende Veränderungen in der Art der Herausforderungen und der Umsetzung festzustellen seien. Darin, aber auch in der Nachfrage nach der Expertise deutscher Stadtentwicklung und den seit 2007 verabschiedeten internationalen Dokumenten mit Bezug zur Stadtentwicklung sei u. a. die Aktualisierung der ›Leipzig-Charta‹ begründet. Die ›Neue Leipzig-Charta‹ bilde die Inputs von bis zu 70 Stakeholdern ab, die im Rahmen nationaler sowie internationaler Treffen am Fortschreibungsprozess intensiv beteiligt waren. In den Foren der Netzwerkkonferenz sei viel von dem zu hören gewesen, worauf die Charta im Ergebnis fokussiere: **»Offensichtlich ist es gelungen, diesen Prozess so zu gestalten, dass er eine Relevanz für die Arbeit in den Kommunen hat.«**

Als sehr bedeutsames Ergebnis des Fortschreibungsprozesses beschrieb Dr. Weigel den Konsens der 27 Mitgliedsstaaten über die explizite Aufnahme der Gemeinwohlorientierung in die ›Neue Leipzig-Charta‹. Gleichfalls keineswegs selbstverständlich sei es, wenn die Charta fordere, dass die Kommunen rechtlich und finanziell in die Lage versetzt werden, kontinuierlich ihre Aufgaben bewältigen zu können. Ein drittes wichtiges Ziel sei schließlich die Mehrebenen-Zusammenarbeit, denn **»wir müssen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen einen gleichberechtigten Ansatz, in dem man sich auf Augenhöhe begegnet, sicherstellen. […] Dies ist eine wichtige Botschaft der Charta und eine Arbeitsgrundlage für uns.«**

Auf die Rückfrage Andreas Hofers, ob denn die Kommunen so ausgestattet seien, dass sie diese Herausforderungen annehmen könnten, zeigte sich **Oberbürgermeister Holaschke** zuversichtlich. Das Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung in Baden-Württemberg sei ein exzellenter Hebel dafür, dass die Themen der Zukunft bewältigt werden können. Seitens der Mitgliedskommunen des Gemeindetags Baden-Württemberg bestehe indes der Wunsch nach einer Verstetigung oder

Gesprächsrunde am Nachmittag mit Martin Riedisser, Geschäftsführer der LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH

4

→ Mit einer guten Kultur der Planung, der Stadtentwicklung und der Dichte würden wir eine ganze Reihe von kritischen Anfragen nicht haben.

→ Um Planungsrecht ausüben zu können, brauchen die Kommunen Grund und Boden.

einer höheren Dotierung der Bund-Länder-Mittel. Man dürfe nicht vergessen, dass die Kommunen mit 40 Prozent der Fördersumme selbst beteiligt seien. Außerdem würden die Kommunen in den folgenden Jahren vor große Herausforderungen gestellt, was die Verstetigung der Finanzen umso dringlicher mache.

Fragen, die seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Netz gestellt wurden, betrafen erstens die Eignung der neu strukturierten Städtebauförderprogramme zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Mit Bezug auf § 13b des Baugesetzbuchs (BauGB) wurde zweitens gefragt, ob in den gesetzlichen Regelungen der Aspekt der Qualitätssicherung ausreichend berücksichtigt sei. **Oberbürgermeister Holaschke** votierte dafür, dass die Regelung nach § 13b BauGB – unter Abwägung aller Aspekte – wiederaufleben sollte, da mehr Wohnraum im Gleichklang mit sozialen und ökologischen Aspekten geschaffen werden müsse.

Kammerpräsident Markus Müller stellte zunächst mit Bezug auf die erste Frage fest, dass die Städtebauförderung für unterschiedlichste Fragestellungen der Stadtplanung offen sei. Auf die zweite Frage eingehend, gab er zu bedenken, dass vereinfachte Verfahren – mit Ausnahme des § 13b BauGB – an sich zwar prinzipiell richtig seien, dass sie aber qualifiziert aufzusetzen seien, insbesondere auf Basis städtebaulicher Debatten mit Beteiligung der Bürgerschaft. Darin wäre aus Sicht der Planerinnen und Planer ein gangbarer Kompromiss und eine Option zu sehen, die Chance der Verfahrenserleichterung zu nutzen.

Für das Wirtschaftsministerium wies **Prof. Dr. Müller** darauf hin, dass die planungsrechtliche Vorschrift des § 13b BauGB und das Instrument der Städtebauförderung grundsätzlich unabhängig voneinander zu betrachten seien, da sich ein Gebiet nach § 13b BauGB im Außenbereich befinde, die Gebietskulisse der Städtebauförderung aber der Innenbereich sei. Prof. Dr. Müller hob den Stellenwert der praktizierten Planungskultur und die damit verbundene Qualität der Prozesse hervor: **»Mit einer guten Kultur der Planung, mit einer guten Kultur der Stadtentwicklung, übrigens auch mit einer Kultur der Dichte, würden wir eine ganze Reihe von kritischen Anfragen – auch an den § 13b – nicht haben.«** Der ›Neuen Leipzig-Charta‹ gehe es ja häufig um die Haltung der Akteure, so auch im Fall der Gemeinwohlorientierung. Bei ihr handele es sich um ein offenes Konzept, denn der Begriff sage selbst substanziell nicht aus, was das Gemeinwohl sei. In Deutschland verbinde sich mit ihm indes die von Rousseau entwickelte Idee des »volonté général«, des Gemeinwillens, weshalb die gewählte Begrifflichkeit in ganz Europa sicherlich gut zu vertreten sei.

Im Hinblick auf den Topos Partizipation gehe es im Endeffekt im besten Fall darum, wie durch Partizipation mehr Qualität erreicht werden könne, beispielsweise im Dialog der Akteure: Im Idealfall habe der Architekt ein gutes Verständnis für den Nutzer, für das, was er tatsächlich brauche und wolle. Die Bauherrschaft wiederum brauche eine hohe Kommunikationsfähigkeit und ein möglichst gutes, für Laien machbares Verständnis von Architektur. Aus dieser Konstellation resultiere die beste Architektur. Gleiches gelte für Planungsprozesse, wenn die Beteiligung einer qualifizierten Bürgerschaft nicht nur zu einem legitimeren, sondern einem besseren Ergebnis führe. Gestaltungsbeiräte könnten in diesem Zusammenhang ein hilfreiches Instrument sein.

Martin Riedisser verwies darauf, dass Regelungen wie im Fall des § 13b BauGB letztlich als ›Ventil‹ für die nicht gelöste Bodenfrage entstanden seien: **»Um Planungsrecht ausüben zu können, brauchen die Kommunen Grund und Boden.«** Ähnlich verhalte es sich bei dem Instrument der bereits diskutierten Innenentwicklungsmaßnahme. Sie sei eine Option dahingehend gewesen, dass Kommunen in den Besitz der Flächen kommen, die es für Innenentwicklung oder Konversionen brauche. Mit der Wohnraumoffensive habe Baden-Württemberg nun ein Förderprogramm aufgelegt, das in diese Richtung gehe.

Gesprächsrunde am Nachmittag, am Mikrofon Prof. Dr. Markus Müller, Leiter der Abteilung Infrastruktur und Wohnungsbau beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

→ Das Entscheidende ist die rechtliche Grundlage, auf der die Städtebauförderung läuft und die ihre Anwendung klarer macht.

Dr. Weigel bekräftigte die Aussagen der Vorredner, dass der Fokus auf Qualität gerichtet werden müsse. In Partizipation und Ko-Kreation liege ein großes Potenzial und aus den Prozessen in den Quartieren könne viel gelernt werden. So habe man bei Projekten der ›Nationalen Stadtentwicklungspolitik‹ beispielsweise die Erfahrung gemacht, dass die Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern oder anderen Akteuren hinsichtlich übertragbarer Instrumente sehr wertvoll seien. Festzustellen sei in der Tat aber auch, dass Kommunen mehr und mehr zum Manager von Interessen würden und dabei das Ziel des Gemeinwohls im Blick behalten müssten. Von daher bestehe die Aufgabe, die Vielfalt der Instrumente weiterzuentwickeln, wie es im Fall der Städtebauförderung nun seit 50 Jahren der Fall sei, ohne dass das Programm selbst in Frage gestellt worden sei. Häufig werde gerade auch aus dem internationalen Kontext heraus gefragt, wie ein Instrument möglich wäre, das über viele Legislaturperioden hinweg unumstritten war und relativ schnell anwendbar gewesen sei: **»Das Entscheidende ist die rechtliche Grundlage, auf der die Städtebauförderung läuft und ihre Anwendung klarer macht.«**

5

Die Schlussrunde eröffnete **Dr. Weigel** mit seiner Einschätzung zu einer Frage aus dem Publikum zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die integrierte Stadtentwicklung. Diese sei, beispielsweise im Hinblick auf das Ziel einer nachhaltigen, stadtverträglichen Mobilität, eine große **Chance.** Der Projekt-Aufruf der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zur ›Post-Corona-Stadt‹ habe deutlich gezeigt, dass die Möglichkeiten einer digitalen vernetzten Stadt dazu beitragen würden, etwa den Aufbau sozialer Unterstützung der Menschen untereinander enorm zu beschleunigen. Mit dem Smart-City-Netzwerk der Bundesregierung verfolge man mit Blick auf die Nutzung der Chancen das Ziel, dass Kommunen und Anbieter digitaler Lösungen zunächst einmal auf eine gemeinsame Kommunikationsebene gebracht werden.

Oberbürgermeister Holaschke berichtete bestätigend, dass die Frage von potenziellen Neu-Bürgerinnen und -Bürgern oder Investoren häufig zuerst dem Ausbaustand von Internet, Breitband- oder Glasfaserverkabelung gelte. Zugleich nutzte er die Schlussrunde, um nochmals auf den im Verlauf der Netzwerkkonferenz thematisierten Eigentumsbegriff und die Wohnraumnachfrage einzugehen: Wenn es in einer Stadt wie Eppingen nicht gelänge, Bauplätze zur Verfügung zu stellen, weil sich Verhandlungen über Grundstücke jahrelang hinzögen, könne dies vor dem Hintergrund der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nicht gerecht sein. Es beträfe ökologische, soziale und somit zukunftsgerichtete Aspekte, auf Bauplätze, die eigentlich vorhanden sind, auch Zugriff zu haben.

Auf den Bereich der Digitalisierung, genauso wie die Prozesse der Stadtentwicklung und der Bürgerbeteiligung sowie die Städtebauförderung blickend, bewertete **Martin Riedisser** die Weiterentwicklungen positiv. In Richtung des Landes sei das Signal, auf dieser Linie gemeinsam weiterzuarbeiten. Seitens des Bundes sei im Fall der Umsetzung der Programme und der Verteilung der Mittel ein Mehr an Flexibilität wünschenswert, um den Anforderungen, die sich gerade im Bereich der Digitalisierung stellen, noch besser gerecht werden zu können. Wichtig sei schließlich, Wohnen und Arbeiten bzw. Gewerbe stärker in Einklang zu bringen, sie gemeinsam zu denken und zu entwickeln.

6

Prof. Dr. Müller ging auf die Frage aus dem Netz ein, wie die Städtebauförderung darauf ausgerichtet werden könne, dass öffentliche Räume an Bedeutung gewinnen, und, ob bzw. wo ggf. auch neue Ideen in den Instrumenten vonnöten seien. Er zeigte sich überzeugt, dass die vorhandenen Instrumente der Städtebauförderung geeignet seien, um auf alle, auch neue Herausforderungen angemessen reagieren zu können. Hinsichtlich der wachsenden Wertschätzung öffentlicher

→ Wenn wir wirklich gute öffentliche Räume haben wollen, die aneignungsfähig und funktional sind, dann müssen sie gestalterische Qualitäten und Eigenheiten haben.

→ Bürgerbeteiligung ist, wenn sie gut gemacht ist, ein hervorragendes Instrument der Architektur- und Stadtplanungsvermittlung.

Gesprächsrunde am Nachmittag moderiert von Andreas Hofer

Räume mahnte Prof. Dr. Müller die grundlegende Bedeutung gestalterischer Qualität an: **»Wenn wir wirklich gute öffentliche Räume haben wollen, die aneignungsfähig und funktional sind, […] dann müssen sie gestalterische Qualitäten und Eigenheiten haben.«** Im Fall der Digitalisierung sei klar, dass diese unumkehrbar sei und hier massiv investiert werden müsse. Allerdings sei bezüglich der Frage, ob die Digitalisierung in jedem Fall hilfreich sei, eine differenzierte Betrachtungsweise vonnöten. Der während der Covid-19-Pandemie zu verzeichnende Schub beim Online-Shopping sei für die Situation der Innenstädte jedenfalls nicht hilfreich. Außerdem müsse man an die sozialen Folgen der Pandemie denken, etwa in Form eines »digitalen Hospitalismus« (Werner Bruns), der in der Forschung diskutiert werde. Digitale Nähe werde die tatsächliche Nähe langfristig eher nicht ersetzen können.

7

Kammerpräsident Müller antwortete auf die Fragen aus dem Netz, wie dieses Architektur- bzw. Baukulturverständnis und diese hochkarätigen Diskussionen einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden könnten. Brauche es die Schulstunde zur Baukultur? Wie könne etwa über das Lernen aus der Vergangenheit oder über die Diskussion städtischer Qualitäten größere Akzeptanz, mehr Mitwirken in der Bevölkerung geweckt werden? Der Kammerpräsident konstatierte, dass Bürgerbeteiligung, **»wenn sie gut gemacht ist, ein hervorragendes Instrument der Architektur- und Stadtplanungsvermittlung«** sei, weil so die Einflussfaktoren von Gestaltung nachvollziehbar würden, beispielsweise Fragen der Raumqualität, der Dichte, der Nutzungsmischung oder unterschiedlicher Lebensstile etc., die mit Blick auf eine kluge Lösung abgewogen werden müssten. Beteiligung habe insoweit einen wichtigen Qualifizierungseffekt und sei ein erstrebenswertes Ziel. Zudem müsse akzeptiert werden, dass Transformationen jeder Art Ängste und Fragen auslösen. Planerinnen und Planer seien rechtfertigungspflichtig, weil sie die Lebensbedingungen von Menschen verändern. Daher sei in offenen Prozessen auf Ängste bewusst einzugehen und der Hintergrund von Planungszielen etc. transparent zu machen. In diesem Zusammenhang müsse es auch darum gehen, verständlicher zu sprechen und die Nachvollziehbarkeit von Planung in der Kommunikation zu berücksichtigen.

Im Kontext der ›Neuen Leipzig-Charta‹ gebe es zentrale gesellschaftliche Aufgaben, bei deren Lösung Planerinnen und Planer eine zentrale Rolle spielen. Zu beachten sei, so **Kammerpräsident Müller,** dass es sich bei diesen Aufgaben nicht um voneinander unabhängig zu betrachtende Teilziele (Klimaschutz oder sozialer Wohnungsbau) handele. Vielmehr brauche es ganzheitliche Lösungen für die sich stellenden Aufgaben. Auch unter Berücksichtigung weiterer Aspekte, etwa dem Ausbau der Photovoltaik, sei daher die entscheidende Frage, wie es gelingen könne, **»Veränderung so zu gestalten, dass sie am Ende baukulturellen Wert hat«.**

Insofern führe die ›Neue Leipzig-Charta‹ einiges an Aufgaben mit Lösungsbedarf vor Augen, sei es im Bereich der Regulatorik, sei es aber insbesondere auch im Bereich inhaltlicher Fragen. In diesen liege ein beträchtliches Innovationspotenzial, weil es dabei um neue Technologien, Bauformen und Planungsszenarien oder auch Fragen des Zusammenlebens bis hin zu neuen Gebäudetypologien gehe. Das werde im Sinne der Dimension der ›gerechten‹ Stadt am Beispiel des Bedarfs nach sozialer Assistenz deutlich, die im Rahmen der Quartiersentwicklung enorm an Bedeutung gewonnen habe, aber auch wiederum integriert betrachtet und in den Kommunen gelöst werden müsse.

Andreas Hofer schloss diese Gesprächsrunde und die Netzwerkkonferenz mit einer Sentenz von **Bürgermeister Michael Ruf: »Wir wollen einen guten, schönen Ort haben.«**

Fazit

Fazit

Die Netzwerkkonferenz Baukultur Baden-Württemberg ›Zukunft Stadt‹ am 28. Januar 2021, zugleich Auftakt zum Jubiläumsjahr ›50 Jahre Städtebauförderung‹, war der ›Neuen Leipzig-Charta‹ gewidmet. ›Gemeinwohlorientiert‹ und ›gemeinsam‹ – diese beiden aus der Charta abgeleiteten zentralen Attribute zukunftsgerechter Stadtentwicklung bestimmten den Konferenzdiskurs: Welche neuen Impulse sollen mit diesen beiden Begriffen für die Stadtentwicklungspolitik, für die Planungs- und Baukultur gesetzt werden? Die Herausforderungen, die sich in Städten und Gemeinden stellen, verändern sich jedenfalls permanent und so müssen sich auch die Instrumente anpassen, mit denen Städte und Gemeinden entwickelt werden. Der Klimawandel und die Covid-19-Pandemie zeigen beispielsweise, dass langlaufende und tiefgreifende Veränderungsprozesse, genauso wie unerwartet auftretende, aber nicht weniger folgenreiche Ereignisse, sowohl unsere Vorstellungen von einer stabilen, robusten Welt, als auch die Effektivität eingeübter Entwicklungsverfahren und -prozesse in Frage stellen können.

Die ›Neue Leipzig-Charta‹ bedeutet nun aber keinen radikalen Paradigmenwechsel im Grundverständnis nachhaltiger Entwicklung. Sie löst die ›Leipzig-Charta‹ aus dem Jahre 2007 nicht ab, sondern schreibt sie fort. Der dort umfassend definierte Begriff der Nachhaltigkeit wird nicht ersetzt, auch nicht durch den Begriff der Resilienz. Er wird aber vor dem Hintergrund der

Analysen und Impulse des zweijährigen Dialogprozesses, welcher der Verabschiedung der ›Neuen Leipzig-Charta‹ vorausging, aktualisiert und geschärft: Gemeinwohlorientierung und gemeinsame Gestaltungsprozesse sollen den Kompass eines neuen Commitments über zukunftsgerechte Stadtentwicklungspolitik in Europa bilden und eine Selbstvergewisserung nicht nur der einschlägigen Akteure, sondern der Gesellschaft insgesamt darüber anstoßen, in welcher Welt wir morgen leben wollen. Wie sind die Begriffe ›Gemeinwohl‹ und ›gemeinsam‹ also zu füllen und im Hinblick auf die Praxis vor Ort zu operationalisieren? Worin besteht die transformative Kraft der Städte und Gemeinden und woran zeigt sie sich? Die ›Neue Leipzig-Charta‹ formuliert dafür drei Kerndimensionen: Städte und Gemeinden sollen ›grün‹, ›gerecht‹ und ›produktiv‹ sein.

Die Themenforen der Netzwerkkonferenz haben diese Dimensionen am Beispiel von Projekten ganz unterschiedlicher Art auf baukulturelle Schlussfolgerungen hin beleuchtet und gezeigt, dass Vieles von dem, was die Charta formuliert, bereits umgesetzt wird. Die Foren haben aber auch gezeigt, dass die drei Kerndimensionen nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Vielmehr bilden sie im Ergebnis idealer Weise einen resilienten Wirkungskomplex. Als verbindende bzw. integrierende Entwicklungsziele wurden in diesem Zusammenhang insbesondere herausgearbeitet: Nutzungsmischung bzw. Multifunktionalität, Aneignungsoffenheit und Anpassungsfähigkeit, schonende Bestandsentwicklung und Flächenaktivierung im Innenbereich, Ressourcenschutz und Effizienz, Ortsbezug und Ästhetik. Diese Qualitäten haben ihre Bewandtnis bei der Schaffung von Wohnraum im Rahmen einer integrierten Quartiersentwicklung genauso wie bei den damit verknüpften Querschnittthemen Öffentlicher Raum, Mobilität, Grün-blaue Infrastruktur sowie Bildung, Arbeit und Produktion. Integrierte Entwicklungskonzepte verknüpfen sie zu einer in den Einzelzielen flexiblen, in der Langfristperspektive aber auf eine nachhaltige und resiliente Entwicklung ausgerichteten Handlungsstrategie. So können Städte und Gemeinden transformative Kräfte für das Gemeinwohl entfalten und als Labore und Impulsgeber für eine nachhaltige Gesellschaft wirksam werden.

Dieser »qualitative Sprung« fordert von den Akteuren, letztlich aber von der Gesellschaft insgesamt, eine »neue Haltung« ein, wie in der Gesprächsrunde am Vormittag formuliert wurde: Eine nachhaltige Transformation braucht einen »gesellschaftlichen Aufbruch« (S. 19). Die ›Neue Leipzig-Charta‹ beschreibt darum fünf strategische Prinzipien guter Stadtentwicklungspolitik, die sich auf die Attribute ›gemeinwohlorientiert‹ und ›gemeinsam‹ zuspitzen lassen. Im Konferenzdiskurs

kristallisierten sich Kooperation im Sinne des Mehrebenen-Ansatzes und vor allem Ko-Produktion, das »gemeinsam Stadt machen« mit den Bürgerinnen und Bürgern, als Leitbegriffe heraus. Zudem wurde festgestellt, dass es für gelingende Ko-Produktion Permanenz braucht, damit sich Bürgerinnen und Bürger als substanziell beteiligte, ›echte‹ Partner und ggf. auch als Investorin oder Investor sehen können. Weiterhin sind die direkte und motivierende Ansprache der Bürgerinnen und Bürger und ein tieferes Verständnis gerade auch der Teile der Bevölkerung wichtig, die sich nicht aus eigenen Stücken einbringen oder sich als nicht gefragt betrachten. Gemeinwohlorientierte Partizipationskultur meint vor diesem Hintergrund auch, dass die Kommunalpolitik nicht zuletzt die Anliegen der Schwächsten zu vertreten hat (repräsentative Partizipation). Nicht ausschließlich, aber insbesondere auch von Seiten der Planenden wird eingefordert, weit vorausschauend zu denken und eine generationenübergreifende Langfristperspektive anzulegen, die für eine nachhaltige Entwicklung unverzichtbar ist.

Den qualitativen Sprung von der Beteiligung einräumenden Partizipation zum erweiterten Verständnis von Kooperation in einem langfristig angelegten Prozess ließen auch die Themenforen am Nachmittag erkennen, so Forum 1 ›Neue Quartiere – Effizienz, Gestalt, Prozess‹. Die Projektbeispiele machten deutlich, dass die Dimensionen nachhaltiger Stadtentwicklung letztlich nur in einem ganzheitlichen, integrierten Entwicklungskonzept adäquat abbildbar sind, da Ziele wie beispielsweise Energieeffizienz, Klimaanpassung oder nachhaltige Mobilität einen Entwicklungskomplex mit vielfältigen Schnittstellen bilden. Günstige Faktoren für effektive gemeinsame Entwicklungs- und Gestaltungsprozesse sind beispielsweise, dass die Kommunalpolitik mutige Entscheidungen trifft und prozessoffen denkt, dass die Verwaltungen personell angemessen ausgestattet sind und dass zu Beteiligende, also die Bewohnerinnen und Bewohner, zu mitplanenden Akteuren werden. Forum 2 ›Quartiere 2.0 – Bestand, Gemeinschaft, Integration‹ kam zu einem ähnlichen Ergebnis. Dauerhafte, kooperativ angelegte Entwicklungsprozesse stellen eine Notwendigkeit für eine lebendige, vielfältige und gemeinschaftliche Stadt dar. Solchermaßen angelegte Projekte können einen Mehrwert entfalten, der in die lokale Gesellschaft hineinwirkt, Gemeinschaft stiftet und Integration ermöglicht. Ko-Produktion kann somit Beheimatung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Verantwortung für das Gemeinwohl auf breiter Ebene fördern.

Die praktische Bedeutung des von der ›Neuen Leipzig-Charta‹ formulierten Mehrebenen-Ansatzes kam besonders in Forum 3 ›Zukunftsgerechte Mobilität‹ zum Ausdruck. Der Wandel hin

zu einem nachhaltigen, multimodalen und regional gut integrierten Mobilitätssystem stellt sich als ein generationenübergreifender, adaptiver Prozess und insoweit als langfristige und keineswegs nur planerische Aufgabe dar, da er mit der Änderung von Verhaltensmustern einhergeht und eine kulturelle Transformation auf gesellschaftlicher Ebene bedeutet. Daher ist es wichtig, Schnittstellen zu identifizieren und Akteure bzw. Bürgerinnen und Bürger von Beginn an und kontinuierlich einzubinden. Aus der Vielschichtigkeit der Funktionen öffentlicher Räume und ihrer Impulswirkung auf ihr Umfeld leiteten sich in Forum 4 ›Öffentliche Räume‹ gleichgelagerte Rückschlüsse für ein konstruktives Zusammenwirken der Bevölkerung und beratender Experten ab. Wesentlich ist, dass alle Akteure ein solides Grundvertrauen zueinander haben. Und auch in diesem Forum wurde deutlich, dass gemeinschaftliches Zusammenwirken nicht mit einem Projektabschluss enden sollte. Denn die spätere Aneignung und Nutzung öffentlicher Räume ist gleichfalls Ko-Produktion: von Gesellschaft und lebendigen Orten.

In Forum 5 ›Grün-blaue Infrastruktur‹ wurde die hohe Relevanz des integrierten und vernetzten Denkens und Planens anhand der Multifunktionalität von Grün- und Freiräumen deutlich, mit der ein erheblicher sozialer, ökologischer und ökonomischer Mehrwert verbunden ist. Für die frühzeitige, transparente und permanente Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sind feste Ansprechpersonen, beispielsweise in Gestalt von ›Kümmerern‹ als zentrale Anlaufstelle, hilfreich. Besondere Herausforderungen stellt schließlich auch die räumliche Mischung von Nutzungen im Sinne der ›produktiven‹ Stadt, die in Forum 6 ›Bildung, Arbeit, Produktion‹ diskutiert wurde. So geht es um die Entwicklung neuer Ansätze für die Verbindung von Arbeit bzw. Produktivität und Leben, beispielsweise aktuell mit Blick auf die Sicherung und Stärkung durchmischter vitaler Ortskerne und Innenstädte. Vor dem Hintergrund nicht selten kollidierender Ansprüche hat die repräsentative Partizipation besonderes Gewicht, bei der die Belange möglichst aller Akteure berücksichtigt sowie gegensätzliche Interessen untereinander abgewogen werden. Mut, Vertrauen und mitunter auch eine neue Fehlerkultur sind zudem die ›skills‹, die dabei helfen, neue Lösungsansätze und Leitlinien erproben zu können.

Angesichts dieser ambitionierten, aber eben auch chancenreichen Perspektiven für eine zukunftsgerechte Planungs- und Baukultur im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ kam in der abschließenden Gesprächsrunde kein Zweifel auf, dass die Botschaften der Charta eine »ziemliche Herausforderung« (s. S. 61) darstellen. Das Abschlusspodium war sich einig, dass die Lösungen für die sich stellenden Aufgaben und damit aber

auch die Chancen, die mit den Transformationsprozessen verbunden sind, in den Kommunen liegen. Die Charta betrachtet Städte und Gemeinden als »Experimentierfelder für neue Problemlösungsansätze und soziale Innovationen« und betont die Bedeutung ihrer Handlungsfähigkeit, um ihre »transformative Kraft entfalten, dynamisch auf sich rasant verändernde Rahmenbedingungen reagieren und eine hohe Lebensqualität garantieren zu können«. Mit Blick auf diese »Herkulesaufgabe« (s. S. 62) würdigte das Abschlusspodium die Städtebauförderung von Bund und Ländern als probates Instrument, dessen Verstetigung und höhere Dotierung sich die Kommunen und die Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger in Baden-Württemberg wünschen. Aus Sicht der Kommunen sind die Verfügbarkeit von Grund und Boden sowie der (Zwischen-)Erwerb von Schlüsselgrundstücken bzw. -immobilien weitere wichtige Faktoren zielgerichteter kommunaler Handlungsfähigkeit.

Neben der finanziellen Unterstützung stand und steht auch künftig die Begleitung der Umsetzung der Leipzig-Charta durch die ›Nationale Stadtentwicklungspolitik‹ – eine Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen – oder durch die Initiative Baukultur Baden-Württemberg, die mit ihren Netzwerkkonferenzen und Kooperationsformaten Plattformen für den Austausch über eine zukunftsgerechte Entwicklung von Städten und Gemeinden bietet. Die Netzwerkkonferenz Baukultur stand 2021 unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie, was den Blick zusätzlich dafür schärfte, dass Stadt und Stadtentwicklung bei allen Vorteilen, die mit digitalen Formaten beispielsweise für die soziale Vernetzung verbunden sind, letztlich immer ›analog‹ bleiben werden. Der direkte persönliche Austausch und das soziale Miteinander können nicht ersetzt werden, denn Menschen sind in Wahrnehmung, Denken und Fühlen und Handeln auf alle Sinne angelegt, was für den Diskurs über eine qualitätvolle, nachhaltige Planungs- und Baukultur zentral ist. So standen den Begriffen ›gemeinwohlorientiert‹ und ›gemeinsam‹ am Ende die Begriffe ›Prozess‹, ›Öffnung‹ und ›Vertrauen‹ zur Seite. Für eine gute Baukultur im Sinne der ›Neuen Leipzig-Charta‹ wird es insbesondere in einer Zeit der großen Transformationen, die von Ängsten und Fragen der Menschen begleitet werden, entscheidend sein, wechselseitiges Verständnis und hohe Kommunikationsfähigkeit zu entwickeln, um das Potenzial von Partizipation und Ko-Produktion nutzen zu können. Dies ist für alle Akteure ein Lern- und Entwicklungsprozess, zu dem die Netzwerkkonferenz ›Zukunft Stadt‹ einen praxisorientierten Beitrag leisten sollte.

Mitwirkende

Afshin Arabzadeh

Dipl.-Ing. Freier Architekt BDA. Geboren in Teheran (Iran); 1989–96 Studium der Architektur an der Universität Stuttgart, am Politecnico di Milano und an der Akademie der Bildenden Künste Stuttgart. 1998–2007 Mitarbeit bei weinbrenner.single. architektenwerkgemeinschaft, Nürtingen, seit 2008 Partner der weinbrenner.single.arabzadeh.architektenwerkgemeinschaft Nürtingen / Stuttgart. 2011–18 Lehrtätigkeit an der Universität Stuttgart. Seit 2011 Mitglied im Bund Deutscher Architekten BDA. Seit 2014 Preisrichtertätigkeit bei Architekturwettbewerben.

Prof. Dr.-Ing. Gerd Baldauf

Freier Architekt BDA und Stadtplaner. Studium der Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart; Promotion zum zum Dr.-Ing. an der Universität Stuttgart; 1973–89 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart. Seit 1975 praktische Tätigkeit, 1982 Gründung des eigenen Büros, Tätigkeitsschwerpunkte sind städtebauliche Projekte u. a. in den Bereichen Stadterneuerung, Innenentwicklung, Konversion, Bauleitplanung, Freiflächengestaltung, Städtebauliches Projektmanagement, Hochbau und Gebäudesanierung. 1989–2005 Lehrbeauftragter am Städtebauinstitut der Universität Stuttgart im Fach Stadterneuerung; seit 2005 Honorarprofessor am Städtebauinstitut der Universität Stuttgart. Berufung in den BDA am 27.11.1997. Zahlreiche Veröffentlichungen, Preise und Auszeichnungen.

Tobias Baldauf

Landschaftsarchitekt und Stadtplaner. Seit 2001 kultiviert er als Kopf von bauchplan).(gemeinsam mit seinen Partnern offene Gestaltungsprozesse an der Schnittstelle zwischen Raum, Gesellschaft und Umwelt in Studios in München, Wien und Köln. Das transdisziplinäre Kollektiv verfügt über eine breite, internationale Expertise in partizipativen Prozessen sowie der Planung und Umsetzung zukunftsfähiger und klimagerechter Stadtbausteine; zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2018, dem Deutschen Städtebaupreis 2016, dem Deutschen Landschaftsarchitekturpreis 2017 in der Kategorie Teilhabe und Planung sowie der Auszeichnung für Beispielhaftes Bauen der Architektenkammer Baden-Württemberg. Lehrtätigkeit u. a. an der ETH Zürich, der TU München und der Universität für Bodenkultur in Wien. Seit 2009 Mitglied der Jungen Akademie der Künste (Sektion Baukunst) in Berlin.

Dirk Bastin

Geboren 1976 in Velbert. Nach Abitur und Zivildienst zunächst Grundstudium in den Studiengängen BWL – Bau und Immobilien in Biberach und Architektur in Münster; 1999–2003 Studium an der Hochschule Biberach, Abschluss als Ingenieur für Gebäudeklimatik. Im Anschluss Mitarbeit bei Ebert-Ingenieure, München, berufsbegleitendes Masterstudium in Gebäudemanagement; ab 2004 Tätigkeiten beim Klinikverbund Südwest, verantwortlich für alle Klinikgebäude der Landkreise Böblingen und Calw, ab 2006 Technischer Leiter des KBZO in Weingarten; 2007–13 Leiter des Amts für Architektur und Gebäudemanagement im Baudezernat der Stadt Ravensburg; 2013–2015 Baudezernent bei der Stadt Ravensburg; seit 2. Juli 2015 Bürgermeister der Stadt Ravensburg für das Dezernat III (Bau- und Umweltverwaltung). Seit 2018 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG (TWS).

Dario Becci

Geboren 1974 in Neapel (Italien). Studienabschluss als Werbefachmann (Kommunikation) an der Università per Stranieri di Perugia (Italien); immatrikuliert für den Bachelorstudiengang in Italienische Sprache und Kultur für das Lehramt (Italienisch als Fremd- und Zweitsprache) an der Università per Stranieri di Siena (Italien). Berater bei Sozialangelegenheiten (Beratung und Betreuung bei Renten-, Sozial- sowie Integrationsangelegenheiten) bei Patronato EPASA-ITACO Cittadini e Imprese/CNA (Sozialer Dienst der italienischen Handwerker*innengewerkschaft) in Mannheim. Jahrelange Lehrtätigkeit an der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Mannheim für das Fach Italienisch mit Schwerpunkt Operntexte, kontrastive Fonetik sowie Sprachcoach in deutschen Opernhäusern. Schriftsteller mit Schwerpunkt auf sozialen Themen (zum Beispiel Migration, sozialpolitische Bewegungen, Landwirtschaft). Bewohner und ehrenamtliche Arbeit bei 13haFreiheit in Mannheim (Wohnprojekt des Mietshäuser Syndikats) in den Arbeitsgruppen Öffentlichkeit, Gruppe (Gruppenprozesse) sowie Barrierefreiheit; Mitgründer der Solidarischen Landwirtschaft Mannheim-Ludwigshafen e. V. und ehrenamtliche Arbeit in den Arbeitsgruppen Öffentlichkeit, Netzwerke, Strukturen; ehrenamtliche Arbeit bei der Mannheimer Arbeitsgemeinschaft für Eine Welt e. V. (Weltladen Mannheim) in der Arbeitsgruppe Lebensmitteleinkauf (die zum Beispiel Produkte der Antimafia in Mannheim eingeführt hat); Organisation von Kulturveranstaltungen.

Prof. Dr. phil. Martin Becker

Geboren 1958 in Freiburg im Breisgau. 1980–85 Studium der Diplomsozialpädagogik, Katholische Hochschule Freiburg; 1998–2002 Promotionsstudium in Soziologie, Arbeits- und Organisationspsychologie und Erziehungswissenschaften, Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau, 2003 Promotion. 1990–92 Weiterbildung in Supervision/Coaching, Evangelische Hochschule Freiburg. Berufliche Tätigkeiten 1985–89 in der Stadtjugendpflege mit Leitung des Jugendhauses und 1990–98 in der Anlauf- und Beratungsstelle für Straffällige; seit 1993 zudem freiberuflicher Supervisor/Coach, seit 1998 freiberuflicher Kommunal- und Organisationsberater. 1992–2006 Lehraufträge an diversen Hochschulen; Februar bis Juli 2007 Professor für Sozialarbeitswissen-

schaft und Methoden Sozialer Arbeit an der SRH-Hochschule Heidelberg; seit September 2007 Professor für Handlungskonzepte und Methoden Sozialer Arbeit, Stadt- und Quartiersentwicklung und empirische Sozialforschung an der Katholischen Hochschule Freiburg mit den Schwerpunkten Stadt- und Quartiersentwicklung, Sozialraumorientierung, Ressourcenorientierung und Empowerment, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement sowie quantitative empirische Sozialforschung.

Matthias Bertram

Geboren 1963. 1985–92 Studium der Architektur an der Universität Karlsruhe (TH). 1992–94 Referendariat der Fachrichtung Hochbau; 1994–2002 Projektleiter in der Stadtsanierung bei der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und der Kommunalentwicklung (KE); seit 2002 in verschiedenen Positionen bei der Landeshauptstadt Stuttgart, heute Leiter der Abteilung Stadterneuerung und Wohnbauentwicklung beim Amt für Stadtplanung und Wohnen sowie stellvertretender Amtsleiter.

Anne Katrin Bohle

Geboren 1961 in Recklinghausen. 1980–87 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Gießen, Münster und Bonn. 1988–90 Referendariat/ Zweites juristisches Staatsexamen; 1991 Rechtsanwältin; 1992 Nachwuchskraft des höheren Dienstes Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen; 1993–95 Abteilungsleiterin Verwaltung Arbeitsamt Wuppertal; 1995–2003 Abteilungsleiterin / Kundenbereichsleiterin Arbeitsamt Dortmund; 2004 Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Eberswalde; 2005 Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Gelsenkirchen; 2005–09 Leiterin des Ministerbüros im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen; 2009–19 Abteilungsleiterin Stadtentwicklung und Denkmalpflege im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, 2010–19 Vorsitzende des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Wohnen der Bauministerkonferenz (ASBW); seit 25. März 2019 Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Frauke Burgdorff

Geboren 1970 in Hildesheim. Studium in Kaiserslautern und Dortmund, Diplom-Ingenieurin der Raumplanung. Tätigkeiten als Stadtplanerin in Antwerpen, Zukunftsforscherin in Gelsenkirchen und für die Konzeptentwicklung der Euregionale in Aachen; auf Bitte des Landes Nordrhein-Westfalen Aufbau der Initiative Stadtbaukultur NRW und Leitung des Europäischen Hauses der Stadtkultur; ab 2006 Vorständin und Aufbau der Montag Stiftung Urbane Räume gAG in Bonn; in dieser Zeit auch Geschäftsführerin der Urbane Nachbarschaft Samtweberei gGmbH; 2016 Gründung und Aufbau von BURGDORFF STADT – Agentur für Kooperative Stadtentwicklung; seit 19. Juni 2019 Beigeordnete für Planung, Bau und Mobilität der Stadt Aachen. Mitgliedschaft in der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (Mitglied des Ausschusses für Bodenpolitik), im Kuratorium des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., im Bund Deutscher Architekten (außerordentliches Mitglied und Mitglied des AK Stadt), im Kuratorium ›Nationale Stadtentwicklungspolitik‹, im Netzwerk Immovielien e. V. und seines Beirats sowie im Wohnbund e. V.

Thomas Deißler

1984–93 in der Gemeinde Winterbach tätig im Bereich Finanzwirtschaft und Liegenschaften; 1994–2011 Erster Beigeordneter (Geschäftsbereich Bauen, Finanzwirtschaft, Grundstücksverkehr und Wirtschaftsförderung), Gemeinde Neuhausen auf den Fildern; seit 2011 Erster Bürgermeister (Geschäftsbereich Hochbau, Tiefbau, Stadtplanung, Baurecht und Liegenschaftsverwaltung), Stadt Weinstadt.

Jan Fries

Studium der Innenverwaltung, Abschluss als Dipl.-Verwaltungswirt (FH). Tätigkeit im Bereich Stadterneuerung, Stadt Heilbronn, parallel Masterstudium an der GGS in Heilbronn; ab 2015 bei der Bundesgartenschau 2019 Heilbronn GmbH für die Stadtausstellung Neckarbogen verantwortlich; seit Januar 2020 Leiter des Amtes für Liegenschaften und Stadterneuerung bei der Stadt Heilbronn.

Karl-Heinz Frings

1982–87 Studium der Betriebswirtschaft an der Universität Regensburg, Abschluss Diplom-Kaufmann. 1989–94 Prüfungsassistent / Prüfungsleiter bei Deloitte & Touche; 1994–2007 Deutsche Bau- und Grundstücks-AG (BauGrund), Bonn, dort zuletzt Prokurist; 2007–13 Geschäftsführer der DSK Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH in Wiesbaden; seit 2014 Geschäftsführer der GBG – Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH, Mannheim, sowie von deren Tochtergesellschaften BBS Bau- und Betriebsservice GmbH und MWS Projektentwicklungsgesellschaft mbH.

Inga Glander

Architekturstudium an der Technischen Universität Braunschweig und der Universitat Politècnica de València; Projektleiterin diverser Bauvorhaben in Berlin, u. a. bei braun.busse.architekten und Pott Architects. Fernstudium Journalismus an der Freien Journalistenschule. Seit Juli 2018 Referentin des Vorstands bei der Bundesstiftung Baukultur.

Matthias Gütschow

1991–2000 Architekturstudium an der Technischen Universität Braunschweig. Seit 2000 Berufstätigkeit als Architekt in Tübingen, Planung für Baugemeinschaften; seit 2004 Tätigkeitsschwerpunkt Projektentwicklung und -steuerung von Baugemeinschaftsprojekten; seit 2005

Beratung von Architekten und Projektinitiativen rund um das Thema Baugemeinschaften; seit 2009 Fortbildungen zu Baugemeinschaften für Architekten für verschiedene Landesarchitektenkammern; seit 2010 Beratung von Kommunen zur ›Quartiersentwicklung und Konzeptvergabe‹; seit 2019 Fortbildungen ›Konzeptvergabe von Grundstücken‹ für das ISW München.

Wilfried Hajek

Geboren 1956 in Weilheim in Oberbayern. 1979–86 Architekturstudium an der Universität Stuttgart mit dem Schwerpunkt Stadtplanung, Abschluss als Dipl.-Ing. Architekt. Ausbildung zum Regierungsbaumeister beim Land Baden-Württemberg, 1989 abgeschlossen mit der großen Staatsprüfung; Tätigkeit im Stadtplanungsamt Reutlingen; 1997 Wahl zum Leiter des Technischen Dezernats der Stadt Nürtingen, 2005 Wiederwahl; 2006 Wahl zum Baubürgermeister (3. Beigeordneter der Stadt Heilbronn), 2014 zweite Amtszeit als Baudezernent. 1996–2008 Lehrbeauftragter für Städtebau und Raumplanung an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bürger-Energiegenossenschaft Heilbronn eG; Mitglied des Aufsichtsrats der Stadtsiedlung Heilbronn GmbH und der Wirtschaftsförderung Raum Heilbronn GmbH; Erster Betriebsleiter der Entsorgungsbetriebe Heilbronn (EBH).

Hans-Jörg Henle

Geboren 1963 in Geislingen an der Steige. 1984–86 Ausbildung zum Bankkaufmann, Kreissparkasse Heidenheim; 1986–92 Studium der Forstwissenschaften, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. 1992–94 Vorbereitungsdienst für den höheren Dienst (Referendariat), Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg; 1994–95 Betriebswirtschaftliches Forschungsprojekt für das Bundesministerium für Landwirtschaft; 1995–98 Leiter des Umweltamtes der Großen Kreisstadt Rottenburg am Neckar; 1998–08.2008 Bürgermeister der Stadt Haiterbach, Kreis Calw; seit 01.09.2008 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Leutkirch, Kreis Ravensburg.

Andreas Hofer

Geboren 1962 in Luzern. Studium der Architektur an der ETH Zürich. In Zürich war er Partner im Planungs- und Architekturbüro Archipel und engagierte sich für den genossenschaftlichen Wohnungsbau bei der Verbandsarbeit und als Berater. Aus dieser Tätigkeit entstanden die Genossenschaften Kraftwerk1 und ›mehr als wohnen‹. Seit Anfang 2018 Intendant der Internationalen Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart (IBA'27). Andreas Hofer publiziert regelmäßig in verschiedenen Medien zu Architektur-, Städtebau- und Wohnungsfragen.

Klaus Holaschke

Geboren 1962. 1983–87 Ausbildung zum Diplom-Verwaltungswirt (FH) im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst; 1987–90 Kämmerer der Gemeinde Notzingen, Landkreis Esslingen; 1990–99 Kämmerer der Gemeinde Talheim, Landkreis Heilbronn; 1999–2004 Stadtkämmerer der Stadt Eppingen; seit 2004 Oberbürgermeister der Stadt Eppingen (Wiederwahl 2012 und 2020). Ehrenamtlich tätig seit 2013 als Vorsitzender des Kreisverbandes Heilbronn im Gemeindetag Baden-Württemberg, seit 2018 als Erster Vizepräsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, seit 2014 als Mitglied im Kreistag Heilbronn und seit 2013 als 1. Vorsitzender der Stiftung Lebenshilfe.

Lina Hoscislawski M. A.

Geboren 1981. Studium der Kunstgeschichte, Angewandten Kulturwissenschaften und Denkmalpflege an den Universitäten Karlsruhe und Bamberg. Seit 2011 Tätigkeit bei der Karlsruher Fächer GmbH & Co. Stadtentwicklungs-KG (KFE), dort seitdem Begleitung der Entwicklung des städtischen Konversionsprojekts ›Alter Schlachthof‹ im Bereich Quartiersmanagement/Vermietung und Kommunikation.

Prof. Dr.-Ing. Anke Karmann-Woessner

Studium der Architektur/Stadtplanung an der TH Darmstadt; Promotion zum Europäischen Umweltrecht an der TU Kaiserslautern. Langjährige Tätigkeit in der Bayerischen Staatsbauverwaltung und mehrjährige Auslandstätigkeit in Frankreich. Seit nahezu 30 Jahren Erfahrungen in allen Themenfeldern der städtebaulichen Entwicklung und Mobilität, internationalen Förderprogrammen von EU, Bund und Land, Steuerung von Projekten, Vorhaben und Wettbewerbsverfahren, Bürgerbeteiligungs- und Moderationsprozessen. Zahlreiche Preisrichter- und Vortragstätigkeiten. Seit 2013 Leiterin des Stadtplanungsamtes in Karlsruhe. Lehrtätigkeiten an Universitäten und Hochschulen, Honorarprofessur an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt, Nürtingen und Honorary Professorship, University of Salford (GB). Landesvertreterin der Architektenkammer Baden-Württemberg und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB).

Stefanie Kerlein

Dipl.-Geografin. Geboren 1985 in der Region Stuttgart. Studium der Geografie an der Eberhard Karls Universität in Tübingen; Masterabschluss in Architektur und Umwelt an der WINGS GmbH Hochschule Wismar. Ab 2011 Tätigkeit bei verschiedenen Firmen im Bereich Stadtentwicklung und Wohnungsbau, beispielsweise der STEG Stadtentwicklung GmbH und der GWG Reutlingen Wohnungsgesellschaft mbH; seit Januar 2019 Projektleiterin bei der Internationalen Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart; Arbeitsschwerpunkte sind die Wiedererfindung der produktiven Stadt, die eine bunte

Nutzungsmischung auf engem Raum ermöglicht, und die Bereiche Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft innerhalb der IBA-Projekte.

Christine Kraayvanger

Dipl.-Ing. (FH) Architektin. Architekturstudium in Koblenz und an der Hochschule für Technik Stuttgart, 1993 Diplom. 1993–94 wissenschaftliche Mitarbeiterin/Assistentin bei Ursula Steinhilber, Dieter Faller, Peter Haas, Otfried Weis, Hochschule für Technik Stuttgart; 1994–96 angestellte Architektin in der Planungswerkstatt Dietz, Kirelli, Kroner, Hildrizhausen; 1996–98 Bauverständige (Baurechtsamt) und Leiterin der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses, Stadtverwaltung Calw; 1998–2008 Leiterin des städtischen Hochbauamtes und Vorsitzende des Gutachterausschusses, Stadt Calw; seit Juni 2008 Bürgermeisterin und Baudezernentin, Stadt Böblingen. Seit 1999 Vorsitzende des Gutachterausschusses, Gemeinde Weil im Schönbuch.

Artur Maier

Dipl. Ing. (FH) Vermessungswesen. Geschäftsführer, die STEG Stadtentwicklung GmbH, Stuttgart, mit Niederlassung in Dresden und Standorten in Heilbronn, Freiburg und Glauchau. Berufliche Schwerpunkte sind Stadt- und Gemeindeentwicklung, Städtebaurecht und Städtebauförderung, Personal und Organisation, Finanzen, Qualitätsmanagement. Seit 2017 Vorstandsmitglied im DIE STADTENTWICKLER.BUNDESVERBAND e. V., Berlin. Mitglied im Fachausschuss Wohnen + Leben des vbw | Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. und im Fachausschuss Stadtentwicklung des GdW | Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Oliver Matzek

Geboren 1971 in Heilbronn. Studium des Bauingenieurwesens an der Universität Stuttgart, Abschluss als Dipl.-Ing. Berufliche Tätigkeit seit mehr als 20 Jahren in verschiedenen Positionen und Unternehmen in der Stadterneuerung und der Projektentwicklung; seit 2017 Prokurist und Leiter der Abteilung Städtebau in der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH in Ludwigsburg. Gastdozentur an der Hochschule für Technik Stuttgart. Seit 2019 Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger in Baden-Württemberg.

Julius H. Mihm

Architekt; Studium der Architektur und Stadtplanung an den Universitäten Stuttgart und Hannover, Mitarbeit Stadtgrabung Nilinsel Elephantine in Assuan/Ägypten des Deutschen Archäologischen Instituts Kairo; Abschluss als Dipl.-Ing. Ab 1990 Mitarbeit in Architekturbüros im Raum Hannover/Hamburg; 1996–2001 Stadtbaumeister der Stadt Mengen/Donau, Forschungen zur mittelalterlichen Gründungsstadt; 2002–09 Fachbereichsleiter Stadtplanung und Vermessung bei der Stadt Ludwigsburg (u. a. ISEK Chancen für Ludwigsburg; Planung und Gestaltung Kasernenkonversion Hartenecker Höhe, Städtebaupreis ›Haus, Häuser, Quartiere‹ der ARGE B-W 2014); seit 2009 Bürgermeister und Baudezernent in Schwäbisch Gmünd (2018 Konzeption ›Erhaltenswerte Stadtquartiere in Schwäbisch Gmünd – Ein Kompendium zur Baukultur mit städtebaulichem Leitfaden‹; 2019 Vollendung Grüner Stadtrundgang Remstalgartenschau, Auszeichnung zum Deutschen Städtebaupreis für Stadtumbau/Landesgartenschau 2014). Seit 2016 Lehrauftrag Stadtentwicklung und öffentlicher Raum an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Ludwigsburg. Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. Zweiter Vorsitzender der internationalen Städtevereinigung Forum Stadt e. V., dort Juryvorsitz Otto-Borst-Preis für Stadterneuerung.

Markus Müller

Geboren 1965. 1985–91 Studium der Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart. 1992–95 Mitarbeiter im Architekturbüro Fiedler Aichele in Stuttgart; seit 1995 Partner im Architekturbüro Müller, Arndt, Partner, Meckenbeuren + Stuttgart, und Geschäftsführender Gesellschafter der map-Generalplaner GmbH. Seit 2014 Präsident der Architektenkammer Baden-Württemberg. Zahlreiche Vorträge und Tagungsbeiträge, Preise und Veröffentlichungen.

Prof. Dr. Markus Müller

1989–92 Studium der Betriebswirtschaftslehre (Fachrichtung Bank) an der damaligen Berufsakademie Karlsruhe, 1992–96 Studium der Politikwissenschaft und Allgemeinen Rhetorik an der Universität Tübingen und der Brown University, Providence (USA); im Anschluss bis 2001 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erlangen-Nürnberg und unter anderem 1998 Gastdozent an der Duke University, Durham (USA). Seit 2001 im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg in unterschiedlichen Funktionen, ab 2009 Leiter der Abteilung Mittelstand, 2013–17 Leiter der Abteilung ›Fachkräftesicherung und Quartierspolitik‹ mit den Schwerpunktbereichen Berufliche Bildung, Fachkräftesicherung, Wohnungs- und Städtebauförderung sowie Denkmalschutz, seit Dezember 2017 Leiter der Abteilung ›Infrastruktur und Wohnungsbau‹. Seit 2009 Honorarprofessor an der Zeppelin Universität Friedrichshafen.

Carmen Mundorff

Geboren 1961. Architekturstudium an der Universität Hannover. Architektin in allen Bereichen des Hochbaus und der Stadtplanung. Seit 2000 Leiterin des Geschäftsbereichs Architektur und Baukultur und seit 2017 Geschäftsführerin der Architektenkammer Baden-Württemberg. Seit 1998 ehrenamtlich im Gutachterausschuss für die Ermittlung von Grundstückswerten in Ulm tätig; Mitglied im Ulmer Initiativkreis für nachhaltige Wirt-

schaftsentwicklung e. V. und im Förderverein Bundesstiftung Baukultur sowie seit 2020 in den Konvent der Baukultur berufen.

Dr.-Ing. Timo Munzinger, MBA

Studium der Architektur und des Architekturmanagements in Karlsruhe und Berlin, Dissertation an der Universität Stuttgart. Nach Tätigkeiten als Architekt / Stadtplaner in Karlsruhe und Stuttgart Referent für Integrierte Stadtentwicklung, Regional- und Landesplanung, Raumordnung, Stadtplanung, Städtebau, Architektur und Stadtgestaltung beim Deutschen Städtetag. Als Architekt und Stadtplaner in die Architektenkammer Baden-Württemberg eingetragen; Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.

Timur Özcan

Geboren 1990 in Leimen. 2009–11 Ausbildung bei Engelhorn Sports Mannheim; 2011–14 Allgemeine Hochschulreife, Willy-Helpach-Schule Heidelberg; 2014–17 Studium an der Verwaltungshochschule Ludwigsburg. 2017–19 Führungs- und Einsatzstab, Polizeipräsidium Mannheim; seit 2019 Bürgermeister der Gemeinde Walzbachtal.

Gernot Pohl

Architekt AKBW – Stadtplaner SRL. 1985–91 Studium der Architektur, Stadt- und Regionalplanung an der FH Aachen mit Auslandstätigkeiten in Indonesien und Portugal. 1991–95 Stadt- und Verkehrsplaner in privaten Büros in Aachen; 1996–2000 Stadt Nürtingen (Stadtplanung); 2000–08 Stadt Pfullingen (Leitung Stadt- und Verkehrsplanung, Vermessung); seit 2008 Stadt Kirchheim unter Teck (Leitung Stadt-, Verkehrs- und Umweltplanung, Vermessung, Bodenordnung, Baurecht und Tiefbau). Seit 2001 Lehrauftrag an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen. 2017 Fortbildung als Moderator in der Stadtentwicklung.

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Christa Reicher

Studium der Architektur an der RWTH Aachen und ETH Zürich; 1998–2002 Professur für Städtebau und Entwerfen an der Hochschule Bochum; 2002–18 Professorin und Leiterin des Fachgebietes Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund; seit Oktober 2018 Inhaberin des Lehrstuhls für Städtebau und Entwerfen sowie Direktorin des Instituts für Städtebau und Europäische Urbanistik an der Fakultät für Architektur der RWTH Aachen University, hier Konzeption des europäischen Masterstudiengangs ›Transforming City Regions‹. Nach Tätigkeiten in verschiedenen international agierenden Planungsbüros 1993 Gründung von RHA reicher haase architekten + stadtplaner, 2007 überführt in die REICHER HAASE ASSOZIIERTE GmbH in Aachen. Seit 2014 Sprecherin des Forschungskollegs NRW Energieeffizienz im Quartier; 2010–16 Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR); Mitglied in verschiedenen Beiräten, im Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik sowie im Kuratorium des IBA-Expertenrats des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.

Martin Riedisser

Geboren 1964. Studium der Geodäsie an der Universität Stuttgart und Engineering Surveying an der University of Calgary, Abschluss als Dipl.-Ing. geod. Ab 1994 tätig im Geschäftsfeld Kommunalentwicklung und Baulandmobilisierung bei privaten Erschließungsträgergesellschaften und als Selbständiger; seit 2008 tätig bei der LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH, 2008–11 als Projektleiter im Bereich Baulandentwicklung (zuständig für den Aufbau des Regionalbüro Freiburg), 2011–13 Geschäftsbereichsleiter Bauland- und Grundstücksentwicklung, seit 2013 Geschäftsführung. Lehrauftrag an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen. Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart, Vertreter beim Bundesverband ›die Stadtentwickler‹, Vertreter bei der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger Baden-Württemberg, Fachbeirat Geodäsie an der Hochschule für Technik, Stuttgart.

Michael Ruf

Geboren 1976. 1996 Abitur am Wirtschaftsgymnasium in Freudenstadt; 1996–2000 Ausbildung zum Diplom-Verwaltungswirt (FH) bei der Gemeinde Pfalzgrafenweiler, dem Landratsamt Freudenstadt und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl. 2000–04 stellv. Kämmerer der Gemeinde Pfalzgrafenweiler, 2004–10 Kämmerer der Gemeinde Pfalzgrafenweiler; 2010 Wahl zum Ersten Beigeordneten der Gemeinde Baiersbronn; 2011 Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Baiersbronn, 2019 Wiederwahl zum Bürgermeister der Gemeinde Baiersbronn.

Astrid Samaan

1982–89 Studium des Bauingenieurwesens, Vertiefung: Verkehrswesen, an der Technischen Hochschule Darmstadt. 1990–94 Projektleiterin bei der Ingenieursozietät BGS, Abt. Verkehrsplanung, Frankfurt am Main; 1995–2009 Projektleiterin beim Ingenieurbüro Durth-Roos Consulting, Darmstadt; 1997–98 Mitarbeiterin beim Institut für Berufspädagogik, TU Darmstadt; 2010–18 Projektleiterin beim Stadtplanungsamt, Abteilung Mobilität und öffentlicher Raum, Stadt Darmstadt, dort ab 2019 Leiterin der Abt. Mobilität und öffentlicher Raum beim Stadtplanungsamt und seit 2020 Leiterin der Abteilung Mobilität beim Mobilitätsamt der Stadt Darmstadt.

Britta Schlichting

Dipl. Sozialpädagogin. Geboren 1977. Seit 2002 in der feministischen Anti-Gewalt-Arbeit tätig (Autonomes Frauenhaus und Beratungsstelle); seit drei Jahren in der bundesweiten Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit für die Autonomen Frauenhäuser. Ehrenamt: 2010 Mitgründung des gemeinschaftlichen und selbstverwalteten Wohnprojekts 13haFreiheit in Mannheim (13hafreiheit.de), Realisierung nach dem Modell des Mietshäuser Syndikats; im Wohnprojekt u. a. in der Moderation des Plenums aktiv. In Ausbildung zur systemischen Organisationsentwicklerin.

Peter Schmucker

Dipl.-Ing., Freier Architekt. Geboren 1974. 1993–96 Ausbildung zum Zimmerer; Architekturstudium in Heidelberg und Kaiserslautern, 2007 Diplom. Seit 2007 als Architekt im Büro Schmucker und Partner Planungsgesellschaft mbH, Mannheim, seit 2010 Gesellschafter, seit 2012 Geschäftsführer. 2016 Berufung in den BDA. Fachliche Schwerpunkte sind u. a. Bauten im Gesundheitswesen sowie Bauen im Bestand.

Michael Schott

Studium der Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart und der ETSA Madrid, Diplom 2004 bei Prof. Boris Podrecca. Mitarbeit in Architekturbüros in Barcelona und Stuttgart, u. a. Fargas Associats Arquitectes und Zikesch Architekten und Ingenieure. 2013–14 Weiterbildung an der TU Darmstadt zum Fachplaner für Passiv-, Null- und Plusenergiehäuser, Eintragung in die Energieeffizienz-Expertenliste der dena/KfW. 2017–19 Partner bei Zikesch Partnerschaft mbB; 2020 Gründung schott architekten, Arbeitsschwerpunkt Bauen im Bestand, Energieeffizienzplanung und Städtebau. 2012–19 Lehrauftrag am Städtebauinstitut der Universität Stuttgart.

Matthias Schuster

Freier Architekt und Stadtplaner SRL BDA DASL. Geboren 1963. 1985–92 Diplom-Studium der Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart. 1987–88 Mitarbeit am Städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart, Prof. Dr. G. Hecking. 1992 Mitgründer von LEHEN drei. 1994–98 Mitarbeit im Architekturbüro Brenner & Partner, Stuttgart (Institutsbau). 1996–97 Lehrtätigkeit am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart; 2000–01 Dozent für Grundlagen der Architektur und Stadtplanung HfWU Nürtingen. 2008 Prüfungskommission ‹ Projets de Fin d'Études, École Nationale Supérieure d'Architecture › Nancy (F); seit 2009 Mitglied im Ausschuss für Städtebau der Landeshauptstadt Stuttgart; seit 2010 Mitglied der Auswahljury ›Flächen gewinnen‹, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg; seit 2010 Mitglied im Landesvorstand der Architektenkammer Baden-Württemberg, Vertreter der Fachrichtung Stadtplanung; 2016 Berufung in die Kommission für Gestaltungsqualität der DGNB; seit 2019 Mitglied des Verwaltungsrats des Versorgungswerks der Architektenkammer Baden-Württemberg; Mitglied der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL), des Bundes Deutscher Architekten (BDA) und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL); Preisrichter und Gestaltungsbeirat; Vorträge bei Kongressen, Tagungen und Veranstaltungen im In- und Ausland.

Cord Soehlke

Geboren 1969 in Bielefeld. Nach dem Architekturstudium an der Universität Gesamthochschule Kassel als freiberuflicher Journalist und gleichzeitig für die Tübinger Südstadt-Entwicklung in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Planung und Vermarktung tätig; 2001–10 Leiter des Stadtsanierungsamtes der Universitätsstadt Tübingen, 2003–10 Geschäftsführer der WIT Wirtschaftsförderungsgesellschaft Tübingen mbH, Geschäftsbereich Grundstücksentwicklung (wichtige Projekte waren die Südstadtentwicklung mit dem Französischen Viertel und dem Loretto, das Mühlenviertel, das Baugebiet am Alexanderpark und die Entwicklung der Alten Weberei, ehemals Egeria); seit April 2010 Baubürgermeister der Universitätsstadt Tübingen, im Februar 2018 Wiederwahl für weitere acht Jahre; seit Oktober 2018 zudem Erster Bürgermeister und damit ständiger allgemeiner Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Autor zahlreicher Vorträge und Veröffentlichungen zu Themen der Stadt- und Brachflächenentwicklung.

Christian Skrodzki

Geboren 1967 in Leutkirch im Allgäu. Ausbildung zum Bankkaufmann bei einer Genossenschaftsbank, im Anschluss dort Tätigkeit in der Marketing- und der Immobilienabteilung. Gründung der bestehenden Kommunikationsagentur. Seit Ende der 1990er-Jahre Kauf, Sanierung und Revitalisierung historischer Gebäude, wie Bahnhöfe, Gasthöfe, Brauereien, Arbeiterhäuser, Schulen u. v. m. zusammen mit einem Geschäftspartner. Ehrenamtlich Initiierung der Heimatgenossenschaften Leutkircher Bürgerbahnhof und Allgäuer Genussmanufaktur sowie Sanierung und Revitalisierung zweier ortsbildprägender Immobilienbrachen.

Wilfried Wallbrecht

Geboren 1950. Diplom-Studium der Architektur und des Städtebaus an der TU Braunschweig und an der Universität Stuttgart. Mehr als 40 Jahre nationale und internationale Berufserfahrung, u. a. in verschiedenen Architektur- und Planungsbüros, in international agierenden Consultingunternehmen sowie im öffentlichen Dienst; Schwerpunkte lagen im Bereich des Städtebaus, der Stadt- und Projektentwicklung sowie im Bereich der Organisationssteuerung; seit 1998 Baudezernent in Esslingen am Neckar. Mitglied verschiedener berufsständischer Organisationen (u. a. Architektenkammer Baden-Württemberg, Bürgermeistervereinigung etc.), im Aufsichtsrat einer überregionalen Wohnungsbaugenossenschaft und zweier regionaler Energieversorgungsunternehmen.

Weitere ehrenamtliche Tätigkeiten als Mitglied des Kreistags des Landkreises Esslingen, der Regionalversammlung Stuttgart sowie des Landesforstwirtschaftsrates Baden-Württemberg.

Prof. Dr. Silke Weidner

Studium der Raum- und Umweltplanung an der TU Kaiserslautern; anschließend als Projektleiterin in verschiedenen Planungsbüros tätig; 2004 Promotion an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig; anschließend Juniorprofessur ›Urban Management‹; seit 2009 Leiterin des Fachgebietes Stadtmanagement und seit 2016 des Institutes Stadtplanung an der Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung der BTU Cottbus-Senftenberg. Seit 2004 geschäftsführende Gesellschafterin des Planungs- und Beratungsbüros |u|m|s| Stadtstrategien in Leipzig. Themenschwerpunkte sind die nachhaltige und integrierte Stadtentwicklungsplanung – auch im Bezugsfeld Europa –, Transformation und Strukturwandel in Klein- und Mittelstädten, hier insbesondere in den Innenstädten. Forschung, Lehre und Praxis in den Kontexten zu den jeweiligen Prozessen, Akteuren und Instrumenten. Mitgliedschaft in zahlreichen Gremien, Beiräten, Jurys etc., u. a. der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), der Architektenkammer Sachsen, der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL), der Gesellschaft für immobilienwirtschaftliche Forschung e. V. (gif) sowie des Wissensnetzwerkes Stadt + Handel e. V.

Dr. Oliver Weigel

Seit 2017 Leiter des Referates Stadtentwicklungspolitik im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (zuvor seit 2006 im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und im Bundesministerium für Umwelt und Bau), zuständig u. a. für die ›Nationale Stadtentwicklungspolitik‹ und die Überarbeitung der ›Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt‹ zur ›Neuen Leipzig-Charta‹ unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft, seit Anfang 2020 auch für die internationale Stadtentwicklungspolitik; zuvor bis 2006 leitete er die Abteilung Stadtentwicklung der Stadt Leipzig und den Olympiaplanungsstab (2002–04). Seit 2001 Lehrauftrag für angewandte Stadtentwicklungspolitik an der Universität Leipzig, seit 2020 auch an der TU Kaiserslautern. Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) und der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL).

Prof. em. Julian Wékel

1969–79 Studium Architektur und Städtebau an den Technischen Universitäten Wien und Berlin, anschließend Referendariat. 1979–90 Planungspraxis bei der Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg und Leiter des Stadtplanungsamtes Harburg; 1990–92 Leiter des Fachbereichs Gesamtplanung des Planungsdezernates der Stadt Frankfurt/Main; 1992–2001 Leiter (Senatsdirigent) der Abteilung Raumordnung Stadtentwicklung in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Eingliederungen der Abteilungen Städtebau sowie Freiraumplanung; 2001 Berufung auf den Stadtplanungslehrstuhl der TU Darmstadt (Nachfolge Tom Sieverts), nach der Emeritierung 2016 bis heute Akad. Direktor des internationalen Master-Studiengangs ›Building Sustainability‹ an der TU Berlin; seit 2017 parallel Leiter des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen (ISW) München der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL). Freie Beratungs-, Forschungs- und Publikationstätigkeiten, internationale Lehre. Mitglied in der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL und DASL (Wissenschaftlicher Sekretär seit 2001).

Tim von Winning

Diplom-Studium der Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart. Referendariat an der Obersten Baubehörde in München (Fachgebiet Städtebau); Tätigkeit in einem freien Planungsbüro in Stuttgart (ORplan); 2001–05 Sachgebietsleiter für Projektentwicklung bei der Stadt Ulm (Projektleitung für die ›Neue Mitte Ulm‹, Auszeichnung zum Deutschen Städtebaupreis 2006); 2005–07 Leiter der Stadtplanung bei der Stadt Erlangen; 2007–15 Fachbereichsleiter für die Bereiche Stadtplanung, Projektentwicklung, städtische Liegenschaften und Verkehrsplanung bei der Universitätsstadt Tübingen; seit Juni 2015 Baubürgermeister der Stadt Ulm, zuständig für die Hauptabteilungen Stadtplanung/Umwelt/Baurecht, Verkehrsplanung und Straßenbau/Grünflächen/Vermessung, sowie Gebäudemanagement, zum Fachbereich zählen darüber hinaus die Abteilungen Friedhof und Bestattungswesen sowie Feuerwehr und Katastrophenschutz zum Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt.

Dr. Reinhard Winter

Diplompädagoge, Psychodramaleiter und Exit-Trainer. Tätig in der Leitung des Sozialwissenschaftlichen Instituts Tübingen (SOWIT) in den Bereichen Praxisbegleitung und -evaluierung, Bildung und Beratung; Beratung von Schulen, Schulträgern oder sozialen Einrichtungen in Geschlechterfragen; Geschäftsführer und Projektentwickler im Tübinger Institut für Gesundheitsförderung und Sozialforschung e. V. Konzeption, Organisation und Leitung des Projekts ›Passerelle‹ in Tübingen (projektpasserelle.com). Lehrbeauftragter an verschiedenen Hochschulen.

Impressum

Herausgeber
Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen
Baden-Württemberg
Theodor-Heuss-Straße 4, 70174 Stuttgart
Telefon: +49 (0) 711 123-0
E-Mail: poststelle@mlw.bwl.de
Internet: mlw.baden-wuerttemberg.de
baukultur-bw.de

Text (mit Ausnahme der Projektzusammenfassungen und Redaktion
Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen
Baden-Württemberg
Referat Städtebau, Bauplanungsrecht

Die Publikationsteile Konferenzprogramm, Dokumentation und Mitwirkende geben den Stand vom 28. Januar 2021 wieder.

Gestaltung und Satz
magma design studio, Karlsruhe

Druck
Texdat-Service gGmbH, Weinheim

Klimaneutrales Druckprodukt
ClimatePartner.com/XXXXX-XXX-XXXX

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem und mit dem Blauen Umweltengel und EU Ecolabel ausgezeichnetem Recycling-Papier aus 100 Prozent Altpapier.

Download
baukultur-bw.de/vernetzt/netzwerkkonferenz-2021

Copyright
© 2021, Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg

Verteilerhinweis
Diese Informationsschrift wird von der Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf während eines Wahlkampfes weder von Parteien noch von deren Kandidaten und Kandidatinnen oder Hilfskräften zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers bzw. der Herausgeberin zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift verbreitet wurde.

Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

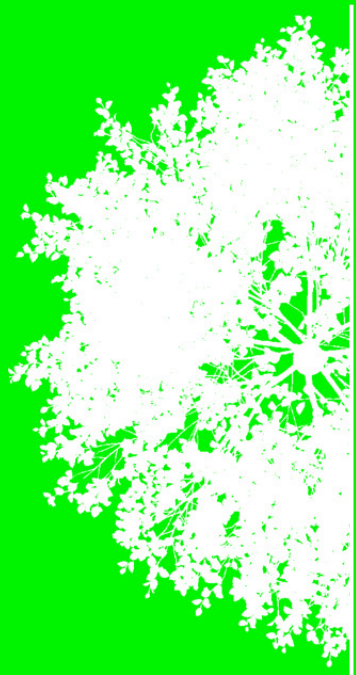
Abbildungsnachweis

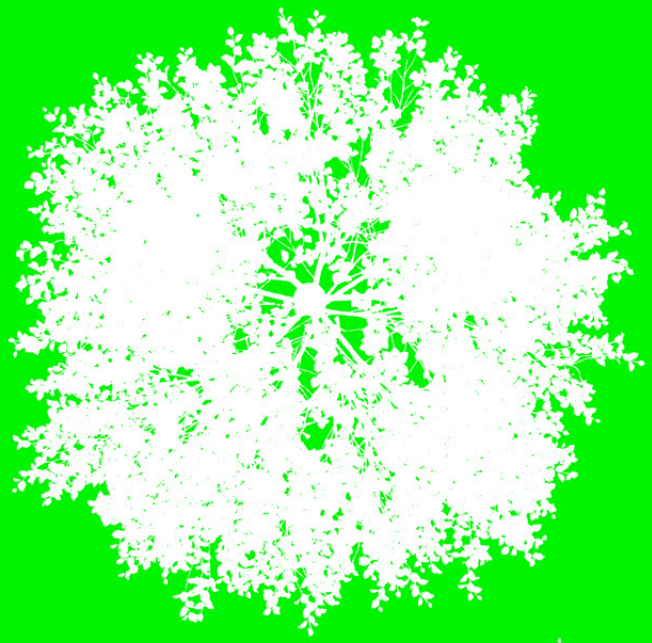
Dokumentation

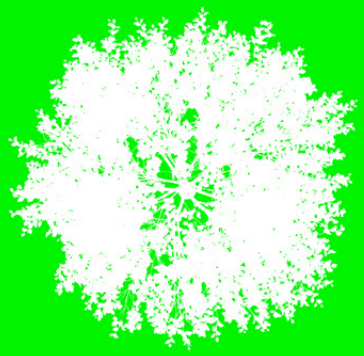
Jan Potente (S. 12, 13, 16, 19, 20, 22–24, 26, 30, 32, 36, 38, 42, 44, 48, 50, 54, 56, 61–65); IMBRO Immobilien (S. 27); Agentur Blumberg GmbH / Maximilian Kamps, Stuttgart (S. 28); Stadt Kirchheim unter Teck (S. 29); Evelyn Beyer (S. 33); Baudezernat Schwäbisch Gmünd (S. 34); Marcus Ebener (S. 35); Hanna Wagener (S. 39); Stadtplanungsamt Karlsruhe (S. 40); KREBS+KIEFER | Knight Architects: Wilfried Dechau (S. 41); Clemens Franke, staudinger-franke.com / Stadt Böblingen (S. 45); Kathrin Schwab, MARCHIVUM (S. 46); Gerd Jütten, Fotodesign, Tiefenbronn (S. 47); Jürgen Westenberger / BUGA 2019 GmbH (S. 51); Michael Bayha (S. 52); Claudia Kaschmieder (S. 53); N. Kazakov (S. 57); Allgäuer Genussmanufaktur eG (S. 58); Holger Niederberger (S. 59)

Mitwirkende

weinbrenner.single.arabzadeh; baldaufarchitekten; bauchplan).(; Anja Koehler; Privat; Privat; Pablo Oellers, fotostudio711; BMI; Bernd Büttgens; Rainer Kwiotek; Privat; Timo Volz; Bundesstiftung Baukultur Sabrina Ginter; Privat; fotomanufaktur_Lauffen a. N.; OB Henle; Sven Weber; Stadt Eppingen; Privat; Karmann-Woessner; Sven Weber; Burkhardt Hellwig; STEG; Wolfgang Sperl; Ingrid Hertfelder; Felix Kästle; Markus Müller; Rene Müller; Rüdiger Schestag; Sascha Hörrle; Gernot Pohl; Michel Kitenge; Lukas Frontzek; Gemeinde Baiersbronn; Privat; Privat; Christian Dammert; Sebastian Berger; Gudrun Th. DeMaddalena; Manfred Grohe; Allgäu GmbH, Tobias Hertle; Stadt Esslingen a. N.; BTU_IKMZ; Milena Schlösser; Oana Popa; Cord Soehlke; Gudrun Th. DeMaddalena







13 Jahre liegen zwischen der Verabschiedung der >Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt< aus dem Jahr 2007 und ihrer aktuellen Fortschreibung, der >Neuen Leipzig-Charta<. Eine recht kurze Zeitspanne, die deutlich macht, wie dynamisch die Veränderungsprozesse und wie tiefgreifend die Herausforderungen sind, die es zu gestalten gilt. Die >Neue Leipzig-Charta< zeichnet das Bild einer gemeinwohlorientierten Transformation, deren Ziel sichere, inklusive, widerstandsfähige und nachhaltige Städte und Gemeinden sind. Die Online-Netzwerkkonferenz Baukultur Baden-Württemberg am 28. Januar 2021 bot Einblicke in die Entstehung, die Grundlagen und die Ziele der neuen Charta. Sie war Forum für den praxisorientierten Austausch von Akteuren aus allen Bereichen des Planens und Bauens, die innovative Projekte und Konzepte für resiliente, lebenswerte Städte und Gemeinden diskutierten. Die Ergebnisse der Konferenz, die zugleich Auftakt zum Jubiläumsjahr >50 Jahre Städtebauförderung< war, werden in dieser Dokumentation zusammengefasst. Sie ist damit das Pendant zur Broschüre >Die Neue Leipzig-Charta. Grundlagen, Themen, Projekte<, die zur Netzwerkkonferenz Baukultur erschienen ist.